

Arbeitspapiere / Working Papers

Nr. 29

Thomas Bierschenk

**Die englische Ägyptenpolitik Anfang der 1880er Jahre
und der Imperialismus**

2003 (1977)



The Working Papers are edited by

Institut für Ethnologie und Afrikastudien, Johannes Gutenberg-Universität,
Forum 6, D-55099 Mainz, Germany.

Tel. +49-6131-392.3720, Email: ifeas@mail.uni-mainz.de;

<http://www.uni-mainz.de/~ifeas>

Geschäftsführender Herausgeber/ Managing Editor:
Thomas Bierschenk (biersche@mail.uni-mainz.de)

Gliederung

1. Problemstellung	4
2. Die Imperialismusdebatte	12
2.1. Marxistische Imperialismustheorien	13
2.1.1. Die Imperialismusinterpretation der klassischen Politischen Ökonomie: J. A. Hobson	14
2.1.2. Strukturelle Imperialismustheorien: R. Luxemburg	18
2.1.3. Imperialismus als Interessenpolitik: W. I. Lenin	21
2.2. Nichtmarxistische Imperialismustheorien	26
2.2.1. Imperialismus der Massen	26
2.2.2. Imperialismus der Staatsmänner	30
2.2.3. Freihandelsimperialismus	32
2.2.4. Die peripheren Auslöser imperialistischer Politik	36
2.3. Zusammenfassung	41
3. Weltmarktbeziehungen im 19. Jahrhundert: Großbritannien und Ägypten	45
3.1. Außenwirtschaft und Außenpolitik in Großbritannien 1780 – 1870	45
3.1.1. Großbritannien als Werkstatt der Welt 1780 – 1870	46
3.1.2. Die ökonomische Funktion Indiens im britischen Empire	50
3.1.3. Der viktorianische Konsens über die ökonomischen Bezüge von Außen- und Kolonialpolitik	52
3.2. Die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens im 19. Jahrhundert	56
3.2.1. Mohammed Alis nationale Entwicklungspolitik 1805 – 1838	56

3.2.2. Ägyptens Eingliederung in den Weltmarkt 1838 – 1875	60
3.2.2.1.1. Außenhandel	61
3.2.2.1.2. Kapitalexport	62
3.2.2.1.3. Der Suezkanal	66
3.3. Zusammenfassung	68
4. Die Kolonisierung Ägyptens 1875 –1882	69
4.1. Die Errichtung der ersten Doppelkontrolle	70
4.2. Die Einsetzung des europäischen Ministerrates 1876 – 1878	78
4.3. Die Absetzung des ägyptischen Vizekönigs 1878 – 1880	88
4.4. Die britische Invasion 1881/1882	99
5. Zusammenfassung und Ergebnis	118
6. Anmerkungen	124
6.1. Anmerkungen zum 1. Kapitel	124
6.2. Anmerkungen zum 2. Kapitel	127
6.3. Anmerkungen zum 3. Kapitel	147
6.4. Anmerkungen zum 4. Kapitel	157
6.5. Anmerkungen zum 5. Kapitel	176
7. Verzeichnis der benutzten Quellen und Literatur	179
7.1. Quellen	179
7.1.1. Amtliche Akten	179
7.1.2. Gedruckte Sammlungen amtlicher Dokumente	179
7.1.3. Zeitungen	180
7.1.4. Memoiren und Biographien mit umfangreicher ungedruckter Korrespondenz	180
7.2. Literatur	181

1 Problemstellung¹

Die Diskussion über Ursachen und Motive der Besetzung Ägyptens durch britische Truppen begann im Juli 1882, einen Monat bevor die 25.000 Mann des britisch-indischen Expeditionskorps in Ägypten landeten und zwei Monate vor dem britischen Sieg über die ägyptische Armee bei Tel-el-Kebir. Von Anfang an wurde diese Diskussion von der skeptischen Vermutung geprägt, die militärische Intervention sei nur zu erklären durch die großen finanziellen und kommerziellen Interessen Großbritanniens in Ägypten, die durch die ägyptische nationale Bewegung gefährdet scheinen. „Er wolle wissen“, formulierte in der Parlamentsdebatte vom 12.07.1882, einen Tag nachdem Alexandria von britischen Schiffen bombardiert worden war, der Radikale Gourley seine rhetorische Frage an die Regierung, „... ihre Politik... den Zweck verfolge, nur britische und französische Gläubiger zu schützen?“¹ Die liberale Regierung empfand diese Frage als Unterstellung: „Ich habe nur das eine zu sagen, dass es ohne Zweifel nicht im ausschließlichen oder besonderen Interesse der Gläubiger war – und dass es in der Tat nahezu ohne jeden Bezug zu ihren Interessen gewesen ist -, dass die gestrige Maßnahme ergriffen wurde“, erklärte Premierminister Gladstone zwei Tage später². Andererseits hatte die Regierung offensichtlich einige Mühe, eine positive Erklärung für das Verhalten der britischen Flotte in Alexandria zu geben. Erst zehn Tage später, nachdem das Kabinett mittlerweile die militärische Intervention beschlossen hatte, lieferte Dilke, der parlamentarische Staatssekretär im Außenministerium, die offizielle Interpretation der Motive der Regierung, indem er auf das britische Interesse am Suezkanal verwies: „England hat ein doppeltes Interesse (am Suezkanal. T. B.). Es besitzt ein vorwiegend kommerzielles Interesse, da britischer Handel 82 % des Durchgangsverkehrs durch den Kanal ausmacht, und es hat ein politisches Interesse aufgrund der Tatsache, dass der Kanal die Hauptverbindungsline nach Indien, Ceylon, der Straße von Singapur und

¹ Die vorliegende Arbeit wurde 1977 an der Universität Bielefeld als Hausarbeit der Fachprüfung für das Lehramt an Gymnasien angefertigt. Berichterstatter war Prof. Dr. Hans-Ulrich Wehler.

Britisch-Burma ist, wo 250.000 Menschen unter unserer Herrschaft leben; und ebenso nach China, wo wir bedeutende Interessen haben und 84 % des Außenhandels dieses noch gewaltigeren Reiches kontrollieren. Er ist auch eine der Verbindungslinien mit unserem Kolonialreich in Australien und Neuseeland.“³

Die britische Armee als Gerichtsvollzieher im Dienste einer kleinen Interessengruppe hier, die britische Armee als Verteidiger des nationalen Interesses da, „Bondholder“ oder Suezkanal – mit diesen zwei unterschiedlichen Interpretationssätzen war ein Rahmen gesteckt, innerhalb dessen sich die Diskussion über die Motive der britischen Ägyptenpolitik am Anfang der 1880er Jahre für lange Zeit bewegen sollte.⁴ Dass sie nicht mit der Zeit im Sande verlief, dafür sorgten schon die offensichtlichen Widersprüche zwischen den Erklärungen der britischen Regierung über ihre Absichten in Ägypten und ihrem tatsächlichen Verhalten. Zwischen 1882 und 1924 kamen aus Downing Street 66 offizielle Erklärungen über die bevorstehende Evakuierung der britischen Truppen aus Ägypten;⁵ tatsächlich verließ erst 1956 der letzte ausländische Soldat das Land. Einen neuen Höhepunkt erlebte die Debatte in den Jahren unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg, als mit Lord Cromers „Modern Egypt“ eine offiziöse Geschichte Ägyptens unter britischer Herrschaft erschien. Gleichzeitig wurden eine Reihe von Biographien und Memoiren von Politikern publiziert, die maßgeblichen Einfluss auf die britische Ägyptenpolitik vor und nach 1882 gehabt hatten⁶. Gemeinsam war all diesen Rechtfertigungsversuchen, dass auch diese wieder das strategische Interesse Großbritanniens am Suezkanal hervorhoben. „England wollte Ägypten nicht besitzen“, schrieb Lord Cromer 1908, „es war jedoch im britischen Interesse unbedingt erforderlich, dass das Land nicht in die Hände irgendeiner anderen europäischen Macht falle.“⁷ Diese Darstellung bleibt freilich nicht unwidersprochen. W. S. Blunt, der sich 1882 gegenüber Gladstone für eine Unterstützung der ägyptischen nationalen Bewegung eingesetzt hatte, veröffentlichte eine alternative Darstellung der Vorgeschichte der britischen Intervention, in der er die Vertreter Großbritanniens in Ägypten beschuldigte, diese Intervention vorsätzlich herbeigeführt zu haben⁸. Und ein englischer Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, Theodore Rothstein, wies 1910 in einer

sorgfältigen Analyse von britischen Blaubüchern und Korrespondentenberichten Londoner Zeitungen aus Ägypten nach, in welchem Maße Ägypten sowohl vor als auch nach der Okkupation von europäischem Kapital ausgebeutet wurde⁹.

Während sich diese Debatte, die zeitweise auch in den Leserbriefspalten der Londoner Presse geführt wurde¹⁰, wie schon 1882 noch ausschließlich in Kategorien politischer Moral bewegte¹¹, wurde zur selben Zeit, jedoch unabhängig davon, die Entwicklung Ägyptens auch schon in einem umfassenderen Zusammenhang gesehen. Für J. A. Hobson, R. Luxemburg, W. I. Lenin etwa waren die politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen England und Ägypten ein typisches Beispiel des modernen Imperialismus, den sie in ihren theoretischen Analysen auf je unterschiedliche Weise mit der Entwicklung des Kapitalismus in Zusammenhang brachten. Da es den Imperialismustheoretikern jedoch nicht um historische Erklärungen konkreter Politikverläufe ging, sondern um die theoretische Analyse der zeitgenössischen Gesellschaft, bleiben ihre Verweise auf die englische Ägyptenpolitik illustrativ – ganz abgesehen davon, dass wichtiges Quellenmaterial vor dem Ersten Weltkrieg nicht zur Verfügung stand¹².

Beide Argumentationsstränge – die Imperialismuskussion und die Debatte über die Motive der britischen Ägyptenpolitik – sind in jüngster Zeit von zwei britischen Historikern wieder aufgegriffen und in einen expliziten Zusammenhang gebracht worden. In ihrer Ergründung des "Official Mind of Imperialism" während der Aufteilung Afrikas greifen Ronald Robinson und John Gallagher auf die Theorie von der Gefährdung des Suezkanals zurück, wie sie schon von der britischen Regierung um 1880 und auch von Lord Cromer apologetisch vertreten wurde: „Die Sicherheit der Verbindungslinien nach Asien war das eine Interesse, das britische Kabinette nicht aufs Spiel setzen konnten. Sie war das eine *qua non* des britischen Einmarsches in Ägypten. Der Machtverfall des Vizekönigs hätte diese antichauvinistische Regierung nicht zur Intervention veranlasst, wenn nicht der Kanal betroffen gewesen wäre.“¹³

Alternative Erklärungen der britischen militärischen Intervention von 1882 werden als „Bondholder-Theorie“ abgetan und zurückgewiesen¹⁴. Dabei geht es

Robinson und Gallagher jedoch nicht mehr um den Nachweis der Lauterkeit der Motive des britischen Kabinetts von 1880/85, sondern vielmehr um die Zurückweisung einer ganzen Richtung von Imperialismustheorien. Diese Strömung, von Robinson und Gallagher als „Theorie des ökonomischen Imperialismus“¹⁵ bezeichnet und Hobson, Luxemburg, Hilferding, Lenin, Sternberg, Bucharin und Hallgarten zugeschrieben, habe den „Scramble for Africa“¹⁶ als Interessenpolitik der europäischen Regierungen im Dienste kleiner, aber mächtiger Gruppen von Finanziers und Kaufleuten in Europa interpretiert. Robinson und Gallagher setzen dem eine Reihe von Fallstudien entgegen, in denen sie nachzuweisen versuchen, dass die Aufteilung Afrikas, soweit Großbritannien daran beteiligt war, viel eher der Notwendigkeit entsprang, die Westflanke des bestehenden britischen Empires in Indien abzusichern. Der Imperialismus des späten 19. Jahrhunderts, so die generalisierende Schlussfolgerung, sei damit viel eher in politischen als in ökonomischen Kategorien zu interpretieren; zumindest was Afrika und die Viktorianer angeht, sei damit die erwähnte ökonomische Imperialismustheorie obsolet.

Der Fall Ägyptens nimmt in diesem Zusammenhang einen breiten Raum ein. Nicht nur war nach Robinson und Gallagher die britische Intervention in Ägypten 1882 sozusagen der Startschuss für das Rennen um die Aufteilung Afrikas; das Rennen selbst wurde auch immer wieder durch die permanente politische Krise am Nil vorangetrieben¹⁷. Die Thesen, die Robinson und Gallagher in bezug auf die britische Okkupation Ägyptens vortreten, haben daher allgemeinere Bedeutung nicht nur in Hinblick auf die Aufteilung Afrikas, sondern auch für eine empirisch gesättigte Theorie des europäischen Imperialismus im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Die Analyse der britischen Ägyptenpolitik vor 1882 durch Robinson und Gallagher lässt sich in vier Thesen zusammenfassen:

- Anlass und Ursache des britischen Einmarsches in Ägypten 1882 war die Revolte der ägyptischen nationalen Bewegung gegen den Vizekönig und die englisch-französische Doppelkontrolle¹⁸;

- die britische Regierung fasste den Beschluss zur militärischen Intervention nur zögernd und widerwillig, um einer französischen Intervention zuvorzukommen¹⁹;
- der britische Einmarsch war geplant als Polizeiaktion im Stil des Freihandelsimperialismus, als Großbritannien sich zum Schutz seiner überseeischen Interessen vorwiegend auf informelle Herrschaftstechniken verließ²⁰;
- das Objekt der Intervention war der Schutz des Suezkanals, der strategisch wichtigen Verbindungslinie nach dem britischen Imperium im Fernen Osten. Die ägyptische Krise von 1882 war eine Suezkrise²¹.

Dieses Erklärungsangebot ist seither von verschiedener Seite einer Kritik unterzogen worden. Auf einer allgemeinen Ebene ist zunächst einmal bezweifelt worden, ob Robinson und Gallaghers implizite Kritik an den "ökonomischen" Imperialismustheorien diese wirklich trifft; oder ob die Autoren nicht vielmehr gegen einen Popanz ankämpfen, den sie sich selbst aufgebaut haben²². Auffällig ist auf jeden Fall, auf wie undifferenzierte Weise Robinson und Gallagher so unterschiedliche Autoren wie Hobson, Luxemburg und Lenin unter dieselbe Rubrik „der ökonomischen Imperialismustheorie“ einordnen, und wie schnell diese Autoren dann abgetan werden²³. In diesem Zusammenhang ist auch schon der Verdacht geäußert worden, dass die Autoren die Schriften der „Gegenseite“ nicht so gründlich gelesen haben, wie es deren Stellenwert in ihrem eigenen Diskussionszusammenhang eigentlich entspräche²⁴. Auf eher empirischer Ebene sind in allerjüngster Zeit auch die Thesen von Robinson und Gallagher über den britischen Einmarsch in Ägypten bezweifelt worden, insbesondere die Beschreibung der Intervention als Aktion zum Schutz des Suezkanals angesichts einer drohenden französischen Intervention. Demgegenüber ist eingewandt worden, dieser Einmarsch sei zumindest von einem Teil der britischen „decisionmakers“ – von den „men on the spot“ – herbeigeführt worden, nachdem eine französische Gefahr längst nicht mehr bestand²⁵. Obwohl so mittlerweile ernste Zweifel an einigen zentralen Schlussfolgerungen von Robinson und Gallagher aufgekommen sind, blieb die

Kritik bislang doch punktuell. Die von Robinson und Gallagher vorgelegte Fallstudie über die britische Ägyptenpolitik ist daher noch nicht ersetzt worden; die Zweifel an der Gültigkeit vieler ihrer Schlussfolgerungen haben bislang noch nicht zu einer alternativen, gleichermaßen umfassenden Darstellung geführt.

Vor dem Hintergrund dieses Diskussionsstandes setzt die vorliegende Arbeit ein. Thema sind die Ursachen der britischen Okkupation Ägyptens im Jahre 1882, ein Problem, das im Zusammenhang mit der Imperialismusdebatte in den Sozialwissenschaften und in Auseinandersetzung mit den von Robinson und Gallagher vorgelegten Thesen angegangen werden soll. Belegt werden soll die Behauptung, dass die Analyse von Robinson und Gallagher theoretisch ungenügend und - damit zusammenhängend – empirisch einseitig ist. Dies wird im einzelnen im folgenden zu zeigen sein. Aus Objekt und Argumentationszusammenhang der Arbeit ergibt sich folgende Gliederung: Da weder für Robinson und Gallagher noch für mich eine Untersuchung der britischen Ägyptenpolitik ihr Interesse in sich selbst findet, sondern ihre Relevanz erst im Zusammenhang der Diskussion über den Imperialismus gewinnt, sollen in einem ersten Kapitel die wichtigsten Positionen der historischen Imperialismusdebatte, soweit sie sich auf das 19. und das frühe 20. Jahrhundert beziehen, kurz umrissen werden; sie sollen dabei insbesondere unter dem Gesichtspunkt analysiert werden, wie in ihnen das Verhältnis von ökonomischen und politischen Faktoren bestimmt wird. Gleichzeitig sollen diese Theorien einer Kritik unterzogen werden, die auf Inkonsistenzen und Implausibilitäten verweist. Daraufhin soll ein Erklärungsansatz umrissen werden, der mir die größte Plausibilität zu besitzen scheint. Ob und inwieweit dieser Ansatz empirisch tragfähig ist, kann sich allerdings nicht schon in der theoretischen Diskussion, sondern erst in der späteren empirischen Anwendung zeigen. Immerhin sind mit der Wahl eines theoretischen Erklärungsansatzes schon Vorentscheidungen darüber getroffen, was überhaupt als lohnenswertes Untersuchungsobjekt in die empirische Analyse einzubeziehen ist. Da meines Erachtens für die Erklärung des Imperialismus des 19. und 20. Jahrhunderts bestimmte ökonomische Prozesse von grundlegender Bedeutung sind, werde ich daher im zweiten Kapitel die

ökonomische Position Großbritanniens auf dem Weltmarkt des 19. Jahrhunderts in großen Zügen darstellen. Ich werde versuchen zu zeigen, wie seit der industriellen Revolution in Großbritannien das industrielle Wachstum unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen permanent an nationale Grenzen stieß; wie diese „expanding society“²⁶ zu einer ökonomischen und teilweise auch politischen Durchdringung und Integration der Welt führte, deren Tempo durch den Aufstieg deutscher und nordamerikanischer Konkurrenz und die internationale Wirtschaftsdepression nach 1873 noch beschleunigt wurde. Die Relevanz dieses Prozesses für die Erklärung imperialistischer Politik - und damit die Fruchtbarkeit des ganzen Ansatzes – soll dann im dritten Kapitel an einer detaillierten Untersuchung des Entscheidungsprozesses, der zur Okkupation Ägyptens durch britische Truppen im Jahre 1882 führte, nachgewiesen werden. Leitender Gesichtspunkt soll dabei die Frage sein, wieweit die Integration Ägyptens in das um Großbritannien zentrierte Weltsystem internationaler Arbeitsteilung ausschlaggebend war für den Entschluss der britischen Regierung zur Intervention. Es soll gezeigt werden, dass dies eine Fragestellung von umfassenderem Erklärungswert ist als die Frage von Robinson und Gallagher allein nach den Motiven der britischen Regierung.

Die historische Quellengrundlage bilden dabei die veröffentlichten Blaubücher der britischen Regierung, Parlamentsprotokolle, gedruckte Sammlungen von amtlichen Dokumenten zur britischen Außen- und Kolonialpolitik, die Biographien von für den Entscheidungsprozeß wichtigen Politikern, die unmittelbar nach deren Tod von politisch Nahestehenden veröffentlicht wurden, und entsprechende Memoiren. Die beiden letztgenannten Gruppen von Veröffentlichungen erhalten ihren Quellencharakter dadurch, dass sie auf Tagebüchern und privater Korrespondenz beruhen und umfangreiche Auszüge dieses sonst ungedruckten Materials enthalten.

Einige wissenschaftstheoretische Überlegungen, die dem hier angezeigten vorgehen zugrunde liegen, sollen abschließend noch kurz angedeutet werden. Ich gehe davon aus, dass historische und soziologische "Tatsachen" nicht für

sich sprechen, sondern zu ihrer Aufschlüsselung immer einer Theorie bedürfen. Diese Feststellung dürfte sowohl innerhalb der auf Kant zurückgehenden analytischen Wissenschaftstheorie als auch den verschiedenen Gesellschaftstheorien marxistischer Provenienz unbestritten sein²⁷. Unter einer Theorie soll dabei eine Reihe von allgemeinen und in sich widerspruchsfreien Aussagen über die Wirklichkeit verstanden werden. Die „Wahrheit“ einer Theorie zeigt sich dann an der Übereinstimmung dieser allgemeinen Sätze mit singulären Beobachtungssätzen über Tatsachen. Damit ergeben sich zwei essentielle Wahrheitskriterien für eine Theorie: logische Widerspruchsfreiheit und Übereinstimmung mit Beobachtungssätzen. Hinzukommen können zusätzliche, sozusagen ästhetische Kriterien wie die der Einfachheit, der Geschlossenheit und der Ausdehnung auf verschiedene Untersuchungsfelder. Es ergeben sich mithin drei Möglichkeiten des Tests einer Theorie: die Prüfung hinsichtlich der Grundsätze der Logik, die Konfrontation mit den Fakten und der Vergleich mit anderen Theorien²⁸. In diesem Sinne soll im folgenden der Imperialismustheorie von Robinson und Gallagher eine alternative Theorie entgegengestellt werden. Dabei soll nicht bestritten werden, dass die hier verfochtenen, später noch genauer zu erläuternden Thesen den strengen Ansprüchen der analytischen Wissenschaftstheorie kaum genügen; in ihrer losen, un abgeschlossenen Form stellen sie – wie im übrigen auch die Thesen von Robinson und Gallagher – allenfalls eine Erklärungsskizze dar²⁹. Es soll aber gezeigt werden, dass die hier verfochtenen Thesen eine größere Anzahl von Fakten erklären, als das in dem Ansatz von Robinson und Gallagher möglich ist. Aus diesen Überlegungen ergibt sich auch die systematische Begründung³⁰ für den Aufbau der Arbeit, in der die durch die Themenstellung angezeigte Reihenfolge der Behandlung der aufeinander bezogenen Punkte „Britische Ägyptenpolitik“ und „Imperialismus“ umgekehrt wird. Die Überzeugung, dass historische Fakten zu ihrer angemessenen Interpretation einer aufschlüsselnden Theorie bedürfen, ließ es geboten erscheinen, den systematischen Punkt (Abschnitt 2) voranzustellen. Die Notwendigkeit einer gewissen Ausführlichkeit ergab sich dabei aus dem doppelten Erkenntnisziel, einmal die theoretischen Prämissen der vorliegenden Literatur zur englischen Ägyptenpolitik um 1880 herauszuarbeiten und sodann ein alternatives

Erklärungsmodell und dessen Verhältnis zu vorliegenden Ansätzen aufzuzeigen. Die sich anschließenden beiden großen Abschnitte können dann als Umschreibung der „Antezedensbedingungen“ (Abschnitt 3) und der eigentlichen „Erklärung“ (Abschnitt 4) im Sinne des Hempel-Oppenheim-Schemas verstanden werden³¹.

2 Die Imperialismusdebatte

Wie viele Kritiker der verschiedenen Theorien des ökonomischen Imperialismus vor und nach ihnen gehen auch Robinson und Gallagher davon aus, dass das Kernstück dieser von ihnen abgelehnten Theorierichtung im Aufweisen von Interessenidentitäten zwischen den Eliten aus Wirtschaft und Politik besteht. Nach den „Ökonomischen Imperialismustheorien“, wozu insbesondere alle marxistischen Theorien gezählt werden, seien – so Robinson und Gallagher – die kolonial-imperialistischen Aktionen des späten 19. Jahrhunderts Interessenpolitik im großen Stil gewesen: Kaufleute und Finanzkapitalisten hätten die Regierungen Europas dazu gebracht, ihre Interessen in Übersee durch militärische Interventionen und politische Annexionen wahrzunehmen. Der Imperialismus sei demnach das Ergebnis einer großangelegten Verschwörung gewesen¹.

Diese Beurteilung ökonomischer Imperialismusinterpretationen als Verschwörungstheorien entspricht einem verbreiteten Argumentationsstrang in der Imperialismusdebatte. So bemängelt etwa Baumgart, es sei ein weiterer großer Fehler der Verfechter der ökonomischen Imperialismustheorie, dass sie ihre Behauptung, die Finanzmagnaten diktierten die Entscheidungen der Politiker, als selbstverständlich ansehen, ohne auch nur in einem (sic!) wichtigen konkreten Fall den Beweis für diesen Zusammenhang anzustellen. Ihre Theorie einer finsternen Verschwörung allmächtiger Finanzkapitalisten ist eine unbewiesene Feststellung, auch als wissenschaftliche Arbeitshypothese

erscheint sie unbrauchbar. Im Grund ist sie ein Glaubenssatz, ein Dogma². Ein sozialwissenschaftlicher Handbuchartikel fasst die Darstellung der marxistischen Imperialismustheorien in der Feststellung zusammen, „antiimperialistische politische Propagandisten (hätten) das Bild eines allmächtigen Meisterverschwörers, des Imperialisten (geschaffen). Ihre Opfer – und häufig auch die Agitatoren selbst – verstehen historische Ereignisse als eine Verschwörung; ihre Betrachtungsweise lässt gewisse paranoide Züge nicht verkennen³. Auch ein so angesehener Sozial- und Wirtschaftshistoriker wie D. S. Landes glaubt, alle vorliegenden ökonomischen Theorien des Imperialismus beruhen u. a. auf der Prämisse, dass „die Unternehmerklasse oder Bourgeoisie den Staat (beherrscht), dessen Beamte praktisch ihre Diener sind“, wobei nach Landes darüber hinaus auch noch angenommen werden müsse, dass die Klasse der Unternehmer sich überhaupt eines gemeinsamen ökonomischen Interesses bewusst ist⁴.

2.1 Marxistische Imperialismustheorien

Zweifellos sind Verschwörungstheorien dieser Art in bezug auf den Imperialismus der hier behandelten Epoche des öfteren vertreten worden. L. Woolfe etwa sprach 1920 in seiner Studie über „Empire and Commerce in Africa“ von den „unsichtbaren Drähten“, die aus den Direktionszimmern der Unternehmen ins Außenministerium liefen⁵. P. T. Moon kündigte 1927 im Vorwort seiner Analyse von „Imperialism and World Politics“ an, der Leser werde fortwährend den Exportkaufmann und den Konzessionsjäger über die Schulter des Admirals blicken sehen⁶. Darüber hinaus gehen Robinson und Gallagher, Platt, Baumgart, Landes u. a. aber offenbar davon aus, dass eine annähernd identische Form einer Verschwörungstheorie auch von Klassikern der Imperialismusdebatte wie Hobson, Luxemburg und Lenin vertreten worden sei.

Es sind zwei Thesen über ökonomische Imperialismustheorien impliziert, die in engem Zusammenhang stehen:

- Hobson, Luxemburg, Lenen u. a. seien zu annähernd identischen Ergebnissen in ihren Imperialismusanalysen gelangt⁷;
- die zentrale gemeinsame Schlussfolgerung dieser Autoren laute, dass sie eine Art Verschwörung zwischen wirtschaftlich mächtigen Gruppen und den Beamten des Staatsapparates zum Zwecke der Ausbeutung überseeischer Länder postulierten⁸.

Wieweit diese Thesen begründet sind, soll im folgenden anhand der Imperialismustheorien von J. A. Hobson, R. Luxemburg und W. I. Lenin exemplarisch überprüft werden. Daran anschließen wird sich eine kurze Darstellung der wichtigsten alternativen Theorien. Dieser Ausflug in die Theoriegeschichte wird hier in systematischer Absicht unternommen: ich erhoffe mir davon Aufschlüsse darüber, wie das Problem der Gewichtung politischer und ökonomischer Faktoren im „klassischen Imperialismus“⁹ am besten angegangen werden kann.

2.1.1 Die Imperialismusinterpretation der klassischen Politischen Ökonomie: A. Hobson

In seiner bahnbrechenden Studie über den Imperialismus fasste John A. Hobson die Erfahrungen, die er als Reporter des „Manchester Guardian“ im südafrikanischen Burenkrieg gewonnen hatte, mit seinen unterkonsumzionistischen Anschauungen zusammen, die einer verbreiteten Strömung innerhalb der klassischen Politischen Ökonomie entsprachen. Sein 1902 erstmalig veröffentlichtes Buch¹⁰ ist in zwei Hauptabschnitte unterteilt, in denen „die wirtschaftliche Seite“ und „die politische Seite des Imperialismus“ untersucht wird. Seine Beweisführung im ersten,

ökonomischen Teil geht streng systematisch-induktiv vor; ganz offensichtlich will Hobson den Leser schrittweise an das Kernstück der Analyse heranführen, an „die wirtschaftliche Hauptwurzel des Imperialismus“. Er beginnt mit einer kurzen Beschreibung des augenfälligsten Merkmals des modernen Imperialismus: dem rasanten Prozess der Aufteilung der Welt nach 1870 in Interessenzonen der Mächte¹¹. Sodann setzt er sich mit den beiden populären zeitgenössischen Erklärungen für diesen Prozess der Kolonisierung der Welt auseinander, von denen die eine die Kolonien als unerlässliche Märkte für britische Exportprodukte sah, während die andere auf die Notwendigkeit verwies, die aus Großbritannien auswandernde „überschüssige“ Bevölkerung aufzufangen. Beide Argumente lehnt Hobson als falsch ab. Er kann sich dabei auf die Export- und Auswanderungsstatistiken des Zeitraums von 1855 bis 1902 berufen, nach denen die Bedeutung der Kolonien sowohl als Märkte für britische Produkte als auch als Zielländer britischer Auswanderer eher bescheiden war¹².

Mit der Zurückweisung dieser beiden weithin akzeptierten Erklärungen für die koloniale Expansion Großbritanniens war für Hobson die Aufgabe jedoch nur um so dringlicher geworden, die treibenden Kräfte hinter dieser Expansion zu bestimmen. Die Kolonien waren offensichtlich ein schlechtes Geschäft für die Nation; warum wurden sie dann dennoch annektiert? Hobson beantwortet die selbstgestellte Frage, indem er auf den Einfluss verschiedener Interessengruppen verweist: „Die einzig mögliche Antwort lautet, dass die geschäftlichen Interessen der Nation als Ganzes denen gewisser Sondergruppen untergeordnet sind, die sich die Kontrolle über die Hilfsquellen des Landes verschaffen und sie für ihren privaten Nutzen ausbeuten... eine sorgfältige Analyse der bestehenden Beziehungen zwischen Geschäft und Politik enthüllt, dass der aggressive Imperialismus, den wir zu verstehen suchen, weit rationaler (ist), als es auf den ersten Blick erscheint. Irrational vom Standpunkt gewisser Volksklassen nur allzu rational... Ein Staat..., in dem bestimmte, gut organisierte Geschäftsinteressen das Übergewicht über die schwachen und zudem zerstreuten Interessen der Gemeinschaft gewinnen können, wird notwendig

eine Politik betreiben, die dem Druck jener Interessen folgt.“¹³ Hobson vermag auch genauer zu bestimmen, welche Interessengruppen es sind, die für die imperialistische Politik der letzten dreißig Jahre verantwortlich sind. Es sind dies die Rüstungsindustrie, die gesamten Exportindustrien, die Schiffsbauindustrie mitsamt den in der Schifffahrt beschäftigten Dienstleistungsgewerben, das Militär und die Beamten der Kolonialverwaltungen¹⁴. Am einflussreichsten seien jedoch die Gruppen der Kapitaleigner und der Finanziers, die ihr Einkommen aus im Ausland angelegtem Kapital beziehen. Die internationalen Finanziers sind die eigentlichen Nutznießer des Imperialismus: „Der Reichtum solcher Häuser, die Reichweite ihrer Operationen und ihre kosmopolitische Organisation machen sie zu Hauptdeterminanten imperialer Politik. Sie haben das entschieden stärkste Interesse am Geschäft des Imperialismus und die weitreichendsten Möglichkeiten, der Politik der Völker ihren Willen aufzuzwingen.“¹⁵

Hobson scheint damit genau jene Form einer Verschwörungstheorie des Imperialismus zu vertreten, wie sie diesen von den Kritikern ökonomischer Imperialismustheorien zugeschrieben wird: Die politische Führungsspitze des Staates besteht aus Marionetten, während hinter der Bühne die Finanzkapitalisten alle Fäden in der Hand halten und über Krieg und Frieden entscheiden.¹⁶ Hobsons Imperialismusanalyse ist mit dieser Feststellung allerdings noch nicht abgeschlossen. Er geht vielmehr noch einen Schritt weiter und fragt nach den sozialen Bedingungen, unter denen diese Interessengruppen einen derartig gewaltigen politischen Einfluss gewinnen konnten. Diese Bedingungen analysiert er zunächst am Beispiel der Vereinigten Staaten. Hier war es seiner Meinung nach das beispiellose Tempo der Industrialisierung, das gewaltige Summen von Kapital in den Händen einiger weniger Industriekapitäne anhäufte und deren Konsumtionsmöglichkeiten bei weitem übertraf. Damit stieg aber unter den Bedingungen einer ungleichmäßigen Einkommensverteilung die nationale Sparquote weit über die Gesamtnachfrage; es entstand eine Kluft zwischen Produktion und Konsumtion, die nur durch den Export der überschüssigen

Waren oder des überakkumulierten Kapitals zu schließen war.¹⁷

Ähnliche Verhältnisse existierten auch in Europa: Auch hier waren es Überproduktion und Überakkumulation, die bei der gegebenen ungleichmäßigen Einkommensverteilung ihr Ventil in Waren- und Kapitalexport fanden; begleitet wurde diese ökonomische Expansion auf dem Weltmarkt durch die politische Ausdehnung der beteiligten europäischen Staaten.¹⁸

Es sind also die Strukturen des zeitgenössischen Gesellschaftssystems, die nach Hobson die eigentliche Basis des Imperialismus, seine „ökonomische Wurzel“ bilden.¹⁹ Die ungleichmäßige Einkommensverteilung ist verantwortlich für Überakkumulation und Überproduktion. Diese strukturellen Defekte des Kapitalismus bilden den Rahmen, der es den von Hobson angeprangerten Interessengruppen erlaubt, ihren sektionalen Vorteil auf Kosten des Gemeinwohls zu suchen (und zu finden). Der Widerstand gegen den Imperialismus muss daher bei einer Änderung dieser Strukturen selber ansetzen. Die ökonomischen Wurzeln des Imperialismus werden erst durch eine Egalisierung der Eigentumsverteilung ausgerissen werden. Die Antithese zu Imperialismus heißt Sozialreform. Es zeigt sich damit, dass Hobson in seiner Imperialismusanalyse letztlich doch keine Verschwörungstheorie vertritt.²⁰ Sein Verweis auf die parasitären Nutznießer des Imperialismus ist vielmehr in eine Strukturanalyse der zeitgenössischen kapitalistischen Gesellschaft eingebunden.²¹

Im folgenden soll anhand der Texte von R. Luxemburg und W. I. Lenin gezeigt werden, dass die Analyse Hobsons zwei verschiedene Ansätze in der ökonomisch orientierten Imperialismusdebatte integriert.²² Den ersten dieser Ansätze möchte ich als „strukturelle Theorie des Imperialismus“ bezeichnen; vertreten wurde diese Form der Theorie außer von R. Luxemburg auch von Sternberg²³, in gewissem Sinne von K. Kautsky²⁴ und in jüngerer Zeit beispielsweise von H. – U. Wehler²⁵ und M. Barrat Brown²⁶. W. I. Lenin und seine Nachfolger betrachte ich demgegenüber eher als „Konspirations-Theoretiker“ des Imperialismus. Während die erstgenannten

Autoren den Imperialismus aus gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeiten zu erklären versuchen (wobei sie in ihren politischen Schlussfolgerungen durchaus differieren), stellt Lenin die Frage *cui bono?* direkt und unvermittelt und verweist in seiner Antwort dann – auf das Monopolkapital.

2.1.2 Strukturelle Imperialismustheorien: R. Luxemburg

In ihrem „Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus“²⁷ ging Rosa Luxemburg von den im zweiten Band des Marxschen „Kapitals“ entwickelten Reproduktionsschemata aus. Damit hatte Marx versucht, das Verhältnis zwischen den beiden großen „Abteilungen“ des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, der Produktion von Produktionsmitteln und der Produktion von Konsumtionsmitteln, mathematisch zu fassen und die Bedingungen aufzuzeigen, unter denen der gesamtgesellschaftliche Akkumulationsprozess, der Wachstumsprozess des kapitalistischen Systems, im Gleichgewicht bleiben würde. An diesem Punkt setzte R. Luxemburg ein. Sie hielt die Erfüllung dieser Gleichgewichtsbedingungen für unmöglich unter jenen von Marx gemachten abstrakten Voraussetzungen, dass es innerhalb des Modells nur zwei ökonomische Klassen, Kapitalisten und Lohnarbeiter, gebe. In einem derartig geschlossenen System – das wollte R. Luxemburg beweisen – war Kapitalakkumulation überhaupt möglich. Das zentrale Problem sah sie dabei in der Realisierung des Mehrwertes, da sonst unerklärbar bleibe, woher die Nachfrage für den akkumulierten Teil des Mehrwertes herkommen solle. Die Lösung könne nicht darin liegen, dass die Kapitalisten den Mehrwert, den sie akkumulieren wollten, durch den Verlauf an die Arbeiter realisierten, denn diese erschöpften ihre Löhne in der Realisierung des variablen Kapitals. Eine andere Möglichkeit wäre die Existenz des fraglichen Teils des Mehrwerts in der Form zusätzlicher Produktionsmittel, die durch die Kapitalisten voneinander gekauft würden und damit Akkumulation ermöglichten. Doch

wer würde dann die noch größere Menge Waren kaufen, die in der folgenden Periode produziert werden würden? Antworte man, dass dies eben einfach so weitergehe, „dann haben wir ein Karussell vor uns, das sich in leerer Luft um sich selbst dreht. Das ist dann nicht kapitalistische Akkumulation, d. h. Anhäufung von Geldkapital, sondern das Gegenteil: Ein Produzieren von Waren um des Produzierens willen, also vom Kapitalstandpunkt eine vollendete Sinnlosigkeit.“²⁸ So kommt R. Luxemburg zu dem Schluss, dass der einzige Ausweg aus dem Dilemma darin bestehe, die überschüssigen Ware an nichtkapitalistische Konsumenten zu verkaufen und den Mehrwert dadurch zu realisieren. Diese nichtkapitalistischen Konsumenten stünden zwar außerhalb des kapitalistischen Systems - entweder weil das Land, in dem sie leben, noch vom Kapitalismus unberührt sei, oder weil sie einer sozialen Gruppe angehören, die noch auf dem Niveau einer vorkapitalistischen Produktionsweise produziere -, sie seien aber für seinen Bestand existenznotwendig. Der Kapitalismus sei zur ständigen Expansion gezwungen; in diesem Prozess werde er die rückständigen Länder und Bevölkerungsschichten zunehmend integrieren und damit die Bedingungen seiner eigenen Existenz untergraben.²⁹

Damit hat R. Luxemburg den Imperialismus aus den Strukturnotwendigkeiten des Systems der Kapitalakkumulation abgeleitet. „Der Imperialismus ist der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten Weltmilieus.“³⁰ Noch eindeutiger als bei Hobson ist auch bei ihr der Imperialismus eben keine Interessenpolitik, sondern eine Politik zur Stabilisierung eines Gesellschaftssystems, das aus seinen eigenen strukturellen Widersprüchen heraus ständig zu Disproportionalitäten und Ungleichgewicht neigt. Auffällig ist, wie ähnlich dabei auch inhaltlich die Erklärungen sind, die von Hobson wie von R. Luxemburg für den modernen Imperialismus angeboten werden. Bei beiden steht das Problem der effektiven Gesamtnachfrage im Vordergrund, in der sie eine Hauptquelle der tendenziellen Disproportionalität des kapitalistischen Wachstumsprozesses sehen. Dieses Problem hatte die Mehrzahl der Theoretiker der klassischen

Politischen Ökonomie durch Übernahme des Sayschen Gesetzes einfach hinwegdefiniert, so dass es bis weit ins 20. Jahrhundert hinein nur in den Schriften des ökonomischen „Untergrundes“ (von Malthus bis Hobson) thematisiert wurde. Erst durch J. M. Keynes und nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise 1929 – 1931 ist es von der etablierten Volkswirtschaftslehre wieder in den Kanon der „zulässigen“ Probleme aufgenommen worden.³¹ R. Luxemburg weicht aber von Hobson insofern ab, dass sie für die im Prinzip ähnlich erfassten Schwierigkeiten es kapitalistischen Reproduktionsprozesses, im Gleichgewicht zu bleiben, nur einen möglichen Ausweg postuliert, eben die Expansion in nichtkapitalistische Regionen, während diese Expansion für Hobson nur eine von mehreren funktional-äquivalenten Lösungsmöglichkeiten für das gleiche Problem darstellt.³² Es besteht kein Zweifel, dass R. Luxemburg ihrem Gedankengang damit eine allzu große Beweislast aufbürdete. Dieser Irrtum rührt einmal daher, dass sie Marx' abstrakt-allgemeine Analyse der Gleichgewichtsbedingungen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses mit einer konkret-empirischen Darstellung eines tatsächlichen Wachstumsprozesses verwechselte, der eben dadurch gekennzeichnet ist, dass diese Gleichgewichtsbedingungen andauernd systematisch verletzt werden. Zum anderen ergibt sich die Differenz zwischen R. Luxemburg und J. Hobson aus ihren unterschiedlichen, politisch abgeleiteten und wissenschaftlich nicht weiter begründeten Prämissen über das Ausmaß, bis zu dem der Kapitalismus noch systemimmanent reformierbar ist³³. Bei beiden ist die tendenziell mangelnde effektive Gesamtnachfrage ein Ergebnis der ungleichen Einkommensverteilung; doch während diese Erkenntnis Hobson zu seiner Forderung nach Sozialreform veranlasste, hielt R. Luxemburg es für ausgemacht, dass im Kapitalismus eine Egalisierung der Eigentumsverteilung unmöglich sei.

Während R. Luxemburg somit in ihrer Betonung der absoluten Existenznotwendigkeit der imperialistischen Expansion für den Kapitalismus irrte³⁴, spricht andererseits doch einiges dafür, dass sie wie Hobson mit der imperialistischen Expansion nach Übersee tatsächlich auf jene Form der

kapitalistischen Systemstabilisierung hinwies die unter den theoretischen und sozialen Bedingungen der Zeit die einzig mögliche war. Überseemärkte mögen zwar nicht existenznotwendig gewesen sein in dem Sinne, dass ohne sie der Kapitalismus in Europa und den USA zusammengebrochen wäre; sie können dennoch von großer ökonomischer Bedeutung für die Länder Westeuropas und die USA gewesen sein³⁵. Ich werde dies im nächsten Kapitel im Beispiel Großbritanniens erörtern. Hier kam es zunächst einmal mehr auf die Form der Imperialismustheorie R. Luxemburgs in Auseinandersetzung mit der These an, dass ökonomische Imperialismustheorien Verschwörungstheorien sind. Es hat sich gezeigt, dass für R. Luxemburg diese These nicht zutrifft.

2.1.3 Imperialismus als Interessenpolitik: W. I. Lenin

Schließlich ist noch auf W. I. Lenin einzugehen, dessen Imperialismusschrift von 1917 der wohl immer noch einflussreichste Beitrag zur gesamten marxistischen wie nichtmarxistischen Imperialismusdebatte ist³⁶. Es soll dabei nicht der gesamte Gedankengang Lenins referiert werden; vielmehr geht es mir um die Beantwortung der Frage, wie Lenin die ökonomische Expansion der kapitalistischen Staaten Westeuropas und der USA erklärt, und in welcher Weise er die politische Ausdehnung dieser Staaten auf ihre ökonomische Expansion bezieht.

Zum Ausgangspunkt seiner Darstellung nimmt Lenin zwei interdependente Entwicklungen, die er für die wesentlichen Kennzeichen der modernen Epoche des Kapitalismus hält; die Monopolisierung der Industrieproduktion, die Konzentration der Banken und die Zusammenfassung beider Monopolformen im Finanzkapital, das Grundlage der Herrschaft der Finanzoligarchie über die gesamte Gesellschaft wird. Damit ist nach Lenin eine neue Stufe des Kapitalismus erreicht. „Aus den zersplitterten

Kapitalisten entsteht ein einziger kollektiver Kapitalist³⁷. Er veranschaulicht das am Beispiel Deutschlands, das nach seiner Meinung „von höchstens 300 Kapitalmagnaten regiert“ werde, „und ihre Zahl wird stetig geringer“³⁸. Das Finanzkapital konzentriert in seinen Händen unerhörte Reichtümer. Es „zieht kolossale und stets zunehmende Profite aus Gründungen, aus dem Emissionsgeschäft, aus Staatsanleihen usw., verankert die Herrschaft der Finanzoligarchie und legt der gesamten Gesellschaft einen Tribut zugunsten der Monopolisten auf.“³⁹ Diese beispiellose ökonomische macht kann nicht ohne Auswirkungen auf die politische Sphäre bleiben. „Ist das Monopol einmal zustande gekommen, und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen Details.“⁴⁰ Vor allem unterwirft sich das Finanzkapital den Staat, in erster Linie dadurch, dass die Eliten aus Wirtschaft und Politik mit einander verschmelzen. „Die Personalunion der Banken mit der Industrie findet ihre Ergänzung in der Personalunion der einen wie der anderen Gesellschaften mit der Regierung.“⁴¹ Die neue Stufe des Kapitalismus, die damit erreicht ist, nennt Lenin „Imperialismus“: Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden.⁴²

Nachdem die neue Epoche des „kapitalistischen Imperialismus“⁴³ somit in ihren Grundzügen charakterisiert worden ist, zählt Lenin einige weitere seiner Merkmale auf. Da ist einmal der Kapitalüberschuss in den imperialistischen Ländern, der mit der im Kapitalismus unvermeidlichen Armut der Massen im Zusammenhang steht, und der zum Kapitalexport drängt.⁴⁴ Dieser ist seinerseits wiederum nur ein Teilphänomen innerhalb jenes umfassenden Prozesses der ökonomischen Aufteilung der Welt, wie sie von den Finanzkapitalisten vorgenommen wird. Die ökonomische Aufteilung der Welt, wird ergänzt durch die parallel erfolgende politische Aufteilung der Welt unter die kapitalistischen Großmächte. „Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung der Welt „nach

der Macht“ vorgenommen – eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung..., ob diese Verschiebungen nun rein ökonomischer Natur oder außerökonomischer (z. B. militärischer) Art sind, ist eine nebensächliche Frage ... Die Epoche des jüngsten Kapitalismus zeigt uns, dass sich unter den Kapitalistenverbänden bestimmte Beziehungen herausbilden auf dem Boden der ökonomischen Aufteilung der Welt, dass sich aber daneben und im Zusammenhang damit zwischen den politischen Verbänden, den Staaten, bestimmte Beziehungen herausbilden auf dem Boden der territorialen Aufteilung der Welt, des Kampfes um Kolonien, „des Kampfes um das Wirtschaftsgebiet“⁴⁵. Damit sieht sich Lenin nunmehr in der Lage, eine abschließende Definition des Imperialismus zu geben: „Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“⁴⁶ Diese Stufe sei etwa um 1900 erreicht worden.⁴⁷

Dieser cursorische Durchgang durch Lenins Propagandaschrift dürfte genügend Hinweise darauf gegeben haben, wie die eingangs gestellten Fragen zu beantworten sind. Zunächst einmal fällt auf, dass Lenin die ökonomische Expansion des Kapitalismus nicht wie Hobson und R. Luxemburg aus einer Gesellschaftsanalyse ableitet, sondern sie mit dem Profit- und Machtstreben der Monopole und des Finanzkapitals erklärt. Dieses Machtstreben wiederum wird nicht weiter begründet, sondern einfach postuliert; es entspringt sozusagen der Natur der Monopole. Das Finanzkapital ist auch die entscheidende Kraft hinter der politischen Aufteilung der Welt, da es ihm gelungen ist, den Staatsapparat in seine Abhängigkeit zu bringen: es ist die „entscheidende Macht ... in allen internationalen Beziehungen“⁴⁸ – wenn auch, wie Lenin einräumt, geographische, ideologische und sonstige Faktoren das Bild etwas

komplizierter machen können.⁴⁹ Zweifellos kann Lenins Ansatz damit als Verschwörungstheorie im eingangs erläuterten Sinne beschrieben werden; zwar finden wir bei ihm nicht den „allmächtigen Meisterverschwörer“⁵⁰, aber doch 300 „Kapitalmagnaten, die die Entscheidungen der Politik diktieren“⁵¹, und die Unternehmerklasse, die den Staat beherrscht.⁵²

Es hat sich damit anhand der Imperialismustheorien von Hobson, R. Luxemburg und Lenin deutlich gezeigt, dass die beiden eingangs vorgestellten, der Literatur entnommenen Thesen über „die“ ökonomische Imperialismustheorie zurückgewiesen werden können. Es ist weder richtig, dass die verschiedenen ökonomischen Imperialismustheorien soweit identisch sind, dass man von einem „Hobson-Lenin-Modell“ sprechen könnte, noch besteht der gemeinsame Kern dieser Theorien darin, dass sie von einer Konspiration der Mächtigen in Wirtschaft und Politik ausgehen. Vielmehr ist exemplarisch zu zeigen versucht worden, dass „ökonomische“ Imperialismustheorien in zwei Varianten existieren. Die eine Variante, die als „Konspirationstheorie“ bezeichnet worden ist, lokalisiert die Ursachen des Imperialismus in den sektionalen Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe und deren Macht über den Staatsapparat; diese Form der Erklärung ist am Beispiel Lenins beschrieben worden. Die andere Variante ist demgegenüber eine „strukturelle“ Imperialismustheorie in dem Sinne, dass sie die Ursachen des Imperialismus an den Strukturprozessen eines Gesellschaftssystems festmacht; eine Theorie dieser Form wurde von Hobson und R. Luxemburg vertreten.⁵³ Nicht nur hat sich damit das „Hobson-Lenin-Modell“ von Robinson und Gallagher als Popanz erwiesen⁵⁴, es erscheint darüber hinaus auch als fraglich, ob die als „strukturell“ bezeichnete Imperialismustheorie als eine „ökonomische“ Theorie verstanden werden kann. Sie ist dies keinesfalls in dem Sinne, dass sie politische Aktionen direkt auf dahinterliegende ökonomische Interessen zu reduzieren sucht, sondern allenfalls in der indirekten Bedeutung, dass sie den Imperialismus aus den Strukturen eines Gesellschaftssystems erklärt, die sie in letzter Instanz für ökonomisch determiniert hält. Hobsons und R.

Luxemburgs Imperialismusanalysen sollten daher besser als „Theorien des kapitalistischen Imperialismus“⁵⁵ bezeichnet werden.

Mit dieser Abgrenzung einer konspirativen von einer strukturellen Form der Imperialismustheorie ist freilich über deren jeweilige empirische Gültigkeit noch nichts weiter ausgesagt. Damit ist zunächst nur herausgearbeitet worden, worin eine Widerbelegung der gemeinhin als ökonomisch bezeichneten strukturellen Imperialismustheorien nicht bestehen kann: Nämlich nicht durch einen Hinweis darauf, dass historische Quellen keinen Anhaltspunkt dafür liefern, dass staatliche Aktionen in direkter Abhängigkeit von den Interessen einer kleinen Gruppe von Finanzkapitalisten o. ä. erfolgt seien. Denn damit wäre nicht ausgeschlossen, dass es eben doch strukturelle Zwänge gewesen sein mögen, die staatliche Akteure zu einem Handeln veranlassten, das schließlich zentralen Interessen der Kapitaleigner entsprach. Damit ist aber auch die Imperialismusanalyse von Robinson, Gallagher und Platt als theoretisch unzureichend zu betrachten, da der von ihnen vertretene Ansatz eine Berücksichtigung derartiger struktureller Zwänge von vornherein ausschließt. Andererseits dürfte damit auch schon die Richtung angedeutet sein, in der ein empirischer Beleg eben solcher Systemzwänge in einer Fallstudie zu suchen wäre: Unter der Annahme, dass die ökonomische Expansion Westeuropas und der USA auf dem Weltmarkt des 19. Jahrhunderts etwas mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dieser Länder zu tun hatte (was zu zeigen wäre), müsste dargestellt werden, wie diese ökonomische Expansion wenigstens potentiell zu Situationen in den abhängigen Ländern führte, in denen die Möglichkeiten einer Fortsetzung dieser ökonomischen Expansion nur durch flankierende Aktionen des Staates, etwa durch direkte politische Annexion, gesichert werden konnten.

2.2 Nichtmarxistische Imperialismustheorien

Bevor ich mich mit diesem Problem am Beispiel Ägyptens näher beschäftige, muss jedoch noch die zweite große Gruppe der Imperialismustheorien, die der nichtmarxistischen Theorien, behandelt werden. Diese können allesamt als je unterschiedliche, mehr oder weniger explizite Versuche betrachtet werden, die Imperialismustheorien marxistischer Provenienz und das damit identisch gesetzte „abgetakelte Untier des ökonomischen Imperialismus“⁵⁶ zu widerlegen. Sie bezeichnen gleichsam die Richtungen, aus denen die gut befestigte marxistische Festung reihum oder gleichzeitig beschossen wurde oder immer noch beschossen wird, wobei einzelne der prominenteren Schützen aus dem „bürgerlichen“ Lager von Zeit zu Zeit ihren Standort wechselten. Da ist 1. der Kamikazeangriff Schumpeters, der jedoch, wie sich zunehmend herausstellt, mit Platzpatronen erfolgte; 2. das Dauerfeuer der Verfechter des Primates der Politik, die sich kaum darüber klar waren, dass sie allenfalls einen Popanz trafen, nicht aber das gemeinte Ziel; 3. der brillante Fehlschluss der Theorie von der Kontinuität des Imperialismus im 19. Jahrhundert, der größte Verheerungen im eigenen, bürgerlichen Lager anrichtete; und 4. das Rückzugsgefecht der Theorie von den peripheren Anlässen des Imperialismus, das hauptsächlich von den versprengten Überresten der zweiten Abteilung geführt wird.

2.2.1 Imperialismus der Massen

Obwohl es scheint, dass Schumpeters Analyse schon zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung durch entgegenstehende massive historische Erfahrung widerlegt war, kann sein Imperialismusaufsatz von 1918 noch immer

beachtliche Repräsentanz in allen einschlägigen Readern und Handbuchartikeln vorweisen.⁵⁷ Zum einen liegt das sicherlich an dem wissenschaftlichen Rang seines Verfassers und hat wenig mit dem Inhalt des Aufsatzes selbst zu tun; zum anderen beruht dies aber auch darauf, dass Schumpeters Imperialismusanalyse der bislang einzig vorliegende Versuch ist, den marxistischen Imperialismustheorien eine gleichermaßen umfassende Alternative gegenüberzustellen.⁵⁸ Da Schumpeter der bisher einzige Autor war, der es unternahm, eine Auseinandersetzung mit den marxistischen Imperialismustheorien gleichsam auf deren eigenem Territorium einer Analyse der sozioökonomischen Basis des Imperialismus auszutragen, ist sein Beitrag für apologetische Zwecke hervorragend geeignet; es scheint mir allerdings, als ob Schumpeter bei diesem Auswärtsspiel verloren habe.

Wenn der gemeinsame Kern der marxistischen Imperialismustheorien – in einer Abwandlung eines Aphorismus von M. Horkheimer – in er These besteht, "dass wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, auch vom Imperialismus schweigen solle"⁵⁹, so setzt dem Schumpeter die direkte Antithese gegenüber. Auch für ihn ist der Imperialismus das Ergebnis bestimmter sozialer Strukturen, jedoch von Strukturen, die ihren Ursprung in vergangenen Produktionsweisen haben. Diese Strukturen reichen in die Gegenwart hinein, wo sie jedoch Atavismen, Fremdkörper bleiben müssen und letztlich zum Aussterben verurteilt sind, da sie nicht mehr durch ihnen entsprechenden Produktionsweisen getragen werden.⁶⁰

Der Archetypus des Imperialismus sieht Schumpeter in den Kriegervölkern des alten Orients, wo die permanente Notwendigkeit kriegerischer Auseinandersetzung eine Kriegerkaste entstehen ließ, die sich allmählich von den konkreten Umständen ablöste, für die sie geschaffen worden war.⁶¹ Sozialpsychologisch führte das zur Bildung eines „kriegerischen Dauertypus“⁶², der historisch langfristig nachwirkte. Die kriegerische Disposition wurde irrational, wie es Schumpeters Imperialismusdefinition andeutet: „Imperialismus ist die objektive Disposition eines Staates zu

gewaltsamer Expansion ohne angehbare Grenze“.⁶³ Mit der zunehmenden Rationalisierung aller Lebensbereiche, wie sie nach Schumpeter für den Kapitalismus kennzeichnend ist, verliert der Imperialismus daher seine psychologische Basis. Dass er zum Ende des 19. Jahrhunderts noch anzutreffen war, lag wesentlich an dem Hineinreichen vorkapitalistischer Strukturen in eine zunehmend vom Kapitalismus geprägte Gesellschaft. „Eine rein kapitalistische Gesellschaft (aber) könnte kein Nährboden für imperialistische Impulse sein.“⁶⁴

Murray Greene⁶⁵ hat darauf hingewiesen, wie sehr Schumpeters Beweisführung von zwei bemerkenswerten, empirisch wie theoretisch ungerechtfertigten Definitionen abhängt. Schumpeter will nur irrationale, objektiv- und grenzenlose gewaltsame staatliche Expansion als imperialistische bezeichnen; die Fülle der Adjektive kennzeichnet hier den Umfang der Einschränkungen. Damit fallen jedoch alle Formen der Expansion, die mit konkreten Zielen unternommen werden, wie Erwerb oder Sicherung von politischer Macht, von Rohstoffen, Märkten, Investitionsmöglichkeiten oder auch die Durchsetzung politischer Prinzipien aus seiner Definition heraus. Ähnlich irreführend ist Schumpeters Definition des zur Rationalisierung aller Lebensbereiche führenden Kapitalismus, wo offenbar vorschnell von der Rationalität der Motive handelnder Subjekte auf die Rationalität des sozialen Systems geschlossen wird, in dem diese Subjekte agieren. Wegen dieser theoretischen Schwächen kommt Schumpeters Theorie aber auch mit den historischen Fakten in schweren Konflikt. Für seine Konstruktion des rationalen und friedlichen Kapitalismus hat offenbar der vermeintlich antiimperialistische britische Freihandelskapitalismus der viktorianischen Zeit Pate gestanden. Seit Robinsons und Gallaghers Aufsatz zum Freihandelsimperialismus⁶⁶ ist jedoch bekannt, wie schnell dieser „Antiimperialismus“ der Viktorianer dort seine Grenze fand, wo Großbritanniens ökonomische Interessen in Übersee auf dem Spiel standen. Überhaupt ist auffällig, dass Schumpeter das britische Empire, das 1913 ca. 25 % der Erdoberfläche ausmachte, mit so leichter Hand als für seine Imperialismusdefinition irrelevant abtun kann.⁶⁷

Wie er andererseits etwa den Imperialismus der Vereinigten Staaten erklären will, der ja nicht auf vorkapitalistischen Strukturen beruhen konnte, bleibt völlig unklar.

In historischen Analysen ist Schumpeters Theorie meist in zwei jeweils unterschiedlich modifizierten Versionen vertreten worden. Eine Version ist die Theorie vom Imperialismus der Massen. William Langer etwa hat schon vor einigen Jahrzehnten behauptet: „Druck der Öffentlichkeit war bedeutender für das Anwachsen des Imperialismus als das Verhalten der herrschenden Klasse.“⁶⁸ Für die entscheidenden Faktoren hielt er dabei im britischen Fall die Wahlrechtsreform 1867/84, den Aufbau eines nationalen Erziehungssystems, das Aufkommen der Massenpresse und den ideologischen Einfluss des Darwinismus. Ähnlich hat W. J. Mommsen unlängst die Ansicht vertreten, „die primären Ursachen des Imperialismus jener Epoche (1880 – 1914) (seien) in dem Nationalismus jener Schichten zu suchen, welche im Zuge der Entwicklung der industriellen Welt nach oben getragen wurden ...“.⁶⁹ Die empirische Basis dieser These vom Imperialismus als „entratenem Sprössling des Nationalismus“⁷⁰ ist allerdings häufig bezweifelt worden. Historiker unterschiedlicher Couleur haben darauf hingewiesen, dass bislang jegliche empirische Belege dafür fehlten, wie ein radikaler Nationalismus der Massen die politischen Entscheidungen der Politiker im Zeitalter des Imperialismus beeinflusst habe⁷¹. Hier brauche ich nur darauf zu verweisen, dass meiner Kenntnis nach bislang noch niemals die Meinung vertreten worden ist, verantwortlich für die britische Okkupation Ägyptens sei eine breite imperialistische Bewegung in der britischen Bevölkerung gewesen. Für den hier verfolgten Argumentationszusammenhang ist die These vom Imperialismus der Massen also offenbar irrelevant. In diesem Punkt stimme ich ausnahmsweise mit Robinson und Gallagher völlig überein.

2.2.2 Imperialismus der Staatsmänner

72

Die andere Version der Schumpeterschen Theorie, die Theorie vom Imperialismus der Staatsmänner, ist demgegenüber für unseren Zusammenhang von allergrößter Relevanz. Ihr Kernstück ist die These vom Imperialismus als der Projektion des „struggle for mastery in Europe“⁷³ nach Übersee. R. Aron schrieb 1953 in einer kritischen Rezension Lenins, „dass alle kolonialen Unternehmungen, die diplomatische Konflikte von größter Bedeutung auslösten, ihre Triebfeder viel weniger in der Profitsucht privater Kapitalisten als im politischen Machtwillen hatten, der von den Regierungen verschleiert wurde.“⁷⁴ Ein weiterer prominenter Vertreter dieser Theorie, D. K. Fieldhouse, sieht seit 1961 die Ursache des Imperialismus der Zeit nach 1870 in der deutschen Reichsgründung und der Niederlage Frankreichs, die zusammengenommen das europäische Gleichgewicht aus der Balance gebracht hätten. Fortab seien Kolonien wichtige Aktivposten im Kampf der Nationalstaaten Europas um Macht und nationales Prestige gewesen. Das Kennzeichen der ganzen Epoche des klassischen Imperialismus sieht Fieldhouse in der „Unterordnung wirtschaftlicher unter politische Erwägungen“ und der „Konzentration auf Fragen nationaler Sicherheit, militärischer Macht und nationalen Prestiges“⁷⁵. Nur eine dermaßen politische Interpretation des Imperialismus könne „die rapide Teilung Afrikas und des pazifischen Raumes und die Ereignisse in Südostafrika befriedigend erklären“.⁷⁶ Robinson und Gallagher schließlich begründen ihre Konzentration auf den „official mind“ des Imperialismus, d. h. auf die politischen Motive und ideologischen Überzeugungen der Politiker und hohen Beamten in London bei ihrer Analyse der Aufteilung Afrikas nicht nur damit, dass der politische Entscheidungsprozess, wie er sich in den diplomatischen Quellen niederschlug, einen einheitlichen Ansatzpunkt bietet, um die verschiedenen Einflüsse und Interessen zu bestimmen, die von außen an die politischen Akteure herangetragen wurden; sie halten die

kollektiven Weltbilder der handelnden Politiker, ihre Vorstellung von Englands politischer Stellung und seinem Prestige in der Welt auch ganz dezidiert für die entscheidende objektive, nicht weiter ableitbare Ursache des Kolonialimperialismus.⁷⁷

Es wird sich am konkreten Fall zeigen müssen, wieweit eine derartige Vorstellung trägt. Es können hier jedoch schon zwei Einwände gegen diese Theorie geltend gemacht werden. Zum einen muss deutlich gesehen werden, dass Imperialismustheorien, die den Imperialismus in erster Linie durch den Verweis auf den Kampf von Staaten um Macht und Prestige zu erklären suchen, unter „Imperialismus“ eben auch nur die direkte politische Beherrschung eines Staates durch einen anderen verstehen können. Damit versperren sie sich aber schon kategorial die Möglichkeit der Analyse subtilerer, nicht so offenkundiger Abhängigkeitsstrukturen. Zum anderen drängt sich gerade bei den Autoren, die eine politische Imperialismusdeutung am konkreten Fall darstellen, der Verdacht auf, dass sie der Sprache ihrer Quellen aufgesessen sind und die in den Quellen zu Wort kommenden Akteure zu unvermittelt und unreflektiert in deren eigenem Selbstbewusstsein darstellen. „Es überrascht nicht, dass eine gründliche Untersuchung diplomatischer Korrespondenz den Eindruck erweckt, dass diplomatische und strategische Motive ein Eigenleben führen.“⁷⁸ Demgegenüber muss darauf bestanden werden, dass es bei historischen Analysen nicht genügt, „allein den Sinn, an dem der Handelnde sich orientiert hat, zu erschließen. Vielmehr geht es immer auch darum, den Sinn, den Handlungen unter den verschiedenen theoretischen Gesichtspunkten unserer Zeit gewinnen können, zu ermitteln. Das erfordert heute gewöhnlich eine Verbindung ökonomischer mit soziologischen und politikwissenschaftlichen Theorien. Nur mit ihrer Hilfe können die „objektiven“ Grundlagen (soweit sie eben mit wissenschaftlichen Mitteln objektiviert werden können) geklärt werden, die für subjektive Entscheidungen und Willensimpulse die Voraussetzung und Bedingung bis hin zur Form von Systemzwängen bilden.“⁷⁹ Was das konkret für den hier angesprochenen Kontext zu bedeuten hat, wird in Kürze zu erläutern sein.

2.2.3 Freihandelsimperialismus

Zuvor muss jedoch noch auf zwei wichtige Beiträge zur Imperialismusdebatte aus jüngerer Zeit eingegangen werden, die quer liegen zu der bislang vorgenommenen zweistufigen Systematisierung der Imperialismustheorien nach strukturellen und konspirativen Ansätzen einerseits, politischen und ökonomischen Erklärungen andererseits. Der erste dieser Ansätze ist die Theorie von der Kontinuität zumindest der Ziele des britischen Imperialismus im 19. Jahrhundert, wie sie 1953 von Robinson und Gallagher vertreten worden ist. Zwar war schon zuvor einigen Autoren aufgefallen, dass die später gerne als anti-imperialistisch bezeichnete Epoche des Freihandelskapitalismus in Großbritannien eine Zeit immenser kolonialer Expansion gewesen war⁸⁰; doch gelang es erst Robinsons und Gallaghers revisionistischen Aufsatz von 1953, das bis dahin in der angelsächsischen Literatur allgemein akzeptierte Paradigma vom antiimperialistischen Charakter der mittelviktorianischen Zeit⁸¹ ernsthaft zu erschüttern. Robinson und Gallagher nahmen ihren Ausgangspunkt von der Beobachtung, dass das britische Empire in der Zeit zwischen 1815 und 1870 fast ebensoviel an Fläche zunahm wie in den 45 Jahren danach.⁸² Dabei waren ihrer Ansicht nach die Kolonien nur die Spitze eines Eisberges; an Umfang und Bedeutung viel entscheidender seien die Gebiete gewesen, die Großbritannien mit informellen Herrschaftstechniken in Abhängigkeit gehalten habe.⁸³ Gefangen in ihrem legalistischen Empirekonzept, habe die ältere Kolonialhistorie dieses „informelle Empire“ übersehen. Informelles und formelles Empire waren demnach nach Robinson und Gallagher nur zwei Seiten derselben Münze, nämlich der vielfältigen Expansion des mit der industriellen Revolution in Großbritannien etablierten industriekapitalistischen Systems, das aufgrund seiner inneren Dynamik zunehmend darauf verwiesen wurde, sich eine immer größere Anzahl

überseeischer Gebiete als ökonomische Satelliten anzugleichen. Imperialismus könne daher definiert werden als eine „entsprechende politische Funktion dieses Prozesses der Eingliederung neuer Gebiete in eine expandierende Wirtschaft“⁸⁴; ob dabei formelle oder informelle Herrschaftstechniken angewandt wurden, sei abhängig gewesen von den politischen und sozialen Verhältnissen in den ökonomisch abhängigen Gebieten, sowie von der Weltsituation im allgemeinen. Die politischen Ziele der viktorianischen Politiker, so fassen Robinson und Gallagher ihre Ausführungen zusammen, waren daher im wesentlichen identisch mit denen ihrer Nachfolger im sogenannten imperialistischen Zeitalter. „Die Ziele der Mittelviktorianer waren nicht „antiimperialistischer“ als die ihrer Nachfolger, obwohl diese Ziele in der Mehrzahl noch auf informellem Wege erreicht werden konnten; und die Spätviktorianer waren nicht „imperialistischer“ als ihre Vorgänger, obgleich sie häufiger zu Annexionen gezwungen wurden. Die englische Politik folgte dem Grundsatz, die Herrschaft informell auszudehnen, wenn möglich, und formell, wenn nötig. Wenn man die eine Methode „antiimperialistisch“ und die andere „imperialistisch“ nennt, dann verkennt man die Tatsache, dass die englischen Interessen stetig gesichert und ausgedehnt wurden, welcher Methode man sich auch im Einzelfall bediente. Die geläufige Zusammenfassung der Politik des Freihandels-Empire in dem Grundsatz „Handel und keine Herrschaft“ müsste heißen „Handel und informelle Herrschaft, wenn möglich, Handel und Herrschaft, wenn nötig“.⁸⁵

Über das damit von Robinson und Gallagher vorgelegte Begriffspaar von „Freihandelsimperialismus“ und „informellem Empire“ hat sich seither eine lebhaftere Debatte entwickelt.⁸⁶ Die dabei gegen Robinson und Gallagher vorgetragenen Einwände haben jedoch deren Argumente nicht prinzipiell erschüttern können.⁸⁷ Das meiner Meinung nach einzige Argument, dem es gelungen ist, die Thesen von Robinson und Gallagher wenigstens zu modifizieren, ist bislang von D. C. M. Platt⁸⁸ vorgebracht worden. Platt erreichte diese Modifikation, indem er zunächst einmal weitgehend auf die Prämissen von Robinson und Gallagher einging, dass der britische

Imperialismus eine Funktion des expandierenden industriellen Systems Großbritanniens war, dass britische Politiker durchweg ihre Aufgabe in Übersee darin sahen, dort Großbritanniens ökonomische Interessen zu schützen, und dass die Entscheidung zwischen formellen und informellen Formen dieser Interessensicherung von den soziopolitischen Verhältnissen in den überseeischen Ländern sowie von der allgemeinen politischen und ökonomischen Weltlage abhing. Platt macht nun darauf aufmerksam, dass die überseeische Expansion des britischen Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert Phasen unterschiedlicher Intensität aufwies. In der ersten Phase, während der sich das industrielle System in Großbritannien endgültig durchsetzte, habe die Entwicklung der einheimischen Volkswirtschaft die ökonomischen Energien Großbritanniens vorrangig in Anspruch genommen. Erst etwa um 1850 sei ein Punkt erreicht worden, an dem Kapitalakkumulation und technische Entwicklung eine derartige Dynamik angenommen hätten, dass Großbritannien zunehmend auf den Weg überseeischer Expansion durch Waren- und Kapitalexport angewiesen worden sei. Gleichzeitig habe die etwa um diese Zeit stattfindende industrielle Revolution in Deutschland und den USA für Großbritannien Konkurrenten geschaffen, die britische Kaufleute zunehmend aus ihren traditionellen Märkten in Europa und den USA nach Asien, Lateinamerika und Afrika verdrängten. Die dortigen juristischen und politischen Verhältnisse, die für Handel und Investitionen oft recht ungünstig waren, hätten die britische Regierung viel öfter als früher zu aktiven politischen Eingriffen zum Schutze der ökonomischen Interessen ihrer Kaufleute und Investoren gezwungen. Wenn Platt damit auch die prinzipielle Kontinuität der Ziele und Motive des britischen Imperialismus anerkennt, beharrt er doch darauf, dass in der britischen Überseepolitik nach 1850 eine deutliche Verlagerung des Schwergewichts in Richtung auf die stärkere Betonung formeller Methoden der Interessensicherung festzustellen sei. In Fortführung jenes Teils der Plattischen Argumentation, die in diesem Zusammenhang auf die veränderten internationalen Verhältnisse nach der Jahrhundertmitte verweist, wird man ganz allgemein sagen können, dass bei der Entscheidung über die Gültigkeit der These von der Kontinuität des

Imperialismus des 19. Jahrhunderts viel von der Perspektive abhängt, unter der diese Frage angegangen wird. Unter einer nationalen britischen Perspektive wird man stärker die Kontinuität, unter einer internationalen Perspektive stärker die Diskontinuität des Imperialismus betonen. Das Neuartige der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war nicht, dass jetzt in irgendeinem Sinne eine nichtimperialistische Epoche von einem Zeitalter des Imperialismus abgelöst wurde; das Neuartige der Zeit nach 1860 war vielmehr die Internationalisierung des Imperialismus, der vorher ein nationales britisches Phänomen gewesen war.⁸⁹

Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, dass hier auch aus noch einem Grund auf der Bedeutung der Konzepte von Freihandelsimperialismus und informellem Empire beharrt wird – deren empirische Fruchtbarkeit zu zeigen sein wird -, der den Rahmen einer rein historischen Debatte des Imperialismus sprengt.⁹⁰ Der Verteidigung dieses Konzepts liegt die Überzeugung zugrunde, dass es gerade die gegenwärtige, prinzipiell freie Weltwirtschaftsordnung ist, die verantwortlich ist für das Fortleben von internationalen Abhängigkeitsstrukturen und damit für eine sich verschärfende ökonomische Polarisierung der Weltgesellschaft.⁹¹ Dass dieses Problem von allerhöchster aktueller Brisanz ist, hat sich erst jüngst wieder in den Diskussionen der UNCTAD-Konferenz 1976 in Nairobi gezeigt.⁹² Den empirischen Beleg für diese These sehe ich in der Tatsache, dass es (einschließlich Großbritanniens) bislang keinem einzigen Land gelungen ist, den Sprung vom Agrar- zum Industriestaat zu schaffen, das nicht zumindest für die strategisch wichtige Phase des „take-off“ hohe Barrieren in Form von Schutzzöllen zwischen sich und dem Weltmarkt errichtet hat. In dieser Sicht erscheinen dann rein politische Imperialismustheorien deutlich in ihrer apologetischen Funktion, indem sie suggerieren, dass die Hauptform internationaler Abhängigkeit mit der Dekolonisation ihr Ende gefunden habe. Von daher gesehen, erscheint es auch bedeutsam, dass der Aufsatz von Robinson und Gallagher 1953 erschien, also zu einem Zeitpunkt, als der Prozess der Dekolonisation in vollem Gange war.

Nach diesem Plädoyer für den grundsätzlichen heuristischen Wert und die Bedeutung des von Robinson und Gallagher vorgelegten doppelten Konzeptes von „Freihandelsimperialismus“ und „informellem Empire“ muss abschließend jedoch noch darauf hingewiesen werden, dass Robinson und Gallagher in dem Argumentationszusammenhang, in den sie ihre Thesen stellten, das Objekt ihrer Polemik sicher teilweise verfehlten. Zwar ist es richtig, dass ihr Ansatz, falls er empirisch bestätigt wird, das legalistisch fixierte Periodisierungsschema der orthodoxen britischen Kolonialgeschichtsschreibung völlig umwirft; es stimmt auch, dass ihre Thesen ernsten Zweifel aufkommen lassen an einer Richtung der marxistischen Imperialismustheorie, die den Imperialismus als Stadium in der Entwicklung des Kapitalismus sieht. Es ergibt sich aber aufgrund der vorstehenden Darstellung ökonomischer Imperialismustheorien, dass Robinsons und Gallaghers Definition des Imperialismus als Funktion der Expansion des britischen ökonomischen Systems nach Übersee sich durchaus deckt mit dem Erklärungsmuster derjenigen Richtung, die ich als „strukturelle“ Imperialismustheorien bezeichnet habe, insbesondere mit dem Ansatz von R. Luxemburg.⁹³

In diesem Sinne widerlegt die Theorie des Freihandelsimperialismus eigentlich in erster Linie die Behauptung Schumpeters vom prinzipiell pazifistischen, antiimperialistischen viktorianischen Kapitalismus.

2.2.4 Die peripheren Auslöser imperialistischer Politik

Robinsons und Gallaghers Aufsatz von 1953 formulierte nicht nur eine Theorie des Freihandelsimperialismus, er entwickelte ansatzweise auch schon Reflektionen über die peripheren, d. h. nicht in Europa, sondern in Übersee lokalisierbaren Ursachen, Anlässe und Bedingungen

imperialistischer Politik.⁹⁴ Diese verstreuten Bemerkungen sind fast zwanzig Jahre später von R. Robinson nochmals in systematischer Form als „Theorie der kollaborierenden Eliten“ vorgelegt worden.⁹⁵ Der Imperialismus wird dabei von Robinson als das Ergebnis zweier sich überschneidender Faktorenbündel gesehen: „Von Europa stammte der Drang nach wirtschaftlicher Einbeziehung der kürzlich kolonisierten Regionen und alten agrarischen Länder als Märkte und Investitionsfelder in das industriewirtschaftliche System, europäischen Ursprungs war auch der strategische Imperativ, diese Länder gegen Rivalen in der Weltpolitik zu sichern ... Die wirtschaftliche und strategische Ausdehnung Europas nahm jedoch nur dann koloniale Form an, wenn sie sich mit indigener Kollaboration und indigenem Widerstand in den nichteuropäischen Ländern überschchnitt.“⁹⁶ Die politische Form imperialistischer Beziehungen hing demnach weitgehend von den Wirkungsmöglichkeiten und dem Erfolg kollaborierender Eliten ab, die als imperialistische Brückenköpfe zwischen den Ansprüchen des imperialistischen Zentrums und den sozialen Bedingungen der lokalen Gesellschaft zu vermitteln hatten.⁹⁷ Das Ausmaß des Erfolgs, mit dem die kollaborierenden Eliten ihre Vermittlungsfunktion erfüllten, war vor allem entscheidend für die Zeit der direkten Machtübernahme durch die imperialistischen Zentren in den abhängigen Gebieten nach 1870. Anlass dafür war nämlich nach Robinson häufig ein Versagen der indigenen Kollaborateure, ihre Vermittlungsfunktionen ausreichend zu erfüllen; der durch den informellen Imperialismus ausgeübte Druck habe nämlich ihre sozialpolitische Stellung in den lokalen Gesellschaften untergraben, welche die zentrale Vorbedingung für die Erfüllung dieser Vermittlungsfunktion gewesen sei. Der Zusammenbruch der imperialistischen Brückenköpfe habe dann die Metropolen gezwungen, ihren Einfluss in der Peripherie durch direkte militärische Macht zu sichern.⁹⁸ Die damit etablierte Kolonialherrschaft könne als Versuch begriffen werden, als Kollaborateure obsolet gewordene indigene Eliten durch eine neue Gruppe von Kollaborateuren: das Personal der europäischen Kolonialverwaltungen zu ersetzen.⁹⁹

Bleibt Robinsons „exogener“ Ansatz damit noch fest in den Rahmen einer Analyse integriert, die den Imperialismus fundamental an den Prozess der ökonomischen und politischen Expansion Europas anbindet¹⁰⁰, so wird dieser Zusammenhang bei Fieldhouse, der die Theorie von den peripheren Anlässen imperialistischer Politik zu einer breitangelegten Viktimologie des Imperialismus ausgearbeitet hat, praktisch völlig aufgelöst.¹⁰¹ Fieldhouse sieht den europäischen Imperialismus des späten 19. Jahrhunderts als Reaktion auf jeweils spezifische und untereinander unabhängige lokale Krisen in Übersee: „IM wesentlichen ist der „neue Imperialismus“ eine Abkürzung für eine Vielzahl unterschiedlicher europäischer Reaktionen auf verschiedenartige dringende Probleme, die zufällig im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts an der Peripherie der Welt entstanden.“¹⁰² Es sei daher vergebliche Mühe, nach einer allgemeinen und durchgehenden Erklärung für die imperialistische Politik der europäischen Staaten zu suchen; verschiedene, mit dem Etikett imperialistisch belegte politische Ereignisse hätten vielmehr nur zufällig gleichzeitig miteinander stattgefunden, da ihre Ursachen in je unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen der einzelnen überseeischen Gebiete lagen.¹⁰³ Die einzige Generalisierung über die Ursachen und Triebkräfte des Imperialismus, die Fieldhouse für möglich hält, ist daher die Feststellung, dass diese Triebkräfte auf jeden Fall in der Peripherie lokalisiert waren: „Ganz allgemein gesprochen, muss gefolgert werden, dass Europa durch die magnetische Kraft der Peripherie in den Imperialismus gleichsam hineingezogen wurde.“¹⁰⁴

Es soll keineswegs bestritten werden, dass der Hinweis von Robinson und Fieldhouse auf lokale Krisen, die imperialistische Politik provozierten, gerade für den englischen Imperialismus brauchbar ist.¹⁰⁵ Das hängt jedoch offensichtlich damit zusammen, dass man, wie schon angedeutet wurde, im englischen Fall von einer Kontinuität der imperialistischen Expansion während des gesamten 19. Jahrhunderts ausgehen sollte. Unter diesen Umständen können Ereignisse an der Peripherie zweifellos zur Erklärung von Anlässen, Richtung und Formwandlungen imperialistischer Expansion

herangezogen werden. Es hieße jedoch, das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen, wollte man daraus folgern, Ereignisse an der Peripherie könnten auch als Ursachen dieser Expansion angesehen werden. Das ergibt sich daraus, dass es nach Robinson und Fieldhouse vor allem lokale Krisen an der Peripherie waren, die den Prozess der imperialistischen Expansion vorantrieben. Gemeint sind damit offensichtlich Krisen eines bestehenden informellen Herrschaftsmechanismus. Würde er ernst genommen, müsste der Hinweis auf periphere Krisen daher dazu führen, sich in Fallstudien intensiv mit der Herausbildung, der Funktionsweise und den Ursachen des Zusammenbruches informeller Herrschaftsformen zu beschäftigen.¹⁰⁶ Wie eine exemplarische Untersuchung des Überganges von informeller zu formeller britischer Herrschaft in Westafrika gezeigt hat¹⁰⁷, würde man dabei jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach wieder auf – politische und ökonomische – Prozesse stoßen, die letztlich in den imperialistischen Metropolen ihre Bewegungszentren hatten. In einer ausreichend langfristigen historischen Perspektive, die es erlaubte, den Entstehungszusammenhang eines Problems zu erfassen, das als lokale Krise in Übersee schließlich Entscheidungen europäischer Politiker herausforderte, würde damit die Theorie von den peripheren Anlässen imperialistischer Politik auch ein notwendiges Gegengewicht zu jener beschriebenen Sicht des Imperialismus bilden, in der dieser seine Ursache allein in den expliziten Motiven und Intentionen handelnder Politiker besitzt.

Eine Synthese dieser beiden Ansätze der Imperialismusdebatte – dem Hinweis auf subjektive Intentionen und der Betonung gleichsam objektiver Krisen – scheint auf der Basis eines politologischen Modells eines zweiseitigen Konstitutionsprozesses politischer „Themen“ möglich zu sein. Es geht davon aus, dass die Mechanismen der Problemerzeugung für die Politik von dem Motivations- und Handlungskontext zu trennen sind, in dem ein Problem politisch gelöst wird. Mit diesem Modell, das hier in der von Claus Offe¹⁰⁸ vorgeschlagenen Form übernommen werden soll, gewinnt man auch insofern Anschluss an die oben durchgeführte Unterscheidung von „konspirativen“ und „strukturellen“ Theorien des Imperialismus, als damit

ein methodischer Ansatz gewonnen wird, Politik nicht reduktionistisch auf Interessen zu beziehen, sondern auf objektive Problemlagen, die ihrerseits die aggregierten unbeabsichtigten Nebenwirkungen der Verfolgung von Interessen in ganz anderen Handlungszusammenhängen sind.

Offe hält die in der sozialwissenschaftlichen Literatur übliche Beschreibung der Thematisierung politischer Probleme als Durchsetzung von Interessen für verkürzt; vielmehr haben „entstehende politische ... Themen das eigentümliche Merkmal, weder von der Politik gewählt noch von identifizierbaren Akteuren oktroyiert zu sein, sondern sich naturwüchsig und anonym zu „ergeben“.“¹⁰⁹ Daher will er den Begriff des Interesses zweistufig fassen: auf der einen Seite diejenigen Interessen, in deren Verfolgung sich – als latente Nebenwirkung – objektive Problemlagen für die Politik ergeben; auf der anderen Seite die Interessen, deren Mitwirkung sich auf der Ebene manifester Ziele abspielt. „Die einen erzeugen den Rahmen, innerhalb dessen die anderen in Erscheinung treten können.“¹¹⁰ In welchen Fällen die Verfolgung von Interessen dazu führe, als unbeabsichtigte Nebenfolge Problemlagen für die Politik zu erzeugen, hänge dabei einerseits von der Struktur der herrschenden Produktionsweise ab, die einzelnen Interessen ihren hierarchischen Stellenwert zuweise; sie werde auf der anderen Seite genauso bestimmt von dem zur Verfügung stehenden „System von staatlichen Regeln und Organisationen, dessen Beschaffenheit darüber entscheidet, ob die auf der anderen Ebene erzeugten Konfigurationen von Ereignissen als problematisch aufgefasst und damit zum Gegenstand politischer Bearbeitung gemacht werden.“¹¹¹

Die Bedeutung dieses hier nur knapp umrissenen Modells, das Offe aus Struktur und Funktion des kapitalistischen Staates ableitet¹¹², sehe ich in der Differenzierung der zwei Ebenen, die einzelne Politikverläufe konstituieren: der Ebene der Erzeugung objektiver Problemlagen und der Ebene staatlicher Organisationsmittel, einschließlich der Motive und Intentionen der staatlichen Akteure, unter denen die „objektiven“ Probleme bearbeitet werden. Es wäre demnach unzureichend, bei der Erklärung eines speziellen

Politikverlaufes – etwa der britischen Entscheidung zur militärischen Intervention in Ägypten – nur auf eine dieser Ebenen zu rekurrieren. So genügt es nicht, die Okkupation Ägyptens auf nicht weiter hinterfragte Absichten und ideologische Überzeugungen einzelner Kabinettsmitglieder in London zurückzuführen, ohne die Entstehung der Problemlage zu analysieren, die den „Official mind“ erst in Bewegung setzte. Darin liegt die Beschränkung rein politischer Imperialismustheorien. Andererseits wäre es gleichermaßen einseitig, die Intervention in Ägypten objektivistisch durch Verweis auf eine politische Krise in Ägypten zu erklären, ohne die Voraussetzungen: das verfügbare Arsenal staatlicher Organisationsmittel sowie den „ideologischen Konsensus“ (Wehler) der staatlichen Akteure zu bestimmen, unter denen Ereignisse in Ägypten von der Londoner Regierung überhaupt als Krise aufgefasst wurden. Hier liegt die blinde Stelle zumindest der radikaleren Form der peripheren Imperialismustheorie.

2.3 Zusammenfassung

Mit diesem kursorischen Durchgang durch exemplarische Positionen der Imperialismusdebatte scheint eine Basis erreicht, von der aus eine theoretisch informierte Formulierung von Hypothesen über den hier interessierenden Fall imperialistischer Politik: die britische Okkupation Ägyptens 1882, möglich ist. Es wurde gezeigt, dass die „ökonomische“ Interpretation des Imperialismus bzw. die „Theorie des kapitalistischen Imperialismus“ nicht eine bruchlose Theorie darstellen, sondern dass sich unter diesen unterschiedlichen Rubriken zwei verschiedene Ansätze verbergen. Der eine dieser Ansätze, den ich „Konspirationstheorie“ genannt habe, sucht die Ursachen des Imperialismus bei den partikularen Interessen einer politisch einflussreichen sozialen Gruppe anzusiedeln; exemplarisch habe ich diese Position an Lenin dargestellt. Der zweite Ansatz ist demgegenüber eine „strukturelle“ Imperialismustheorie, indem er die

Ursachen des Imperialismus in die Systemprozesse des kapitalistischen Gesellschaftssystems einbindet; das wurde am Beispiel Hobsons und Luxemburgs gezeigt. Es hat sich weiterhin herausgestellt, dass zumindest eine der alternativ zu den „ökonomischen“ Theorien entwickelten Interpretationen, die Theorie des Freihandelsimperialismus mit ihrer Betonung der Kontinuität der britischen imperialistischen Expansion im 19. Jahrhundert, mit der strukturellen Variante der ökonomischen Imperialismustheorien durchaus vereinbar ist, da beide Ansätze den Imperialismus des 19. Jahrhunderts als politische Funktion der ökonomischen Expansion der industriekapitalistischen Staaten Europas und Nordamerikas sehen. Schließlich wurde darauf hingewiesen, dass eine Synthese der politisch-strategischen Imperialismusdeutung mit der Theorie von den peripheren Anlässen imperialistischer Politik möglich zu sein scheint auf der Basis eines zweipoligen Modells der Konstitution politischer Probleme, das auf die unterschiedlichen, aber aufeinander bezogenen Mechanismen der Problemerzeugung für die Politik und der Problemlösung durch die Politik abhebt. Damit ist gleichzeitig ein Anschluss gegeben an die Unterscheidung von konspirativen und strukturellen Imperialismustheorien, da in diesem Modell Politikverläufe nicht reduktionistisch als Durchsetzung von Interessen aufgefasst, sondern auf objektive Problemlagen zurückgeführt werden, die ihrerseits die aggregierten Nebenwirkungen der Verfolgung von Interessen in anderen Handlungszusammenhängen sind.

Dieses Modell wird in der folgenden Analyse der britischen Okkupation Ägyptens 1882 zugrundegelegt. Ausgangspunkt wird dabei die säkulare Expansion des britischen Kapitalismus auf dem Weltmarkt des 19. Jahrhunderts sein. Diese Expansion wird allerdings nicht aus einer Systemanalyse des britischen Kapitalismus abgeleitet, sondern nur in den wesentlichen Merkmalen des Waren- und Kapitalexports beschrieben werden.¹¹³ Das Ergebnis war ein Muster internationaler Arbeitsteilung, in dem Großbritannien seine Industrieprodukte gegen die Primärerzeugnisse eines Kranzes von ökonomischen Satelliten austauschte. (These 1)

Während des gesamten Zeitraums waren die Beziehungen Großbritanniens zu seinen Satelliten imperialistisch. Mit dem Begriff „Imperialismus“ wird dabei ein Dominanz-Abhängigkeitsverhältnis auf ökonomischer oder politischer Ebene zwischen zwei oder mehreren nationalen Gesellschaften bezeichnet. Dieses Abhängigkeitsverhältnis kann verschiedene Formen annehmen, wobei direkte politische Unterwerfungen zwar eine Form des Imperialismus sein kann, imperialistische Beziehungen generell aber nicht auf Kolonialimperialismus reduziert werden können.¹¹⁴ (These 2)

Ägypten wurde zwischen 1840 und 1875 in das um Großbritannien zentrierte System internationaler Arbeitsteilung als ökonomisch abhängiger Satellit integriert. (These 3)

Diese ökonomische Abhängigkeit war sowohl Bedingung als auch Ursache der politischen Abhängigkeit Ägyptens, wie sie in der Okkupation 1882 durch britische Truppen endgültig zementiert wurde. Belegt wird diese Behauptung von der Herleitbarkeit politischer von ökonomischer Abhängigkeit dadurch, dass als Ursache für den Übergang jeder neuen der vier zwischen 1875 und 1882 unterscheidbaren Stufen der Intensivierung der politischen Kontrolle Großbritanniens (und im geringen Maße auch Frankreichs) über Ägypten Probleme ausgemacht werden können, die sich aus der ökonomischen Abhängigkeit Ägyptens von Westeuropa ergaben.¹¹⁵ Die entscheidenden „inputs“ in den politischen Entscheidungsprozess der britischen Regierung waren damit durch ökonomische Daten gesetzt. (These 4)

Von den damit bezeichneten objektiven Ursachen der britischen Okkupation Ägyptens analytisch zu trennen sind die Motive, die britische Politiker bei dieser Entscheidung leiteten. Dabei lassen sich zwei unterschiedliche Motivstränge ausmachen; die Verteidigung des indischen Empire und die Sicherung der allgemeinen ökonomischen Interessen Großbritanniens in Ägypten. Diese letzteren ökonomischen Gesamtinteressen wurden seit 1876

durch die britisch-französische Doppelkontrolle und die von dieser abhängigen Regierung des ägyptischen Vizekönigs wahrgenommen; sie konnten aber auch ebenso gut dem vom britischen Militär gestützten Generalkonsul in Kairo übertragen werden, wie sich nach 1882 herausstellte. In diesem Sinne war die militärische Intervention ein Versuch, eine wirkungslos gewordene einheimische Kollaborationselite durch ein neues Kollaborationsregime in Form einer europäischen Kolonialverwaltung abzulösen. (These 5) Die beiden genannten Ziele ihrer Ägyptenpolitik verfolgte die britische Regierung offensiv gegenüber Frankreich. Insbesondere sind von Robinson, Gallagher und Platt gemachte Behauptungen falsch, dass 1. die britische Regierung im Gegensatz zur französischen Regierung in Ägypten aus antiimperialistischen Prinzipien informelle Kontrollen einem direkten politischen Engagement vorzog. Diese Politik hatte vielmehr eine eindeutig antifranzösische Spitze. (These 6) es entspricht auch nicht den Tatsachen, dass 2. die britische Regierung 1881/82 gezwungen war, aus Gründen der Erhaltung des europäischen Machtgleichgewichts der aggressiven französischen Politik gegenüber Ägypten zu folgen. Spätestens seit Februar 1882 bestand vielmehr kein französischer Druck mehr in Richtung auf eine „aktivere“ Ägyptenpolitik. Der Druck kam stattdessen von bestimmten britischen Interessengruppen, insbesondere den „men on the spot“, wobei der Einfluss des britischen Finanzkontrolleurs auf die Entscheidungen des britischen Kabinetts von besonderer Bedeutung war. (These 7)

3 Weltmarktbeziehungen im 19. Jahrhundert: Großbritannien und Ägypten

3.1 *Außenwirtschaft und Außenpolitik in Großbritannien 1780 – 1870*

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich kurz mit der Bedeutung des Weltmarktes und des formellen und informellen Empires für die britische Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert sowie mit der Reflektion dieser Rolle durch britische Politiker der Zeit. Im einzelnen soll gezeigt werden,

- dass die britische Volkswirtschaft in hohem Maße vom Weltmarkt abhing und dass die Bedeutung des Weltmarktes für Großbritannien während des 19. Jahrhunderts weiter anwuchs;
- dass die dominierende Stellung Großbritanniens auf dem Weltmarkt der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem Muster internationaler Arbeitsteilung führte, in dem Großbritannien seine industriellen Fertigprodukte gegen die Primärerzeugnisse der restlichen Welt austauschte;
- dass nach der Jahrhundertmitte die Kolonien und vor allem Indien zum Angelpunkt der gesamten außenwirtschaftlichen Beziehungen Großbritanniens wurden; und
- dass führende britische Politiker aller Richtungen im 19. Jahrhundert es als eine zentrale Aufgabe der Außenpolitik ansahen, die nationalen ökonomischen Interessen Großbritanniens im Ausland zu schützen.

3.1.1 Großbritannien als „Werkstatt der Welt“ 1780 - 1870

Es kann als ein gesichertes Ergebnis der Forschungen zur britischen Wirtschaftsgeschichte gelten, dass die Industrielle Revolution in Großbritannien nur mit Bezug auf die Verflechtung der britischen Volkswirtschaft mit dem Weltmarkt des 17. und 18. Jahrhunderts interpretiert werden kann. Die Bedeutung des Außenhandels lag dabei nicht so sehr darin, dass er Möglichkeiten der Akkumulation von Kapital bot, das dann in industriellen Unternehmungen investiert werden konnte.¹ Wichtiger war, dass vor allem mit den Gebieten des britischen Empire ein Markt von einer Aufnahmefähigkeit zur Verfügung stand, wie sie der Binnenmarkt gerade unter den Voraussetzungen eines niedrigen Lebensstandards der Massen während der industriellen Revolution nicht bieten konnte.² In Rostowscher Sprache gehörte die effektive ausländische Nachfrage nach britischen Fertigprodukten im 18. Jahrhundert sowohl zu den Vorbedingungen wie zu den Bedingungen rapiden kumulativen Wirtschaftswachstums; der Außenhandel war damit der Leitsektor der britischen „take-off“-Phase.³ Nach 1800 setzte sich jedoch der Trend absolut und auch im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt relativ steigender Exporte zunächst einmal nicht fort. Über den schon 1800 erreichten Wert von £ 40 Millionen kamen Großbritanniens Exporte bis 1835 nur geringfügig hinaus; Ende der zwanziger Jahre fielen sie sogar bis unter £ 36 Millionen.⁴ Der Anteil des Außenhandels am Bruttosozialprodukt ging sogar zurück.⁵ Die Ursache dieser Stagnation wurde von der zeitgenössischen Volkswirtschaftslehre alsbald erkannt. Die Schranke gegenüber einer weiteren Ausdehnung des britischen Exports, so wurde argumentiert, lag in der mangelnden Sterlingskaufkraft der britischen Handelspartner.⁶ Sterling konnte jedoch nur auf zwei Wegen in deren Hände gelangen: einmal durch britische Kredite, also durch Kapitalexport; dies konnte naturgemäß nur eine kurzfristige Lösung sein. Die zweite Möglichkeit war der Verkauf einheimischer Produkte

nach Großbritannien. Dies wurde jedoch in erheblichem Maße durch britische Einfuhrzölle verhindert, die in den 1820er Jahren im Durchschnitt bei 57 % des Einfuhrwertes lagen.⁷ Zur Förderung des britischen Exportes, wurde gefolgert, müssten daher die britischen Einfuhrzölle aufgehoben werden. Die zu erwartende Steigerung der Importe würde den Importländern Sterlingskaufkraft verschaffen und damit die Voraussetzung einer Steigerung der britischen Exporte bilden. Darüber hinaus beanspruchte das damit propagierte Ziel der Einführung des Freihandels in den wirtschaftlichen Außenbeziehungen Großbritanniens, außer den Interessen der britischen Industrie auch denen der Handelspartner zu dienen. Denn nach der klassischen ricardianischen Außenhandelstheorie der komparativen Kostenvorteile sollte dasjenige internationale Wirtschaftssystem allen Nationen den vergleichsweise größten ökonomischen Nutzen bringen, in dem jedes Land sich auf die Produktion der Waren spezialisierte, die es am kostengünstigsten herstellen konnte.⁸ Unter den Verhältnissen des frühen 19. Jahrhunderts bedeutete die Anwendung dieser Theorie eine Konzentration der britischen Produktion auf industrielle Fertigwaren. Das würde Großbritannien zu Werkstatt der Welt werden lassen; im Austausch werde es dann von der restlichen Welt Lebensmittel und Fertigwaren erhalten.

Das Freihandelsprogramm wurde seit 1824 schrittweise in die Tat umgesetzt. Seinen spektakulärsten Durchbruch erlebte es 1846 mit der Aufhebung der Kornzölle, seinen krönenden Abschluss mit dem Cobden-Vertrag von 1860, dessen Meistbegünstigungsklausel nahezu alle Zölle im Handel mit Großbritanniens wichtigstem Handelspartner Frankreich aufhob.⁹ Ähnliche Verträge hatte die britische Regierung schon in den 1820er Jahren mit den lateinamerikanischen Staaten, 1838 mit der türkischen Regierung und 1858 mit Japan abgeschlossen. Andere Staaten – wie China und Ägypten – schlossen ebensolche Verträge mit Großbritannien ab, nachdem sie durch die britische Flotte von der Logik des ricardianischen Arguments von dem allseitigen Nutzen freien internationalen Handels überzeugt worden waren.¹⁰ Andererseits stieß sich die britische Regierung nicht in allen Fällen

an einer Verletzung des Gleichheitsprinzips: Während in den 1840er Jahren die britische Kolonialverwaltung Indiens den Zoll auf die Einfuhr britischer Baumwoll- und Seidenwaren auf 3,5 % festlegte, waren umgekehrt für indische Baumwollprodukte in Großbritannien 10 %, für indische Seidenerzeugnisse sogar 20 % Einfuhrzoll zu zahlen.¹¹

Die Entwicklung der britischen Exporte nach 1830 bestätigte die Prognosen der „Freihändler“ auf der ganzen Linie. Zunächst stiegen nach 1835 die Importe wieder an.¹² Wie vorausgesagt, folgte der Anstieg der Exporte alsbald hernach. Von einem jährlichen Durchschnitt von £ 40 Millionen 1831/35 stiegen sie um 550 % auf £ 220 Millionen in den 1860er und 1870er Jahren.¹³ Da dieser Anstieg bei weitem die Zuwachsrate des Bruttosozialproduktes übertraf, stieg auch die relative Bedeutung des Außenhandels wieder stark an. Während er im Durchschnitt des Jahrzehnts nach 1830 noch 10,35 % betragen hatte, erreichte er 30 Jahre später 26,9 %.¹⁴ Um die Jahrhundertmitte kam Großbritannien damit dem Ideal, Werkstatt der Welt zu sein, recht nahe. 1854 waren 85,1 % aller im Inland produzierten Exporte Fertigwaren, während Lebensmittel und Rohstoffe 93 % der Einfuhr ausmachten.¹⁵ Diese Zahlen erhalten erhöhte Bedeutung, wenn sie im Zusammenhang mit Großbritanniens beherrschender Stellung auf dem Weltmarkt gesehen werden. In den ersten drei Vierteln des 19. Jahrhunderts war der Welthandel ein vorwiegend britisches Unternehmen. 1820 nahm Großbritannien 35 % aller von fremden Ländern exportierten Waren auf, und 1860 war dieser Anteil nur leicht auf 31 % gefallen, obwohl der Weltmarkt insgesamt mittlerweile um das Viereinhalbfache angestiegen war.¹⁶

Noch überwältigender war jedoch die Weltmarktstellung Großbritanniens auf dem anderen Sektor der Außenwirtschaft, dem Kapitalexport. Transfers von britischem Kapital ins Ausland hatten in den 1820er Jahren mit Anleihen an die Regierungen Europas unmittelbar nach dem Ende der Napoleonischen Kriege und dem kurzlebigen südamerikanischen Investitionsboom von 1824/25 begonnen.¹⁷ In gewisser Hinsicht waren diese Regierungsanleihen

jedoch untypisch für den britischen Kapitalexport in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In der Regel fand Kapitalexport in der Form von kommerziellen Krediten statt, die der direkten Förderung des Exportes britischer Produkte dienten, entweder als direkte „package deals“ oder mittels des Außenhandelsmultiplikators, der bewirkte, dass ein großer Teil des ins Ausland fließenden Kapitals zum Ankauf britischer Waren verwandt wurde.¹⁸ Eine zentrale Rolle spielte dabei der Eisenbahnbau in den USA und West-Europa, wo nach 1830 die Entstehung eines Eisenbahnnetzes zum großen Teil von britischem Kapital finanziert wurde. 1854 hatte der so akkumulierte Kredit Großbritanniens im Ausland etwa £ 23 Millionen erreicht. Er repräsentierte damit etwa 92 % des gesamten international angelegten Kapitals.¹⁹

Disaggregiert man die Zahlen für Großbritanniens Waren- und Kapitalexport in geographischer Hinsicht, so erhält man schließlich auch ein Bild davon, in welche Richtung die britische Volkswirtschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts expandierte. Zwischen 1830 und 1860 nahm allein Europa 40 % der gesamten britischen Ausfuhr auf; weitere 20 % gingen in die USA. Nur 40 % der ins Ausland exportierten Waren gingen somit in die Länder Lateinamerikas, Asiens und Afrikas.²⁰ Andererseits zeigte sich schon um die Jahrhundertmitte, dass in einer längerfristigen historischen Perspektive gerade die Märkte Asiens und Lateinamerikas für Großbritannien an Bedeutung zunahmen; der Wert der von ihnen aufgenommenen britischen Produkte zeigte zwischen 1861 – 1870 und 1838 – 1842 die bei weitem höchste Wachstumsrate.²¹ Ein ähnliches Bild ergab die geographische Verteilung der britischen Kapitalausfuhr. Der Großteil des vor 1850 im Ausland investierten Kapitals – 59 % - war in Europa angelegt; weitere 26 % in den USA und der Rest in Lateinamerika.²²

Das System internationaler Arbeitsteilung um die Mitte des 19. Jahrhunderts wies also eine überaus charakteristische monopolistische Struktur auf: Das einzige industrialisierte Land der Welt, Großbritannien, hatte um sich herum eine Reihe von Komplementären nationalen Volkswirtschaften, vor allem in

Europa und Nordamerika, aber auch in Lateinamerika und Asien, zentriert, deren Primärprodukte es gegen seine eigenen Fertigerzeugnisse austauschte.

3.1.2 Die ökonomische Funktion Indiens im britischen Empire

Nirgends wurde die zentrale Rolle von Außenhandel und Kapitalexport für die britische Volkswirtschaft deutlicher als in den britischen Wirtschaftsbeziehungen mit Indien. Die Kronkolonie wurde nach 1850 so sehr zum Angelpunkt des britisch beherrschten Weltwirtschaftssystems, dass der „Economist“ die Wohlfahrt Großbritanniens in erster Linie von Indien abhängig glaubte²³ und sogar das ökonomischen Problemen normalerweise einigermaßen entrückte Marineministerium die Stellung Großbritanniens in der Welt in der bezeichnenden Reihenfolge als „Seemacht, indische Macht und Kolonialmacht“ umschrieb.²⁴

Indien war zunächst einmal ein wichtiger Markt für Großbritannien, der seit 1850 immer zwischen 10 und 13 % der britischen Exporte abnahm.²⁵ Gegen Ende des Jahrhunderts stieg Indien damit zum bedeutendsten nationalen Markt für britische Produkte im Ausland auf. Darüber hinaus zeigt eine genauere Aufspaltung britischer Exporte nach Warengruppen, dass Indien vor allem den größten Markt für britische Baumwollwaren darstellte. Schon 1853 ging nahezu ein Viertel aller aus Großbritannien exportierten Baumwollprodukte nach Indien. Bis 1913 stieg dieser Anteil auf 42 %.²⁶ Auch als Importeur britischer Kapitalgüter wurde Indien zunehmend interessant. Zwischen 1854 und 1913 stieg sein Anteil an den britischen Exporten in dieser Warengruppe von 4 auf 17,5 %.²⁷

Einen ähnlichen Bedeutungsanstieg erlebte Indien nach 1850 als Importeur britischen Kapitals. Während vor 1857 praktisch kein britisches Kapital nach

Indien floss²⁸, wurde es in den fünfzehn Jahren bis etwa 1873 zum Hauptabnehmer britischen Kapitals. Die in dieser Zeit in Indien akkumulierte Kapitalmasse betrug fast ein Viertel des gesamten britischen Auslandskapitals.²⁹

Genau wie der Außenhandel hatte auch der indische Kapitalimport aus Großbritannien seinen Schwerpunkt im Baumwollsektor. Nach dem „cotton famine“ 1845/47, der aufgrund schlechter Baumwollernten in den USA zu schweren Versorgungslücken für die Baumwollindustrie in Lancashire führte, hatte eine parlamentarische Untersuchungskommission den Ausbau des indischen Verkehrsnetzes empfohlen, dessen schlechter Zustand als Barriere gegenüber einer Vergrößerung der indischen Baumwollausfuhr angesehen wurde.³⁰ Diese Empfehlungen wurden 1858 in die Tat umgesetzt, nachdem seit 1857 auch das militärische Potential eines dichten Eisenbahnnetzes deutlich wurde. Zwischen 1858 und 1869 investierten britischen Kapitaleigner allein etwa £ 70 Millionen in den Ausbau des indischen Eisenbahnnetzes. Daneben erfolgten große Investitionen in Häfen und Kanälen.³¹

Den britischen Investoren hatte die Kolonialverwaltung eine Verzinsung ihres Kapitals in Höhe von 5 % im Jahr garantiert. Da die wenigsten der Transportunternehmen einen Profit in dieser Höhe abwarfen, musste die Differenz in den folgenden Jahren vom indischen Steuerzahler getragen werden.³² Die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse erreichte aber durchaus ihren angestrebten Zweck. Die Exporte indischer Rohbaumwolle stiegen gewaltig an, in den Jahren 1885 – 1913 etwa um das Dreifache. In den meisten Jahren zwischen 1870 und 1914 war Rohbaumwolle damit das wichtigste von Indien exportierte Produkt.³³ Da andererseits um 1870 Baumwollfertigprodukte etwa die Hälfte aller indischen Importe und 60 % aller britischen Exporte nach Indien ausmachten³⁴, hatte der von den indischen Bauern subventionierte Ausbau des Verkehrsnetzes in Indien das Land nicht nur permanent an Großbritannien verschuldet, sondern es gleichzeitig zum Musterbeispiel jener von Großbritannien exportierten

internationalen Arbeitsteilung gemacht, unter der die Agrarstaaten ihre Produkte nach Großbritannien exportierten, und sie dann von dort als Fertigprodukt wieder zurückkauften.³⁵

3.1.3 Der viktorianische Konsens über die ökonomischen Bezüge von Außen- und Kolonialpolitik

Angesichts dieser ökonomischen Schlüsselstellung Indiens für die britische Volkswirtschaft verwundert es nicht, dass die britische Außenpolitik der spätviktorianischen Zeit sich in hohem Maße um die Sicherung der Kommunikationslinien nach Asien drehte. Das ist auch deshalb nicht weiter erstaunlich, da es britischen Politikern des 19. Jahrhunderts gemeinhin als selbstverständlich galt, dass eine der wichtigsten Aufgaben der Außenpolitik in der Sicherung der ökonomischen Interessen Großbritanniens im Ausland liegen müsse. Schon der ältere Pitt hatte kategorisch erklärt: „Britische Politik ist britischer Handel.“³⁶ Mitten im ersten afghanischen Krieg schrieb Palmerston 1841 an den Oberbefehlshaber der in Afghanistan kämpfenden britischen Truppen: „Es ist das Geschäft der Regierung, die Straßen für den Kaufmann zu sichern.“ Drastischer noch hatte der gleiche Palmerston 1834 in einer Rede im Unterhaus erklärt, einen britischen Außenminister der Gleichgültigkeit gegenüber Handelsinteressen zu bezichtigen, hieße, ihm gesunden Menschenverstand abzusprechen.³⁷³⁸ Palmerston stand mit dieser Ansicht keineswegs allein. Als Granville 1851 das Amt des Außenministers antrat, meinte er: „...Eine der ersten Pflichten einer britischen Regierung muss immer sein, unserem Außenhandel jene Sicherheit zu verschaffen, die zu seinem Erfolg notwendig ist.“³⁹ Äußerungen dieser Art lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, wie viktorianische Politiker das Verhältnis von politischen und ökonomischen Interessen Großbritanniens im Ausland definierten. „Wenn ein geschäftliches Interesse überhaupt irgendeine Bedeutung besitzt“, sagte

Disraeli 1842 im Unterhaus, „ist es auch ein politisches Interesse, und in einem Land, in dem der Handel eine der Hauptquellen des nationalen Wohlstandes und die Grundlage der Staatseinnahmen ist, stellt ein geschäftliches Interesse ein politisches Interesse ersten Ranges dar.“⁴⁰ Seine späteren Regierungserfahrungen bestätigten diese Auffassung: „Es mögen ernste Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, auf welche Weise man am ehesten zu Wohlstand gelangt“, wiederholte er zwanzig Jahre später, „... Es kann jedoch keine Frage sein ..., dass Wohlstand am besten durch Macht zu bewahren ist.“⁴¹

Diese nüchterne Sicht der Rolle ökonomischer Interessen in der britischen Außenpolitik machte gelegentlich auch mehr ideologisch gefärbten Äußerungen Platz. So legte Gladstone 1855 dar, wichtiger als die materiellen Vorteile, die der Besitz von Kolonien mit sich bringe, sei die Tatsache, dass die Aufgabe der Gründung „freier, wachsender und starker kolonialer Gemeinschaften“ Großbritannien durch die göttliche Vorsehung zugewiesen worden sei und ein charakteristisches Merkmal der „englischen Mission“ ausmache.⁴² In bezug auf Indien behauptete er: „Ich glaube fest und ohne Einschränkungen, dass wir in der Tat große Pflichten gegenüber Indien haben, dass wir jedoch keinerlei Interessen in Indien verfolgen außer dem Wohlergehen des Landes selbst und der sich daraus für uns ergebenden Folgen.“⁴³ Aber der Gladstone-Verweis auf die Vorsehung und die „englische Mission“ kam schon Zeitgenossen verdächtig vor⁴⁴, und selbst Edward Dicey, der seinerseits gern von „England’s mission in the East“ sprach, war skeptisch gegenüber den von Gladstone vorgebrachten philanthropischen Argumenten, mit denen dieser die britische Beherrschung Indiens erklärte: „Für meinen Teil kann ich ehrlicherweise nicht die Meinung vertreten, die in letzter Zeit so oft vorgebracht wurde, und der Mr. Gladstone durch seine Zustimmung Autorität verliehen zu haben scheint, dass wir Indien und die anderen Teile unseres Reiches, in denen wir Herrscher und nicht Siedler sind, wegen der Vorteile regieren, die wir der unterworfenen Bevölkerung verschaffen oder zu verschaffen glauben. ... Die Behauptung, wir seien nach Übersee gegangen, um Gutes zu tun, wäre reine

Heuchelei.“⁴⁵ Immerhin war auch Dicey davon überzeugt, dass die Herrschaft Großbritanniens aber musste sich nach Dicey der Wert von Kolonien vor allem in „pounds, sterling and pence“ ausdrücken lassen. „Ich glaube wirklich“, meinte er, „dass der Besitz einer Reihe von gleichmäßig über den Erdball verstreuten Schutzgebieten eine notwendige Bedingung des wirtschaftlichen Wohlergehens ist, auf dem unsere Größe als Nation beruht... Ohne Kolonien könnten wir unseren dominierenden Einfluss auf den Weltmeeren nicht bewahren, und wenn Britannia aufhört, die Wogen zu beherrschen, kann auch ihre wirtschaftliche Vormachtstellung nicht aufrechterhalten werden.“⁴⁶

Die Selbstverständlichkeit, mit der viktorianische Politiker den außenpolitischen Imperativ akzeptierten, die ökonomischen Interessen der Nation in Übersee zu verteidigen, die als die Basis der politischen Stellung Großbritanniens in der Welt galten, rührte nicht zuletzt daher, dass sie in dieser Hinsicht alle Argumente der Wirtschaftstheorie auf ihrer Seite wussten. Prägnant wurde dieser Konsens schon von Adam Smith formuliert: „Der Schutz des Handels im allgemeinen wurde schon immer als grundlegend für die Bewahrung des Volkswohlstandes angesehen und daher als notwendiger Teil der Pflichten der ausführenden Gewalt betrachtet.“⁴⁷ Lord Farrer, der vierzig Jahre lang als hoher Beamter in dem Londoner Ministerium tätig war, das eigens für die Erfüllung der von A. Smith angesprochenen Staatsfunktion des Schutzes des Handels im In- und Ausland eingerichtet worden war⁴⁸, konkretisierte die Aufgaben seines Ministeriums in einer Art Handbuch des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik im viktorianischen England.⁴⁹ Die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe der Staatsgewalt war nach Farrer die Erhaltung von juristischen und technischen Rahmenbedingungen, ohne die geregelte Wirtschaftsbeziehungen nicht möglich seien. Zu diesen Rahmenbedingungen gehörten die Wahrung von öffentlicher Sicherheit und die Erhaltung des Friedens in den Beziehungen zwischen den Nationen.⁵⁰ Insbesondere ging es dabei um zwei Rechtsinstitute: um die Einhaltung von Verträgen und um die Sicherung von Eigentum.⁵¹ Zu den darüber hinaus

vom Staat zu schaffenden technischen Voraussetzungen des Wirtschaftsverkehrs zählte Farrer die Bereitstellung eines Tauschmittels – Geld – und eines Systems von Maßen und Gewichten.⁵² Diesem Verweis der Staatstätigkeit auf die Bereitstellung juristischer und technischer Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsverkehr entsprach auf der anderen Seite die Ausgrenzung einer staatsfreien Sphäre: Unter keinen Umständen, warnte Farrer, dürfe der Staat in das freie Spiel der Marktkräfte eingreifen. Aktiv werden dürfe er nur, wenn Marktmechanismen etwa durch das Entstehen von Monopolen gefährdet seien.⁵³

So bestimmt sich Farrer damit über die Ziele der Staatstätigkeit äußerte, so unbestimmt blieb er über die einzusetzenden Mittel. Insbesondere bleibt offen, wie die Wahrung von Frieden und Sicherheit und die Erhaltung von Eigentums- und Vertragsfreiheit im internationalen Maßstab durchzusetzen seien. Hier blieb die Aufgabe der britischen Regierung freilich solange unproblematisch, wie ausländische Regierungen auf den gleichen Kanon wirtschaftspolitischer Grundsätze verpflichtet werden konnten. Allerdings konnte man nicht davon ausgehen, dass die Argumente von den positiven Folgen der Förderung privater Initiative und freien Handels jeden Stammesfürst in Afrika und jeden asiatischen Herrscher überzeugten. In solchen Fällen mussten dann gelegentlich schärfer Mittel angewandt werden – sei es, dass durch konzentrierten politischen Druck⁵⁴ oder durch die kurzfristige Anwendung militärischer Gewalt („Polizeiaktionen“) überseeische Länder für den Handelsverkehr geöffnet wurden, oder dass sie in ein längerfristiges politisches Abhängigkeitsverhältnis gebracht wurden. So erkannte Gladstone schon 1855: „Der Erlass unweiser und schlechter Gesetze im Ausland kann die Ausdehnung unseres Handels ernsthaft einschränken und behindern ... In Hinsicht auf eine Kolonie beseht eine derartige Gefahr nicht.“⁵⁵ Diese drastische Form der Sicherung der ökonomischen Interessen Großbritanniens in Übersee wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer wichtiger, als in Übereinstimmung mit objektiven ökonomischen Trends und infolge verstärkter internationaler Konkurrenz und des häufigen Zusammenbrechens überseeischer

Kollaborationsregimes die ökonomische Wohlfahrt Großbritanniens in zunehmenden Maße mit seiner Herrschaft über überseeische Kolonien in Zusammenhang gebracht wurde.⁵⁶

3.2 Die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens im 19. Jahrhundert

Der im vorigen Abschnitt in seinen ökonomischen und politischen Bezügen beschriebene Prozess des Aufbaues eines britisch beherrschten Weltwirtschaftssystems soll nun im folgenden gleichsam aus der Froschperspektive Ägyptens betrachtet werden, eines Landes, das zwischen etwa 1839 und 1875 in dieses System internationaler Arbeitsteilung integriert wurde. Der Prozess der Öffnung Ägyptens für den Weltmarkt ist um so bemerkenswerter, als ihm in der Regierungszeit Mohammed Alis ein Versuch einer unabhängigen nationalen Entwicklungspolitik vorausging, der schließlich durch das politische und militärische Eingreifen Großbritanniens scheiterte.

3.2.1 Mohammed Alis nationale Entwicklungspolitik 1805 – 1838

Mohammed Ali, ein albanischer Offizier der ottomanischen Armee, war 1805 in den politischen Kämpfen, die Ägypten nach dem Abzug der französischen Truppen erlebte, an die Macht gekommen. Seine Position als faktischer Machthaber in Ägypten, wenn auch noch in formeller Abhängigkeit vom türkischen Sultan, wurde von diesem ein Jahr später anerkannt.⁵⁷

Unmittelbar nachdem er seine politische Stellung konsolidiert hatte, begann Mohammed Ali mit der Durchführung seines ehrgeizigen Modernisierungsprogramms, das mit Ausnahme des japanischen Falles den

einzigsten ernsthaften Versuch eines nichteuropäischen Landes im 19. Jahrhundert bildete, den Entwicklungsvorsprung Großbritanniens aufzuholen.⁵⁸ Vorrangig war dabei die Entwicklung der Landwirtschaft, deren Erträge durch Änderungen der Eigentumsverhältnisse, durch den Aufbau eines Kanalnetzes, das konstante Bewässerung ermöglichte, durch die Einführung neuer Anbaupflanzen und -techniken und durch die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse gesteigert wurden. Ein effektiveres Steuersystem und enge staatliche Kontrollen des regionalen Handels, das der Regierung praktisch eine Monopolstellung im Handel mit Agrarprodukten und damit entscheidenden Einfluss auf die Preisgestaltung verschaffte, sorgten dafür, dass sich die Verbesserung der Erträge nicht in einer Steigerung der landwirtschaftlichen Einkommen niederschlugen, sondern in erster Linie dem Staatshaushalt zugute kamen. Die gesteigerten landwirtschaftlichen Erträge dienten vor allem dem Export, den die ägyptische Regierung mit einem ähnlichen Handelsmonopol wie den Binnenhandel kontrollierte. 1820 etwa gingen 95 % des gesamten ägyptischen Exports und 40 % des Imports durch die staatlichen Lagerhäuser in Kairo.⁵⁹ Die Erträge aus Steuereinnahmen und Handelsgewinnen verschafften Mohammed Ali nicht nur die Mittel zum Aufbau einer modernen Armee. Mit ihnen wurde auch die Einfuhr europäischer Kapitalgüter bezahlt, die er zum Aufbau einheimischer Industrien benötigte. Diese Industrien sollten mit dem Ziel der Importsubstitution landwirtschaftliche Erzeugnisse weiterverarbeiten. Für ihre Produktion bildeten die Bedürfnisse der Armee eine wichtige und vor allem konstante Nachfrage. Eine zweite wichtige Funktion der Armee im Modernisierungsprozess war der Aufbau eines nationalen Systems technischer Erziehung, das zunächst für die professionellen Bedürfnisse der Armee geschaffen, schließlich auch die Ausbildung einer einheimischen technischen Elite erlaubte.

Ein späterer kompetenter Beobachter hat Mohammed Alis Entwicklungspolitik auf den Gebieten der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und der Erziehung als einen umfassenden Versuch gewürdigt, die

ökonomischen Ressourcen des Landes zu entwickeln.⁶⁰ Von den Saint-Simonisten in Frankreich wurde er seinerseits enthusiastisch begrüßt.⁶¹ Einen großen Sprung nach vorn in dieser Entwicklungspolitik bildete die Einführung des Baumwollanbaus 1821. Die von der Regierung kontrollierte Produktion langstapeliger Baumwolle (Jute) wurde bald zur wichtigsten Quelle staatlicher Einnahmen, die in den 1830er Jahren etwa 25 % zum Staatshaushalt beitrug. Die Rohbaumwolle gelangte zunächst ausschließlich in den Export. Die ägyptische Regierung begann aber auch mit dem Aufbau von Baumwollfabriken, die Garne und Stoffe herstellten. 1833 beschäftigten sie immerhin schon 30.000 Arbeiter. Die im Inland produzierten Baumwollstoffe konnten zwar den Import hochentwickelter englischer Erzeugnisse nicht ernsthaft gefährden. Für die Einfuhr von Produkten niedriger Qualität, etwa der aus Indien, stellten sie aber rasch eine ernsthafte Konkurrenz dar, wie der britische Generalkonsul missbilligend nach Hause berichtete.⁶²

Diese Bedenken stießen in der britischen Öffentlichkeit auf offene Ohren. Eine „künstliche“ staatliche Preislenkung und der Betrieb von Industrien unter der Kontrolle der Regierung widersprach nicht nur allen Prinzipien der klassischen politischen Ökonomie. Er verletzte auch offenkundig britische Handelsinteressen, wie die zunehmenden Beschwerden der britischen Handelskolonie in Alexandria über das ägyptische staatliche Handelsmonopol bezeugten. „All diese Verschwendung wird mit der besten Baumwolle getrieben, die lieber an uns verkauft werden sollte“, klagte Cobden. „Das ist nicht das ganze Unheil, denn dieselben Hände, die zu dieser Produktion gezwungen werden, wurden von der Bebauung des Bodens abgehalten.“⁶³ Darüber hinaus bestand die Gefahr, dass mit zunehmender Stärke Mohammed Alis das ägyptische Monopolsystem auf weitere Gebiete des türkischen Empires übertragen werden würde. Syrien, das nach seiner Eroberung durch ägyptische Truppen 1833 das System hatte übernehmen müssen, war dafür in britischen Augen ein abschreckendes Beispiel.⁶⁴ Das hätte aber das endgültige Ende aller Versuche bedeutet, die Türkei zu einer weitgehenden Reduzierung aller

Binnen- und Außenzölle zu bewegen. Entsprechende Vorstöße hatte Palmerston, der angesichts aufkommender industrieller Konkurrenz in Europa von der Notwendigkeit der Gewinnung neuer Absatzmärkte für Großbritannien in Asien schon 1840 überzeugt war⁶⁵, bereits Anfang der 1830er Jahre unternommen. „Wenn sie statt der Gewährung von Monopolen, die den Handel ruinieren, freien Handel erlaubten“, ließ er den Sultan über die Feinheiten der politischen Ökonomie belehren, „und darauf nur mäßige Steuern erhöhen, würden sie ihr Staatseinkommen bedeutend erhöht finden.“ Nicht nur Weitergabe an den Sultan bestimmt, fügte er hinzu, dass eine solche Maßnahme auch der Förderung britischer Exporte in die Türkei dienen würde.⁶⁶

Die Verhandlungen in Konstantinopel zogen sich jedoch hin. Daher kam es der Regierung in London nicht ungelegen, dass der Sultan 1838 die Engländer seinerseits um Hilfe gegen die politischen Ambitionen Mohammed Alis bat.⁶⁷ Dieser hatte, wie schon gesagt, 1833 Syrien und später auch Kreta und einen Teil der arabischen Halbinsel erobert. 1838 ließ er durchblicken, dass er die Absicht habe, die von ihm eroberten Gebiete aus dem türkischen Reichsverband zu lösen. Da die ägyptische Armee der türkischen weit überlegen war, hatte die türkische Regierung wenig Aussichten, Mohammed Ali an seinem Vorhaben zu hindern. Die Briten ihrerseits stellten für eine militärische Unterstützung des Sultans gegen seinen Vasallen harte Bedingungen. Sie wünschten endlich die Abschließung eines anglo-türkischen Handelsvertrages, der alle türkischen staatlichen Handelsbeschränkungen abschaffen und die Ein- und Ausfuhrzölle weitgehend senken sollte. Da dieser Vertrag im gesamten türkischen Reichsverband gelten sollte, würde er nicht nur die Monopole im Kernland treffen, sondern auch Mohammed Alis Monopolsystem ungesetzlich machen. London ließ den Sultan unverblümt wissen, dass er bei einer Ablehnung des britischen Vorschlages seinen Thron riskiere. „Falls die Pforte die kommerziellen Zugeständnisse verweigert, die ich vorschlage“, drohte der britische Botschafter in Konstantinopel, „wird die englische Regierung nicht nur einen anderen Ton anschlagen, sondern auch

ihr Verhalten ändern, und ich könnte mir sogar vorstellen, dass dann ein Zeitpunkt einträte, zu dem es englischen Interessen entspräche, Mohammed Ali herüber nach Konstantinopel zu bringen.“⁶⁸ Diese Drohung beschleunigte die Verhandlungen gewaltig, so dass der Vertrag schon im August 1838 abgeschlossen werden konnte. Er sollte am 1. März 1839 in Kraft treten. Unter anderem enthielt er eine Meistbegünstigungsklausel, die im Ergebnis den britischen Handel mit dem Russlands gleichstellte, das Verbot aller inneren staatlichen Handelsbeschränkungen und die Festsetzung einer einheitlichen Zollrate von 3 % auf alle Importe in die Türkei, von 12 % auf Exporte. Ausländische Exporteure brauchten demgegenüber nur 3 % zu bezahlen.⁶⁹ Damit ging die Türkei zwei Jahrzehnte vor Großbritannien zum Freihandel über; „die Türkei gestattet liberalere Handelsbeziehungen mit England als jedes andere Land“, konnte Palmerston 1849 mit Recht vom Erfolg seiner Außenpolitik schwärmen.⁷⁰

Unklar blieb jetzt nur noch die Haltung Mohammed Alis, der zunächst den Anschein erweckte, als wolle er sich der Durchsetzung der Anglo-Türkischen Konvention in den von ihm besetzten Gebieten widersetzen. Eine gemeinsame englisch-türkische Flottendemonstration vor Alexandria im September 1838 belehrte ihn aber eines Besseren, und am 16. September ließ er offiziell bekannt geben, dass er sich an die Konvention halten werde.⁷¹

3.2.2 Ägyptens Eingliederung in den Weltmarkt 1838 – 1875

Die Abschaffung des staatlichen ägyptischen Handelsmonopols entfernte den Eckstein der nationalen Entwicklungspolitik Mohammed Alis. „Ägypten konnte nun als agrarische Einheit in das weltweite Wirtschaftssystem eingegliedert werden.“⁷²

3.2.2.1 Außenhandel

Dieser Integrationsprozess ließ sich deutlich an der Entwicklung des ägyptischen Außenhandels ablesen. Der Gesamtwert der ägyptischen Exporte stieg zwischen 1841/45 und 1875/79 von £E 1.611.000 auf £E 13.590.000 (£E = Ägyptisches Pfund), also um mehr als das Achtfache. Einen besonders hohen Anstieg erlebten sie dabei gegen Ende der 1840er und Anfang der 1860er Jahre. Demgegenüber blieb der Anstieg der Importe etwas zurück. Ihr Wert stieg im gleichen Zeitraum nur um das Zweieinhalbfache, von £E 1.838.000 auf £E 4.658.000. Auffallend ist, dass die Wachstumsrate der Importe in einem Abstand von ca. 5 Jahren der der Exporte folgte, wenn auch auf einem im ganzen niedrigeren Niveau.⁷³ Das lässt vermuten, dass in der Entwicklung des ägyptischen Außenhandels das Anwachsen der Exporte ein unabhängiger Faktor, das Wachstum der Importe dagegen eine abhängige Variable war.

Dieser Eindruck bestätigt sich bei einer genaueren Analyse der Export- und Importwerte nach Warengruppen. Auffallend ist hier das sprunghafte Anwachsen der Baumwollexporte nach 1860. In absoluten Zahlen stiegen diese zwischen 1855/59 und 1860/64 von £E 1.133.307 auf £E 6.110.648. Der Anteil der Baumwolle an der ägyptischen Gesamtausfuhr kletterte damit von 31 % auf 71 %. Hinzu kamen weitere £E 333.973 für Baumwollsamensamen. In den folgenden Jahren blieb der Anteil von Baumwolle und Baumwollsamensamen zusammengenommen am ägyptischen Gesamtexport immer deutlich über 75 %.⁷⁴ Zu Beginn der 1860er Jahre erlebte Ägypten also einen Baumwollboom, der die Baumwolle für lange Zeit als führenden Sektor im ägyptischen Export und in der ägyptischen Volkswirtschaft im allgemeinen etablierte. Der Nachfragefaktor hinter dieser Entwicklung war der Anstieg des Weltmarktpreises für Baumwolle infolge des amerikanischen Bürgerkrieges. Er kletterte zwischen 1861 und 1864 um das Viereinhalbfache. Das führte zu einer Ausweitung der Baumwollproduktion

in Ägypten um etwa 400 % des Wertes im gleichen Zeitraum, der zum größten Teil aber auch auf einer Ausdehnung der mit Baumwolle bebauten Fläche beruhte. 1864 waren 50 % der gesamten kultivierten Fläche in Unterägypten mit Baumwolle bebaut.⁷⁵

Nicht unerwartet führte der Aufstieg der Baumwolle zum führenden Sektor innerhalb der exportorientierten ägyptischen Volkswirtschaft zu einer starken geographischen Konzentration des ägyptischen Außenhandels, der sich zunehmend an den ökonomischen Bedürfnissen Großbritanniens orientierte. Während der Anteil Großbritanniens am Volumen der ägyptischen Gesamtexporte Ende der 1840er Jahre noch unter 40 % betrug, stieg er nach 1860 auf 70 %.⁷⁶ Umgekehrt nahm auch die ökonomische Bedeutung Ägyptens für Großbritannien zu. 1865/69 nahm Ägypten ungefähr 4 % der gesamten britischen Ausfuhr auf; 1865 lieferte es Großbritannien 8,1 % seiner Einfuhr. Es lag damit kurzfristig auf dem 3. Platz auf der Rangliste der britischen Importeure.⁷⁷

3.2.2.2 Kapitalexport

Der Baumwollboom verwandelte Ägypten nicht nur in eine riesige Baumwollplantage, die für die Textilindustrie Lancashires arbeitete. Er führte gleichzeitig zu einem spektakulären Zufluss ausländischen Kapitals, das, soweit es überhaupt produktiv angelegt wurde, in den Baumwollsektor investiert wurde und damit Ägyptens Abhängigkeit vom Export eines einzelnen Produktes noch verstärkte. Ausländisches Kapital kam nach 1860 nahezu ausschließlich in Form von Staatsanleihen nach Ägypten, die die ägyptische Regierung auf den europäischen Kapitalmärkten aufnahm.⁷⁸ Die erste dieser Staatsanleihen war die des Vizekönigs Said im Jahre 1862. Obwohl diese Anleihe sowohl nach ihrem Betrag von nominell £E 3.292.800 wie ihrem Zinssatz von effektiv 10 % nach noch vergleichsweise bescheiden

war, zeigte sie doch andererseits schon einige typische Merkmale der später folgenden Anleihen. Sie wurde in London und Paris von der englischen Bank „Frühling und Goschen“ lanciert, einer Handvoll von Banken, die in Zukunft das Geschäft mit ägyptischen Anleihen unter sich aufteilen sollten und dabei mit Geschäftspraktiken, die 1875 das Objekt einer parlamentarischen Untersuchungskommission in Großbritannien waren, exorbitant hohe Gewinne für sich erzielten. Auch der von der ägyptischen Regierung zu zahlende Zinssatz von 10 % einschließlich Amortisation war schon 1862 viel höher als der Durchschnitt ausländischer Staatsanleihen. Er sollte in Zukunft noch steigen. Auf der Empfängerseite der 1862er Anleihe war bezeichnend, dass sie der Bezahlung der kurzfristigen Schulden des ägyptischen Vizekönigs und keineswegs produktiven Investitionsvorhaben diente. Von allen zukünftigen ägyptischen Anleihen wurden im Grunde nur zwei, die Eisenbahnanleihe von 1866 und die Daira-Anleihe von 1870, in spezifischen Investitionsvorhaben angelegt. Schließlich zeigte die Anleihe von 1862 auch schon jene typische Vermengung von privaten vizeköniglichen Einnahmen und Ausgaben mit dem Staatshaushalt, die letztendlich die ägyptischen Bauern für die privaten Schulden ihres Herrschers haftbar machte.

Der Umfang der von Ägypten im Ausland aufgenommenen Schulden erweiterte sich beträchtlich, nachdem Ismail 1863 als Nachfolger Saids ägyptischer Vizekönig geworden war und vom Sultan das Recht gekauft hatte, in Zukunft auf eigene Rechnung Staatsanleihen aufzunehmen. Innerhalb von zehn Jahren verzwanzigfachte sich die ägyptische Staatsschuld von £E 3.292.000 auf £E 68.497.160. Die Bedingungen, unter denen sich die ägyptische Regierung diese Summen lieh, wurden dabei immer schlechter. Bis 1867 hatte der Baumwollboom Ägypten ein riesiges Exportsurplus verschafft, das der ägyptischen Regierung die Kapitalaufnahme in Europa erleichterte. Mit dem Zusammenbruch des Baumwollpreises 1867 und dem darauf folgenden Sturz der ägyptischen Exportwerte sank aber auch der Kredit der ägyptischen Regierung

schlagartig. Hatte sie daher ihre Anleihen bis 1867 noch zu Kursen zwischen 80 % und 88 % Nominalwertes verkaufen können, so erhielt sie nach 1867 gelegentlich nur noch 60 %.

Die beiden bemerkenswertesten Anleihen dieser Zeit waren die Eisenbahnanleihe von 1866, für die Ägypten einen Zinsen- und Tilgungsdienst in Höhe von 26,9 % übernahm, und die riesige Anleihe von 1873/74, die Ägyptens Staatsschuld mit einem Schlag verdoppelte. Die Anleihe von 1873 ist auch ein gutes Beispiel dafür, mit welchen Methoden europäische Banken ihre Geschäfte in Ägypten abwickelten.⁷⁹ Die Anleihe in Höhe von nominal £ 32 Millionen wurde von der emittierenden Bank Oppenheim zu einem Kurs von 63 übernommen. Sie brachte damit der ägyptischen Regierung einen realen Betrag von £ 20,16 Millionen. Oppenheim verkaufte die Anleihe zu Kursen zwischen 70 und 84,5 und verdiente damit, legt man einen mittleren Verkaufskurs von 76 zugrunde, schon etwa £ 4,16 Millionen an Provision. Darüber hinaus zwang die Bank den Vizekönig, von diesen £ 20,16 Millionen einen Betrag in Höhe von £ 8,7 Millionen in Form von eigenen ägyptischen Schatzanweisungen zum erhöhten Kurs von 93 zu übernehmen. Oppenheim hatte diese Anweisungen zu einem Kurs von 65 eingekauft und damit weitere £ 2,62 Millionen verdient. Während sich also allein der Gewinn der emittierenden Bank auf über £ 6 Millionen belief, hatte die ägyptische Regierung von den £ 32 Millionen letztlich nur £ 11,7 Millionen in bar erhalten, für die sie einen jährlichen Effektivzins einschließlich Amortisation in Höhe von 21,9 % zu zahlen hatte. Der jährlich von Ägypten aufzubringende Schuldendienst betrug 1877 schließlich £ 7,5 Millionen. Dies waren 79 % der Regierungsausgaben des gleichen Jahres und entsprach über 56 % des ägyptischen Durchschnittsexports an Rohbaumwolle zwischen 1875 und 1879, die somit als Schuldentilgung nach Europa geliefert wurden.⁸⁰

Die Zunahme der kommerziellen und finanziellen Bindungen Ägyptens an Europa ließ die Zahl der in Ägypten sesshaften Ausländer schnell anwachsen. Sie betrug 1875 90.000, gegenüber nur 5.000 um 1850.⁸¹ Der

überwiegende Teil dieser Ausländer war in Alexandria konzentriert, wo schon 1864 Ausländer schätzungsweise ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten.⁸² Ökonomisch waren sie vor allem im Bankwesen, im Außenhandel und im Bau von Eisenbahnen, Häfen und Dockanlagen engagiert. Diese strategisch wichtigen Sektoren der ägyptischen Volkswirtschaft standen praktisch unter ihrer Kontrolle.⁸³ Juristisch fanden Ausländer in Ägypten äußerst günstige Bedingungen vor. Seit dem 16. Jahrhundert hatte im türkischen Reich das System der „Kapitulationen“ bestanden, das Europäer von der Rechtsprechung der mohammedanischen Gerichtshöfe weitgehend ausnahm. Mit dem gewaltigen Anwachsen europäischer Handels- und Finanzinteressen im türkischen Reich hatte dieses System jedoch seine ursprüngliche Funktion verloren, einigen wenigen Ausländern einen geordneten Handelsvertreter in einem mohammedanischen Staat zu ermöglichen. Es war zu einem Deckmantel herabgesunken, unter dem Europäer jede Besteuerung umgehen konnten und der sie auch vor dem Zugriff der ägyptischen Gerichte weitgehend schützte. Die Bestimmung beispielsweise, dass Ausländer dem ägyptischen Strafrecht nur in Fällen unterlagen, in denen sie von den ägyptischen Polizeibehörden und dem jeweiligen ausländischen Konsul gemeinsam bei der Begehung von Straftaten gefasst wurden, ließ jede Kontrolle des von Europäern betriebenen blühenden Schmuggelhandels illusorisch werden. 1873 schließlich erschienen auch den ausländischen Konsuln die dadurch geschaffene rechtlose Situation als so skandalös, dass die Kapitulationen durch die sogenannten „Gemischten Gerichtshöfe“ abgelöst wurden. Diese bestanden aus ausländischen und ägyptischen Richtern und besaßen Jurisdiktion über alle Fälle des Straf- und Zivilrechts, bei denen Ausländer beteiligt waren. In solchen Fällen unterlag auch der Vizekönig ihrer Rechtsprechung. Da ausländische Richter bei allen Verhandlungen der Gerichtshöfe eine Mehrheit hatten, und deren Verhandlungen auf der Basis der französischen Rechtsprechung und in französischer Sprache durchgeführt wurden, führte die Einrichtung der gemischten Gerichtshöfe allenfalls zu einer Legalisierung der bestehenden europäischen Privilegien: da ihr Bestand von insgesamt 16 europäischen

Staaten garantiert war, bildeten sie außerdem einen juristischen Hebel, der europäischen Regierungen einen direkten Einfluss über die ägyptische Finanzgesetzgebung ermöglichte.⁸⁴

3.2.2.3 Der Suezkanal

Das größte einzelne Objekt, für das sich Ägypten in den 1860er Jahren und 1870er Jahren verschuldete, war der Suezkanal, der 1869 nach 15-jähriger politischer, finanzieller und technischer Vorbereitung eröffnet wurde⁸⁵. Eine vorläufige Konzession zum Bau eines Kanals, der das Mittelmeer mit dem Roten Meer verbinden sollte, war 1856 an eine französische Gesellschaft unter dem Vorsitz von Ferdinand de Lesseps vergeben worden unter der Bedingung, dass sie vor Beginn der Bauarbeiten vom Sultan zu ratifizieren sei. Als Bestandteil der Baukonzession waren zwischen der Suezkanalgesellschaft und der ägyptischen Regierung drei wichtige Abmachungen getroffen worden. Die Gesellschaft erhielt einen Landstreifen zu beiden Seiten des zukünftigen Kanals sowie einen Streifen Landes zwischen Port Said und dem Nil zum Bau eines Süßwasserversorgungskanals steuerfrei zur beliebigen Verfügung zugesprochen. Die Besitzrechte an dem zukünftigen Kanal sollten auf drei verschiedenen Aktienformen beruhen: 15 % der Einkünfte des Kanals sollten den von der ägyptischen Regierung gehaltenen Vorzugsaktien zufallen, weitere 10 % den Inhabern der Gründungsaktien, die de Lesseps vor allem innerhalb der französischen Hochfinanz verteilte. Der Rest des Kapitals sollte durch die Ausgabe von 400.000 Aktien zu einem Gesamtnennwert von £ Millionen erbracht werden. In einem geheimen Zusatzprotokoll schließlich verpflichtete sich der Vizekönig, sämtliche zum Bau des Kanals benötigten Arbeitskräfte durch unbezahlte ägyptische Zwangsarbeiter zur Verfügung zu stellen. Es stellte sich jedoch alsbald heraus, dass auf den regulären europäischen Kapitalmärkten die Summe

von £ 8 Millionen nicht aufzubringen war; von den 400.000 Aktien wurden etwa 200.000 in Frankreich und 100.000 von der ägyptischen Regierung gekauft, so dass schließlich etwa 85.000 Aktien im Werte von £ 1,7 Millionen in den Händen der Suezkanalgesellschaft zurückblieben. De Lesseps gelang es jedoch, den dadurch drohenden Zusammenbruch seines Lieblingsprojektes abzuwenden, indem er Said dazu überredete, diese Aktien zusätzlich zu seinen Vorzugsaktien zu übernehmen.

Der erste Spatenstich zum Kanalbau erfolgte im April 1859. Ein britischer Protest in Konstantinopel, der auf die fehlende Ratifizierung der Konzession durch den Sultan verwies, brachte die Bauarbeiten jedoch alsbald wieder zum Stehen. Die konservative Regierung in London hatte sich schon seit Jahren dem Bau eines Kanals durch die Sinaihalbinsel widersetzt, da er zur Etablierung einer faktischen französischen Kolonie mitten auf dem kürzesten Verbindungsweg nach Indien führen würde⁸⁶, obwohl de Lesseps bei einer Public-Relations-Reise nach Großbritannien 1854 die Unterstützung führender liberaler Politiker wie Gladstone, Cobden und Bright sowie der Londoner Finanzwelt hatte gewinnen können.⁸⁷ Den letzten Anstoß zum Protest gab dann eine Beschwerde der Baumwollindustrie von Lancashire, die darauf hinwies, dass der Bau des Kanals durch einheimische ägyptische Arbeitskräfte den Baumwollanbau negativ beeinflussen würde.⁸⁸ Die britische Regierung nahm daher den Hinweis auf den inhumanen Charakter der Verwendung von Zwangsarbeitern zum Vorwand, den Kanalbau durch Verfügung des Sultans einige Jahre stoppen zu lassen.

Einen Ausweg aus der juristisch ungeklärten Lage brachte schließlich 1864 der Vorschlag Nubar Pashas, des frankreichfreundlichen Beraters des Vizekönigs, Ägypten aus seinen Verpflichtungen zur Stellung der beim Kanalbau benötigten Arbeitskräfte und zur Abtretung des Landstreifens für den Süßwasserkanal zu entlassen; dafür wolle die ägyptische Regierung an die Kanalgesellschaft eine Ablösung zahlen, deren Höhe vom französischen Kaiser festgelegt werden solle. Napoleon hielt eine Entschädigung in Höhe von £ 3,4 Millionen für die Ablösung beider Forderungen für angemessen.

Da die mittlerweile ins Amt gekommene liberale Regierung nun keinen Anlass mehr sah, gegen den Kanalbau weiterhin zu protestieren, konnte die neue Konzession 1865 vom Sultan ratifiziert werden. Vier Jahre später wurde der Kanal eröffnet. Im Hinblick auf Besitz und Verwaltung war er ein vorrangig französisches Unternehmen. Die Normalaktien waren je etwa zur Hälfte in französischem und ägyptischem Besitz; alle Gründungsaktien wurden jedoch in Frankreich gehalten, und das Verwaltungspersonal war vollständig französisch. Von den £ 16 Millionen, die der Kanal schließlich gekostet hatte, waren jedoch nur £ 4,5 Millionen von den französischen Eignern aufgebracht worden, £ 11,5 Millionen aber von Ägypten: neben den Ausgaben für Aktienerwerb und den Zahlungen aufgrund des napoleonischen Schiedsspruchs weitere £ 3,25 Millionen für den Bau des Süßwasserkanals und etwa £ 1,0 Millionen für die Eröffnungsfeier. Für über 70 % der Kapitalinvestition sollten somit nach Ägypten weniger als 50 % der zukünftigen Einkünfte fließen.⁸⁹

3.3 Zusammenfassung

Außenhandel und Kapitalimport ließen Ägypten somit zwischen 1840 und 1875 in einen Zustand ökonomischer Abhängigkeit von Europa geraten. Sie machten Ägypten zu einem Peripherieland der europäischen und insbesondere der britischen Metropole. „Ökonomische Abhängigkeit“ soll dabei in Anlehnung an J. Galtung⁹⁰ anhand von vier statistischen Indizes definiert werden: der Konzentration des Außenhandels auf Warengruppen, der geographischen Konzentration von Ein- und Ausfuhr, einem Index der Zusammensetzung des Außenhandels nach Rohprodukten und Fertigwaren⁹¹, und dem geographisch aufgegliederten Anteil des ins Ausland fließenden Schuldendienstes am Staatshaushalt. Als „ökonomisch abhängig“ gilt ein Land, in dem die folgenden vier Bedingungen erfüllt sind:

- die Konzentration des Exports auf ein einzelnes Produkt ist höher als 50 %;

- die geographische Konzentration von Ein- und Ausfuhr auf ein einziges Land liegt höher als 50 %;
- der Index der Zusammensetzung des Außenhandels ist negativ, und
- der Schuldendienst ins Ausland verbraucht mehr als 25 % der Staatsausgaben.⁹²

Eine Berechnung der vier Indizes für Ägypten zwischen 1865 und 1879 ergibt, dass nach diesen Kriterien Ägypten als von Großbritannien ökonomisch abhängig bezeichnet werden kann. Ägyptens Exporte konzentrieren sich zu 80,9 % auf Baumwolle.⁹³ Der Anteil des Handels mit Großbritannien am gesamten ägyptischen Außenhandel betrug 70 %.⁹⁴ Der Index der Zusammensetzung des Handels nach Roh- und Fertigprodukten ergibt die Ziffer -0.42 ⁹⁵, und der als Schuldendienst ins Ausland fließende Betrag machte 79 % der Staatsausgaben aus.⁹⁶ 58 % der ägyptischen Auslandsschuld wurde in Großbritannien gehalten.⁹⁷

Damit ist der Prozess der Eingliederung Ägyptens in den kapitalistischen Weltmarkt beschrieben worden, der das Land bis 1875 ökonomisch an Großbritannien band. Im folgenden Kapitel soll gezeigt werden, wie diese ökonomische Abhängigkeit zwischen 1875 und 1882 zu militärisch erzwungener politischer Abhängigkeit führte.

4 Die Kolonisierung Ägyptens 1875 - 1882

Ägyptens Umwandlung in eine britische Baumwollplantage lieferte das Land zwei Einflüssen aus, die ägyptischer Kontrolle völlig entzogen waren: dem Wetter und dem jeweiligen Weltmarktpreis für Baumwolle. Die Zufälligkeiten des Wetters und der langfristige Verfall der Baumwollpreise nach 1864 waren die wesentlichen treibenden Faktoren hinter der zwischen 1875 und 1882 in vier Stufen erfolgenden Etablierung eines faktischen britischen Protektorats über Ägypten.

4.1 Die Errichtung der ersten „Doppelkontrolle“ 1875/76

Dass die ägyptische Regierung in den 1870er Jahren über kurz oder lang in finanzielle Schwierigkeiten geraten würde, war im Grunde schon Ende der 1860er Jahre klar, als mit dem Ende des amerikanischen Bürgerkrieges die Baumwollpreise allmählich wieder auf ihren Vorkriegsstand zurückfielen, die ägyptische Staatsschuld aber dank der Extravaganzen Ismails und der Skrupellosigkeit seiner europäischen Finanzberater weiter steil anwuchs. Die Skepsis der europäischen Finanzwelt in bezug auf Ägypten finanzielle Zukunft zeigte sich deutlich am fallenden Kurs ägyptischer Staatsanleihen, die Anfang der 1870er Jahre auf den europäischen Aktienbörsen nur noch zwischen 60 und 70 Punkten gehandelt wurden.¹ Ein neues Rekordtief von 54 Punkten erreichten ägyptische Staatspapiere am 5. Oktober 1875 nach der Erklärung der Zahlungsunfähigkeit der türkischen Regierung.² Ganz offensichtlich ging die Londoner City davon aus, dass sich Ägypten in kürzester Zeit dem Beispiel der imperialen Regierung in Konstantinopel anschließen werde. Ähnliche Befürchtungen hegte offensichtlich auch die britische Regierung, die es für geboten hielt, in dieser Situation eindeutig ihre Ansprüche auf Ägypten als britische Interessensphäre anzumelden. Eine Möglichkeit dazu bot sich, als Premierminister Disraeli am 14. November bei einem Abendessen bei Lionel de Rothschild von der Absicht Ismails hörte, seine 173.000 Suezkanalaktien zu verkaufen. Disraeli war sofort begeistert von der Idee, 40 % des Besitzrechtes am Suezkanal für England zu sichern. In äußerster Heimlichkeit und ohne Unterrichtung des Kabinetts wurden Verhandlungen mit Ismail begonnen, und da sich Rothschild bereit erklärte, die erforderliche Kaufsumme von £ 4 Millionen vorzustrecken, konnte der erfolgreiche Abschluss der Transaktion schon zehn Tage später bekannt gegeben werden.³ In der Öffentlichkeit war der

Kauf der Aktien nicht unumstritten; Gladstone gab er Anlass zu der Prophezeiung, - an deren Erfüllung er dann selbst mitwirken sollte -, dass jedes finanzielle Engagement der britischen Regierung unweigerlich zu politischen Kontrollen führen müsse. Trotz aller Rhetorik Disraelis sollte die Übernahme der ägyptischen Suezkanalaktien in britischen Besitz in seiner Bedeutung jedoch nicht überschätzt werden. Wie Gladstone skeptisch anmerkte, beruhte die Fähigkeit Großbritanniens zur Kontrolle seiner imperialen Verbindungslinien nicht auf juristischen Besitztiteln, sondern in erster Linie auf der Macht seiner Flotte.⁴ Immerhin ließ der Kauf der Aktien deutlich, wenn auch in eher symbolischer Form, die Entschlossenheit der britischen Regierung erkennen, angesichts einer sich abzeichnenden ungewissen finanziellen und politischen Zukunft Ägyptens entschieden auf der Durchsetzung britischer Interessen zu beharren.

Eine Gelegenheit dazu bot sich noch im November 1875. Am 30. Oktober hatte der ägyptische Vizekönig die britische Regierung um die Überlassung eines britischen Finanzexperten gebeten, der ihm bei der Entwirrung des im ägyptischen Staatshaushalt herrschenden Chaos unterstützen sollte. London reagierte ungewöhnlich schnell auf diese Anfrage. Innerhalb einer Woche hatte der Premierminister persönlich Steven Cave, Parlamentsabgeordneter und parlamentarischer Beamter aus dem Finanzministerium, für diese Aufgabe ausgewählt, den er zum Vorsitzenden einer aus Beamten des Finanz- und des Kriegsministeriums bestehenden Sondermission ernannte, mit dem Auftrag, für Regierung und Öffentlichkeit einen Bericht über die finanzielle Lage Ägyptens zu erstellen.⁵ Den ägyptischen Vizekönig fordert die britische Regierung auf, „...Mr. Cave mit größter Offenheit zu behandeln und ihm jede Möglichkeit zu verschaffen, die finanzielle Lage Ägyptens korrekt zu bestimmen ...“.⁶ Obwohl Großbritannien im gleichen Atemzug jeden offiziellen Charakter der Sondermission und insbesondere jede Absicht der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ägyptens verneinte, war die britische Sondermission damit offenkundig entschieden mehr, als es der Vizekönig

gewünscht hatte. Cave selbst gab denn auch nach seiner Rückkehr zu, „ ... eine derartige Mission zu einem unabhängigen Land sei vielleicht ohne Präzedenzfall ...“⁷

Cave und sein Stab waren nicht die einzigen Abgesandten der britischen Regierung, die zu Beginn des Jahres 1876 sich mit den ägyptischen Staatsfinanzen beschäftigten. Im Februar wurde auf britische Empfehlung ein weiterer Beamter aus dem Londoner Finanzministerium, Rivers Wilson, für einige Zeit für die Reorganisation der ägyptischen Finanzverwaltung in ägyptische Staatsdienste übernommen. Obwohl Rivers Wilson, der im gleichen Jahr auch zu einem der britischen Aufsichtsratsmitglieder der Suezkanalgesellschaft ernannt wurde, zu diesem Zweck von der britischen Regierung in den zeitweiligen Ruhestand versetzt wurde, konnte die britische Regierung doch die Erwartung hegen, dass seine Anwesenheit an strategisch wichtiger Stelle am ägyptischen Hof britischem Einfluss förderlich sein werde.⁸ Im Februar 1876 einsetzende französische Versuche, den Vorsprung Großbritanniens in Ägypten aufzuholen, betrachtete die britische Regierung denn auch mit Misstrauen. Ein Beauftragter der französischen Banken hatte Ismail schon Anfang Februar vorsorglich gewarnt: „Eine Erklärung der ägyptischen Zahlungsunfähigkeit wird von Europa nicht so leicht akzeptiert werden, wie das im Fall Konstantinopels geschehen ist, wo politische Überlegungen besonderer Natur den Großmächten die Hände gebunden haben.“⁹ Eine Woche später unterbreitete der französische Außenminister dann seinem englischen Amtkollegen den Vorschlag, dass „im Interesse der britischen und französischen Gläubiger, und nicht auch zuletzt im Interesse des Vizekönigs selbst, irgendeine Form einer Kontrollkommission eingerichtet werden solle, und dass diese Kommission ein Maß an Unabhängigkeit besitzen solle, das nur durch die uneingeschränkte Unterstützung der englischen und französischen Regierung gesichert werden könne.“¹⁰ Dies war offensichtlich ein Versuch Frankreichs, mit dem britischen Einfluss in Ägypten gleichzuziehen. Für die britische Regierung war er umso unannehbarer, als er gekoppelt war mit dem Vorschlag, die gesamten kurz- und

langfristigen Staatsschulden Ägyptens auf der Sicherheit der ägyptischen Staatseinnahmen bei einem Zinssatz von 9 % zu konsolidieren. Für die englischen Gläubiger, die hauptsächlich ägyptische Staatspapiere hielten, hätte dieses Anschwellen der konsolidierten Schuld jedoch zweifellos Nachteile mit sich gebracht, während die vorwiegend französischen Inhaber kurzfristiger Schuldscheine bessere Sicherheiten erhalten hätten.¹¹ London ließ sich denn auch mit seiner Reaktion auf den französischen Vorschlag viel Zeit und antwortete erst Ende März in einer Form, die praktisch einer Ablehnung gleichkam. Jede britische Teilnahme an einer Regelung der ägyptischen Staatsschulden, ließ Außenminister Derby die französische Regierung wissen, hinge an drei Bedingungen: „dass die Vereinbarung in keiner Form ... irgendeine materielle oder moralische Garantie bedeute ...; dass die Regelung keine Ungerechtigkeit gegenüber den Gläubigern bedeute; ... und dass sie zu keiner Beeinträchtigung der Unabhängigkeit Ägyptens führe.“ Der letzte Punkt zeugte jedoch weniger von britischen Skrupeln gegenüber einer eventuellen Verletzung der ägyptischen Souveränität, sondern war vielmehr eine Warnung an Frankreich: „Sie (die britische Regierung. T. B.) könnten einen Versuch der Erlangung administrativer Kontrolle über Ägypten durch andere Großmächte nicht gleichgültig betrachten“, erläuterte Derby.¹²

Mittlerweile hatte Cave seinen Bericht über die finanzielle Situation Ägyptens fertiggestellt und seiner Regierung übergeben.¹³ Seine Ergebnisse waren im Grunde positiver, als allgemein befürchtet worden war. Die finanziellen Probleme Ägyptens hielt Cave prinzipiell nicht für unlösbar. Unter der Voraussetzung, dass der Vizekönig an der Aufnahme neuer Schulden gehindert und Einnahmen und Ausgaben des ägyptischen Staatshaushalts von einem Europäer kontrolliert würden, schlug er vor, die verschiedenen Schulden Ismails, die sich inzwischen auf £ 91 Millionen beliefen, bei einem mäßigen Zinssatz zusammenzufassen. Cave räumte ein, dass dieser Vorschlag geringe Opfer von einigen Gläubigergruppen erfordere, doch hielt er diese für vertretbar angesichts der Aussicht, auf diese Weise die ägyptische Zahlungsfähigkeit zu erhalten. Ismail nahm die

Untersuchungsergebnisse zum Anlass, am 6. April 1876 die vorübergehende Einstellung der Zinszahlungen für ägyptische Staatsanleihen zu verfügen. Dadurch wollte er, wie er Derby mitteilen ließ, Luft gewinnen für eine dauerhafte Lösung seiner Finanzprobleme auf der Basis der von Cave unterbreiteten Vorschläge. Insbesondere beabsichtigte er die Etablierung einer international kontrollierten „Caisse de la Dette Publique d’Egypte“, welche die ägyptischen Staatseinnahmen und die Zahlung der Staatsschulden überwachen sollte; die britische Regierung bat er, für den Posten des britischen Schuldkommissars eine geeignete Person zu benennen¹⁴: Derby hatte gegen diese Absichten nichts einzuwenden und zeigte sich auch bei der Auswahl eines britischen Schuldenkommissars kooperationsbereit.¹⁵ Er empfahl Rivers Wilson, „dessen Übernahme jedweder Aufgabe, die Seine Hoheit ihm zu übertragen gedenke und die er anzunehmen bereit sei, die Regierung Ihrer Majestät sich weder widersetzen dürfe noch widersetzen wolle.“¹⁶

Erhebliche Einwände gegen die zeitweilige Einstellung der ägyptischen Zinszahlungen hatten allerdings die britischen Gläubiger Ägyptens, die das Außenministerium mit Eingaben bestürmten.¹⁷ Deren Ton wurde noch dringlicher, als der Vizekönig am 2. und 7. Mai die Institutionalisierung der „Caisse“ offiziell bekannt gab und sich herausstellte, dass sein finanzielles Sanierungsprogramm auch den französischen Umschuldungsvorschlag enthielt.¹⁸ Die britische Regierung wies gegenüber diesen Eingaben zwar darauf hin, dass die Zahlung der Zinsen für die ägyptische Staatsschuld der Gegenstand privater Abmachungen zwischen Ismail und seinen Gläubigern sei und nationale britische Interessen daher nicht berühre.¹⁹ Immerhin versprach sie aber „inoffizielle Unterstützung“ in der Richtung, „die ägyptische Regierung dringend auf die Notwendigkeit hinzuweisen, mit allen Gruppen ihrer Gläubiger zu einer allgemeinen Regelung zu kommen.“²⁰ Als Folge ließ ihre Kooperationsbereitschaft gegenüber Ismail abrupt nach; plötzlich waren „sie ... nicht der Ansicht, dass die neuen Regelungen eine befriedigende und endgültige Lösung der ägyptischen Finanzprobleme versprechen“; sie seien „daher nicht in der Lage, die mit der erbetenen

Benennung eines Schuldenkommissars sich ergebende Verantwortung zu übernehmen.“²¹ Und um an ihrer Ablehnung der Vorschläge des Vizekönigs keinen Zweifel zu lassen, wurde Rivers Wilson aufgefordert, nach England zurückzukehren.²²

Ohne britische Beteiligung waren natürlich alle Versuche einer abschließenden Regelung der ägyptischen Finanzprobleme illusorisch; darüber konnten auch ägyptische Regierungserklärungen nicht hinwegtäuschen, dass der Erlass von Anfang Mai notfalls auch ohne britische Beteiligung und gegen den Widerstand der britischen Gläubiger durchgeführt werde.²³ In London berieten derweil die britischen Gläubiger über ihre zukünftige Verhandlungsstrategie. „Die betroffenen Interessen waren gewaltig, die Situation äußerst kritisch, und ... ungeheures Elend in England, Schottland und Irland wäre die Folge einer willkürlichen Bankrotterklärung von Seiten Ägyptens.“²⁴ So beschrieb ein Mitglied des „Council of Foreign Bondholders“ den Ernst der Lage. Zur Abwendung des drohenden „Elends“ (d. h. des Verlusts des in Ägypten investierten Kapitals), beschlossen die Briten, mit den französischen Gläubigern in Verbindung zu treten und je einen Vertreter zu wählen, der mit dem ägyptischen Vizekönig ein neues Abkommen aushandeln sollte. Auf britischer Seite wurde mit dieser Aufgabe J. Goschen betraut, einer der Teilhaber der im Ägyptengeschäft engagierten Bank „Frühling und Goschen“, der auch dem letzten liberalen Kabinett angehört hatte. Im Unterschied zu Goschen vertrat Joubert, der französische Vertreter, nicht nur die Gläubiger, sondern besaß auch die offizielle Unterstützung seiner Regierung bei dieser Mission. Goschen reiste demgegenüber formal als Privatmann nach Ägypten. Dies wies auf einen charakteristischen Unterschied zwischen den Auffassungen der französischen und der englischen Regierung über das Ausmaß hin, bis zu dem die Regierung die wirtschaftlichen Interessen von Privatpersonen im Ausland zu ihren eigenen machen konnte. Der Unterschied sollte aber andererseits nicht überbewertet werden. Vor seiner Abreise nach Ägypten stand Goschen in enger Verbindung sowohl mit dem Außen- als auch mit dem Finanzminister, die er beide über seine Verhandlungsziele

informierte.²⁵ Derby gab daraufhin dem britischen Generalkonsul in Kairo Anweisungen, Goschens Mission „inoffizielle“ diplomatische Unterstützung zu gewähren. Die ägyptische Regierung müsse sich bewusst sein, „dass Mr. Goschen ein Mitglied des letzten Kabinetts war und eine Persönlichkeit von hoher Stellung und großem Ansehen in diesem Lande ist.“²⁶ Zwar wolle sich Großbritannien nicht in die inneren Angelegenheiten Ägyptens einmischen, doch „sie würden mit Freuden Ägypten aus den finanziellen Verwicklungen befreit sehen, in denen es sich im Moment befindet.“²⁷ Die ägyptische Regierung tue daher gut daran „nicht eine Gelegenheit ungenutzt vorübergehen zu lassen, die möglicherweise nicht mehr wiederkehrt.“²⁸

Goschen und Joubert trafen Mitte November 1876 in Kairo ein. Zum Abschluss ihrer Verhandlungen benötigten sie weniger als drei Wochen. Sie schlugen vor, die europäischen Gläubiger Ägyptens in vier Gruppen aufzuteilen: die Inhaber der Anleihen von 1864, 1865 und 1867, die weiterhin die ursprüngliche Dividende von 10 – 12 % erhalten sollten, Inhaber von Vorzugsaktien in Höhe von £ 17 Millionen, die eine 5-prozentige Dividende aus den Einkünften der ägyptischen Eisenbahnen und des Hafens von Alexandria erhalten sollten, die Gläubiger der Daira-Anleihe von 1870 mit einer Dividende von gleichfalls 5 % und Gläubiger einer unifizierten Schuld mit einer Dividende von 7 %. Die Inhaber von kurzfristigen Forderungen gegen die ägyptische Regierung konnten diese zu einem Kurs von 90 zu 100 in Anteile der unifizierten Schuld konvertieren.²⁹ Der gesamte Schuldendienst würde den ägyptischen Staatshaushalt mit £E 6,505 Millionen belasten und sich damit auf etwa 70 % der gesamten geschätzten Staatseinnahmen belaufen.³⁰ Mit der Durchführung der einzelnen Abmachungen wurde die internationale „Caisse“ betraut, die der Vizekönig im Mai eingerichtet hatte. Darüber hinaus wurde eine weitere Kontrolleinrichtung geschaffen. Je ein von seiner jeweiligen Regierung ernannter britischer und französischer Finanzkontrolleur sollte die Steuereintreibung und die Verwaltung der ägyptischen Staatsschuld überwachen und in dieser Funktion direkten Zugang zum Vizekönig haben.³¹

Die Vereinbarungen Goschens und Jouberts traten als vizeköniglicher Erlass am 18. November in Kraft. Von der britischen Regierung wurde er wohlwollend begrüßt.³² Obwohl die britische Regierung das Abkommen damit ganz offensichtlich billigte, lehnte sie es jedoch wie schon im Mai wiederum ab, die den Engländern vorbehaltenen beiden Posten eines Schuldenkommissars und eines Finanzkontrolleurs zu besetzen. Wie schon im Mai 1876, war das wiederum kein Zeichen von Desinteresse an der Finanzverwaltung Ägyptens. Während der kommenden Jahre „hielt der Premierminister ein wachsames Auge auf die Ernennungen (von britischen Beamten in ägyptischen Diensten, T. B.).“³³ Britischer „inoffizieller“ Finanzkontrolleur wurde schließlich Mr. Roumaine, Schuldenkommissar auf Vorschlag Goschens E. Baring, der spätere Lord Cromer, der zuvor Privatsekretär des britischen Vizekönigs von Indien gewesen war.³⁴ Beide waren sich durchaus bewusst, dass die fehlende offizielle Unterstützung durch die Regierung in London ihren Einfluss in Ägypten keineswegs herabsetzte. „Die Unterscheidung (zwischen der offiziellen Unterstützung durch die französische und die inoffizielle durch die britische Regierung, T. B.) war von geringerem praktischen Wert als auf den ersten Blick erscheinen mag. Es war allen Beteiligten bewusst“, kommentierte Cromer später, „dass die britischen Beamten, sollten sie zu der Überzeugung kommen, dass ihr Ratschlag systematisch übergangen wurde und sie daher ohne Verlust ihrer Selbstachtung ihren Pflichten nicht mehr einigermaßen befriedigend nachkommen konnten, von ihren Stellungen zurücktreten würden. Ein derartiges Vorgehen hätte ... die feindselige öffentliche Meinung bestärkt, die zu jener Zeit gegenüber dem Regime in Ägypten vorherrschte und täglich bedrohlicher wurde.“³⁵

Die britische Weigerung, die Ernennung Barings und Roumaines offiziell zu bestätigen, zwang die französische Regierung, ihrerseits die Absicht fallen zu lassen, die französischen Vertreter in der ägyptischen Finanzverwaltung offiziell zu ernennen. Der französische Außenminister war sich darüber im klaren, dass die britischen und französischen Vertreter auf der gleichen

formalen Basis operieren mussten.³⁶ Als daher die ägyptische Regierung London und Paris offiziell die Ernennung der Finanzkontrolleure und Schuldenkommissare bekannt gab, sah Derby „keine Einwände“, während der französische Außenminister in die Ernennung „einwilligte“.³⁷

4.2 Die Einsetzung des europäischen Ministeriums (1876 – 1878)

Goschen und Joubert hatten ihr Abkommen mit dem ägyptischen Vizekönig in der Hoffnung geschlossen, dadurch eine endgültige Regelung der ägyptischen Finanzen erreichen zu können. Es stellte sich aber alsbald heraus, dass die Forderungen der europäischen Gläubiger, wie sie im Abkommen vom 18. November 1870 festgelegt waren, weit über die finanziellen Möglichkeiten des ägyptischen Staates hinausgingen. Vergrößert wurde die Lücke zwischen den verfügbaren Steuereinnahmen und den Forderungen der Gläubiger, die bei Anwendung der Goschen-Joubert-Vereinbarung auf jeden Fall hätte entstehen müssen, noch durch ein weiteres Sinken des Baumwollpreises 1877 und einen weitgehenden Ernteausfall im gleichen Jahr, die zusammengenommen die Steuereinnahmen weit unter die Erwartungen drückten.

Obwohl aufgrund dieser Lage der britische Generalkonsul schon im Dezember 1876 erwartet, Ismail werde die am 15. Januar 1877 fällige Zinsrate nicht aufbringen können³⁸, gelang es diesem immerhin noch über ein Jahr, den finanziellen Zusammenbruch aufzuschieben, allerdings nur auf Kosten der ägyptischen Bauern und der Beamten der ägyptischen Regierung. Die Bauern wurden trotz der schlechten Ernte mit Gewalt gezwungen, ihre Steuern teilweise bis auf ein Jahr im Voraus zu bezahlen, während vor allem die niederen Staatsbeamten monatelang auf ihren Lohn zu warten hatten. Auf diese Weise gelang es Ismail, die Staatseinnahmen

1876/77 mit £ 9,543 Millionen nur um etwa £ 1 Million unter den Schätzungen Goschens und Jouberts zu halten.³⁹ £ 7,413 Millionen, also mehr als drei Viertel davon, gingen als Zahlungen an die Gläubiger, die durchaus darüber informiert waren, auf welche Weise das Geld aufgebracht worden war.⁴⁰ Im September 1877 hielt der britische Generalkonsul in Ägypten die Situation unter den bestehenden finanziellen Regelungen für so aussichtslos, dass er die Einsetzung einer neuen internationalen Untersuchungskommission vorschlug, die ein weiteres Finanzabkommen zwischen dem Vizekönig und seinen Gläubigern ausarbeiten sollte. Anders als Cave und Goschen/Joubert zuvor, sollte diese Kommission nicht nur die Gesamteinnahmen des ägyptischen Staates abschätzen und die Rechte der Gläubiger untereinander gewichten, sondern sich auch intensiv mit der Organisation der Steuereintreibung und den Staatsausgaben befassen.⁴¹ Bei den Bondholdern, die sich bewusst waren, dass die weitere ägyptische Zahlungsfähigkeit an einem seidenen Faden hing⁴², stieß der Vorschlag, das ägyptische System der Steuereintreibung effizienter zu machen und auch die korrupte Ausgabenpraxis des Vizekönigs zu durchleuchten, sofort auf offene Ohren.⁴³ Die britische Regierung, überzeugt durch eine Reihe alarmierender Berichte ihrer Konsuln in Ägypten über den dort bevorstehenden finanziellen Zusammenbruch⁴⁴, stimmte gleichfalls zu. Sie beauftragte den Generalkonsul, den Vizekönig dringend aufzufordern, sich mit der Untersuchungskommission einverstanden zu erklären, da sie der einzig verbliebene Ausweg aus dessen Schwierigkeiten sei.⁴⁵

Ismail, der bezeichnenderweise als letzter der Beteiligten über den Vorschlag unterrichtet worden war, hatte auch als einziger ernsthafte Einwände. Er hielt allein schon die Existenz einer solchen Untersuchungskommission für eine Beschneidung seiner politischen Souveränität. Wie begründet diese Befürchtung war, beweist ein – Ismail nicht bekanntes – Memorandum über die politischen Einflussmöglichkeiten der geplanten Kommission, das Rivers Wilson Anfang 1878 für das Außenministerium schrieb. Darin sprach er die Hoffnung aus, „die Ernennung der Untersuchungskommission ... würde eine günstige

Gelegenheit bieten, mit legitimen Mitteln jenen Einfluss auf den Vizekönig auszuüben, den die Regierung Ihrer Majestät für angemessen hält.“⁴⁶ Ismail hatte also allen Grund zur Vorsicht. Um zumindest die schlimmsten Folgen für die finanzielle Basis seiner absoluten Herrschaft über Ägypten abzuwehren, ging er formell auf den Vorschlag einer Untersuchungskommission ein. Deren Untersuchungen und Empfehlungen wollte er allerdings auf die Einnahmeseite des ägyptischen Staatshaushalts beschränkt wissen.⁴⁷ Damit waren aber wiederum weder die Gläubiger noch die britische Regierung einverstanden; sie warnte Ismail: falls er eine vollständige und umfassende Untersuchung seiner Finanzen weiterhin ablehne, werde man „sich nicht enthalten, die rechtmäßigen finanziellen Forderungen ihrer Untertanen mit aller Entschiedenheit zu unterstützen, noch werde man dasselbe Recht anderen verwehren.“⁴⁸

Trotz dieser eindeutigen Warnung unterschätzte Ismail offensichtlich die Entschlossenheit der britischen Regierung, ihm notfalls gegen seinen Willen eine Kommission nach den Vorstellungen der Bondholder aufzuzwingen.⁴⁹ Ende Januar 1878 ließ er einen Erlass veröffentlichen, in dem er die Einrichtung einer Untersuchungskommission in seinem Sinne, also beschränkt auf die Einnahmen de Staatshaushaltes, verfügte.⁵⁰ Die Gläubiger waren empört und kündigten entschlossenen Widerstand an. Goschen schrieb in der „Times“: „Ich werde mit Sicherheit nicht davor zurückschrecken, alle Anstrengungen zu unternehmen und jedweden mir zur Verfügung stehenden Einfluss ausnützen, um diesen offensichtlichen Versuch der ägyptischen Regierung zunichte zu machen, eine unvollständige Untersuchung durchzuführen.“⁵¹ Welch großes Vertrauen Goschen in seine Einflussmöglichkeiten tatsächlich hatte, enthüllt eine Tagebucheintragung von Mitte Februar: „Arbeite jetzt auf Absetzung des Vizekönigs hin, falls er nicht nachgibt,“ schrieb er. „Letztes Telegramm. Briefe für Gläubiger vorbereitet.“⁵² Zu einer Absetzung des Vizekönigs sollte es allerdings vorerst nicht kommen. Den Bondholdern standen auch weniger spektakuläre Mittel zur Verfügung, Ismail ihren Willen aufzuzwingen. Fünf Tage nach seinem Erlass verklagten ihn die europäischen

Schuldenkommissare vor den Gemischten Gerichtshöfen wegen einiger Rückstände in den Zahlungen an die „Caisse“. ⁵³ Nachdem dadurch die juristische Basis für ein offizielles diplomatisches Vergehen geschaffen worden war, warnten ihn die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs vor einer Missachtung der Gerichtsentscheidung, da dies die Verletzung internationaler Vereinbarungen bedeuten würde, die beide Regierungen nicht hinnehmen könnten. ⁵⁴ Ismail machte jetzt einen letzten Versuch, den äußersten Konsequenzen der Untersuchungskommission zu entgehen. Am 23. Februar 1878 erklärte er sich bereit, eine Kommission mit „vollständiger Untersuchungsgewalt“ einzusetzen, doch wolle er sich das Recht der Auswahl des Kommissionspräsidenten vorbehalten, der sich dann die weiteren Mitglieder von außerhalb der „Caisse“ suchen sollte. ⁵⁵ Da dies jedoch gerade die Vertreter der Gläubiger ausgeschlossen hätte, war die britische Regierung auch mit diesem Vorschlag nicht einverstanden. Sie beharrte darauf, „die Interessen der Gläubiger sollten angemessen repräsentiert sein.“ ⁵⁶ Statt des von Ismail vorgeschlagenen Generals Gordon bestand Derby daher auf der Aufnahme von Rivers Wilson und Baring in die Kommission. ⁵⁷

Die britische Regierung hatte damit nahezu jedes wichtige Detail der geplanten Kommission dem ägyptischen Vizekönig aufgezwungen. Sie war dabei nicht nur in jeder Hinsicht den Vorstellungen der Bondholder gefolgt, sondern hatte auch gegenüber dem Vizekönig darauf bestanden, dass Rivers Wilson als britischer Beamter und Ägyptenexperte des britischen Finanzministeriums in die Kommission aufgenommen wurde, welche die finanziellen Beziehungen zwischen dem ägyptischen Staatsoberhaupt und seinen europäischen Gläubigern regeln sollte. Fortwährende britische Beteuerungen, dies nicht als Versuch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ägyptens aufzufassen ⁵⁸, waren damit endgültig unglaubwürdig geworden und wurden weder von der britischen Öffentlichkeit ⁵⁹ noch von der französischen Regierung irgend länger ernstgenommen. Bei der französischen Regierung nährten sie zunehmend

den Verdacht, dass London in Ägypten ein Doppelspiel treibe und hinter der Fassade offizieller Bekundungen, sich aus den inneren Angelegenheiten Ägyptens herauszuhalten, territoriale Ambitionen am Nil verberge.⁶⁰

Die Gründe der britischen Regierung, durch die Entsendung eines britischen Beamten in die Untersuchungskommission die Ansprüche der Gläubiger diplomatisch zu sanktionieren, finden sich in einem Brief des Generalkonsuls in Kairo vom 23. Februar 1878. Er empfiehlt darin seiner Regierung, angesichts des finanzpolitischen Chaos, das die hohe Verschuldung Ägyptens an Europa ausgelöst habe, von dem generellen – wenn auch nicht immer eingehaltenen – Prinzip der britischen Außenpolitik abzugehen, Eignern von britischem Auslandskapital bei Zahlungsschwierigkeiten ihrer Schuldner keine offizielle diplomatische Unterstützung zu geben: „Es sind nicht nur die Gläubiger, deren Interessen Schaden zugefügt wird; darüber hinaus ist die gesamte Regierung des Landes durch die finanzielle Misswirtschaft aus dem Gleichgewicht geworfen. Mit dem Verweis auf fehlende Mittel entschuldigt Ägypten die Nichteinhaltung von Verpflichtungen, die durch feierliche und verbindliche Versprechungen gegenüber ausländischen Regierungen abgesichert sind, wie beispielsweise die Ausführung der Urteile der Reformgerichtshöfe. Die Reichtümer des Landes nähern sich der Erschöpfung, und seine Kreditfähigkeit ist in Gefahr, während die Verhältnisse so verwickelt werden, dass sie fremde Regierungen zur Einmischung herausfordern, um die Interessen ihrer Untertanen zu wahren. Eine solche Einmischung könnte jedoch die Regierung Ihrer Majestät kaum gleichgültig mit ansehen.“⁶¹ Die durch die Staatsschuld aufrechterhaltene ökonomische Anbindung Ägyptens an Europa hatte also in der Sicht des Generalkonsuls eine derartige Intensität erreicht, dass der britischen Regierung keine Wahl blieb, als aus allgemeinen politischen Erwägungen heraus die Interessen der europäischen Gläubiger in Ägypten diplomatisch zu vertreten. Wie der Generalkonsul andeutete, musste es der britischen Regierung darum gehen, eine Einmischung ausländischer Mächte in Ägypten, welche die dortigen Interessen Großbritanniens beeinträchtigen könnte, zu vermeiden. Er hielt

es nicht für nötig, diese Interessen näher zu beschreiben; offensichtlich ging er davon aus, dass sie zu jenem Bereich eines stillschweigenden Konsenses über die Rolle Großbritanniens in der Welt gehörte, der so weit geteilt wurde, dass seine Prämissen gar nicht immer wieder ausgesprochen werden mussten.

Es entstanden jedoch gelegentlich außenpolitische Situationen, in denen britische Politiker es ausnahmsweise für notwendig hielten, ihre „unspoken assumptions“ auszusprechen. Eine solche Notwendigkeit sah Derby 1877, als im türkisch-russischen Krieg der Vormarsch der Russen auf Konstantinopel in britischen Augen ein bedrohliches Ausmaß annahm. „Sollte sich der nun im Gange befindliche Krieg bedauerlicherweise ausbreiten ...“, erklärte er dem russischen Botschafter, „könnten Interessen beeinträchtigt werden, die sie (die brit. Reg. T. B.) verteidigen müssen und wollen. Es ist daher wünschenswert, dass sie, soweit dies zu Beginn des Krieges möglich ist, klarmachen, welches die bedeutendsten dieser Interessen sind. – An erster Stelle unter ihnen steht die Notwendigkeit der unverletzten und ununterbrochenen Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen Europa und der östlichen Hemisphäre durch den Suezkanal. Ein Versuch, den Kanal zu blockieren oder sonst wie den Zugang zu ihm und seinen Ein- und Ausgängen zu behindern, würde von ihnen als Bedrohung Indiens und als schwerstes Unrecht gegenüber dem Welthandel aufgefasst werden. Aus beiden Gründen wäre jedweder derartiger Schritt ... nicht mit der Aufrechterhaltung eines Zustandes passiver britischer Neutralität vereinbar. – Die Handels- und Finanzinteressen europäischer Nationen sind so sehr mit Ägypten verflochten, dass eine Offensive auf dieses Land – oder seine auch nur vorübergehende Besetzung – auch für die neutralen Großmächte, sicherlich aber für England von erheblichem Belang wäre ...“⁶²

Es ergibt sich aus dieser diplomatischen Note, dass die britische Regierung ein doppeltes Interesse an Ägypten hatte. Es ging ihr einmal um die freie Navigation durch den Suezkanal mit seiner großen Bedeutung für Indien wie auch für den Welthandel im allgemeinen. Zum anderen verwies sie auf die britischen kommerziellen und finanziellen Interessen an Ägypten selbst.

Diese doppelte Definition der britischen Interessen in Ägypten, die durch das von Ägyptens Auslandsschuld hervorgerufene finanzielle Chaos tendenziell bedroht schien, sollte auch in den kommenden Jahren die britische Ägyptenpolitik leiten.

Mittlerweile war am 23. Februar 1878 die europäische Untersuchungskommission offiziell eingesetzt worden mit de Lesseps als Präsidenten, Rivers Wilson als Vizepräsidenten und den vier Schuldenkommissaren als weiteren Mitgliedern.⁶³ Da de Lesseps bald darauf nach Europa abreiste, übernahm Rivers Wilson faktisch die Leitung der Kommissionssitzungen. Er wurde damit für die kommenden Jahre der wahrscheinlich einflussreichste Europäer in Ägypten, dessen harter Linie gegenüber dem Vizekönig sich die britische Regierung weitgehend anschloss. Das zeigte sich schon im April 1878, als die ägyptische Staatskasse erneut in Zahlungsschwierigkeiten geriet. Anfang April war von der am 1. Mai fälligen Einzahlung erst ein Viertel in den Händen der Schuldenkommissare.⁶⁴ Diese waren sich wohl darüber im klaren, dass die Zahlungsschwierigkeiten der ägyptischen Regierung auf der Missernte des Vorjahres beruhten, die zu erheblichen Steuerausfällen und in einigen Gebieten Ägyptens sogar zu Hungersnöten geführt hatte.⁶⁵ Demgegenüber beharrten Rivers Wilson, der in fortwährendem und intensivem Kontakt zu den europäischen Gläubigern stand⁶⁶, und der französische Konsul darauf, dass „es allen Grund gibt, anzunehmen, dass der Vizekönig die Schuldrate bezahlen könnte, falls er sich dazu entschließt.“⁶⁷ Salisbury, der Ende März Derby im Außenministerium abgelöst hatte, schloss sich dieser Einschätzung an. Er war der Meinung, „die Gläubiger sollten nicht unter beklagenswerten Verhältnissen leiden, für die sie in keiner Weise die Verantwortung tragen.“⁶⁸ Salisbury passte Rivers Wilson unnachgiebige Einstellung gegenüber dem ägyptischen Vizekönig ausgezeichnet in das von ihm und Disraeli vertretene Konzept einer offensiven britischen Außenpolitik im östlichen Mittelmeer zum Schutz der kommerziellen und territorialen Interessen Großbritanniens im Mittleren und Fernen Osten.⁶⁹ In diesem Zusammenhang hatte er schon im Sommer 1877 als Minister für

Indien angeregt, Ägypten zu annektieren.⁷⁰ Ismails Zahlungsschwierigkeiten im Frühjahr 1878 kamen ihm daher sehr gelegen, schienen sie doch eine Möglichkeit zu bieten, dem Ziel der Etablierung einer eindeutigen britischen Vormachtstellung in Ägypten einen großen Schritt näher zu kommen. Die Zahlungsschwierigkeiten Ismails sollten zum Anlass genommen werden, das Amt eines britischen Generalinspektors der ägyptischen Finanzen zu schaffen, der Ägypten faktisch im Auftrag der britischen Regierung verwalten würde. In einem Privatbrief vom 3. Mai 1878 erläuterte er seine Ziele dem Generalkonsul in Kairo: „Es ist klar, dass der Vizekönig seine Untertanen immer härter unterdrücken, aber auch seine Gläubiger immer weiter betrügen wird, wenn seiner Verwaltung nicht Grenzen gesetzt werden. Dieser Generalinspekteur mit vollständiger Macht über die Besteuerung sowie mit Einfluss auf die Gerichtshöfe im Landesinneren, wodurch er die Rechte der Bauern wahren kann, wird demnächst eine Notwendigkeit sein. Es wird jedoch eine unerfreuliche Notwendigkeit sowohl für den Vizekönig wie auch für die Franzosen sein: für den Vizekönig, weil es das Ende der Tage seiner persönlichen Macht sein wird, für die Franzosen, weil es der Beginn der britischen Vorherrschaft in Ägypten sein wird. Von beiden Seiten muss dem Widerstand begegnet, und, wie ich hoffe, erfolgreich begegnet werden, doch wird die Aufgabe ungeheuer sein. Es ist daher von höchster Bedeutung, den Widerstand aus beiden Richtungen soweit wie möglich zu reduzieren, bevor wir den entscheidenden Schritt unternehmen ... ich bin in diese Details gegangen, um zu erklären, warum ich wünsche, dass in der Frage der Schuldzahlung der Druck auf den Vizekönig beibehalten werden soll. Sollte das ihn zwingen, einen Verwalter für seine finanziellen und wirtschaftlichen Krankheiten zu akzeptieren, wird das auf lange Sicht besser für ihn selbst, besser für die Gläubiger und besser für die Bauern sein.“⁷¹

Dass die britische Regierung mit diesen weitreichenden Zielen zunächst dann doch zurücksteckte, lag wohl kaum daran, dass es dem Vizekönig bis zum 1. Mai wider Erwarten doch gelang, mit brutaler Gewalt die erforderliche Summe für die Zinszahlung von den ägyptischen Bauern

einzutreiben, so dass damit der Anlass für die Einsetzung eines Generalinspektors nach Salisburys Vorstellungen zunächst entfiel.⁷² Entscheidend war vielmehr der Widerstand Frankreichs. Die französische Regierung bestand unter allen Umständen darauf, dass in jeder Regelung der „ägyptischen Frage“ Frankreich institutionell auf der gleichen Basis wie Großbritannien vertreten sein müsse. Auf dem Berliner Kongress gelang es Frankreich mit der Unterstützung Bismarcks, Großbritannien auf dieses Prinzip eines französisch-englischen Gleichgewichts in Ägypten zu verpflichten. Als Folge war Salisbury gezwungen, den Plan eines britischen Generalinspektors in Ägypten aufzugeben und den alternativen Vorschlag eines britischen Finanzministers in einem ägyptischen Kabinett zu modifizieren.⁷³ Als Gegengewicht zu dem Amt eines britischen Finanzministers, für das Rivers Wilson vorgesehen war, wurde der Posten eines französischen Ministers für öffentliche Arbeiten geschaffen.⁷⁴ Salisbury widersetzte sich aber erfolgreich dem französischen Vorschlag, die Stellung der beiden europäischen Minister im ägyptischen Ministerrat durch eine formelle Ernennung durch ihre jeweiligen Regierungen abzustützen, da dies eine öffentliche und permanente Verpflichtung der britischen Regierung zur Einhaltung der Politik des britisch-französischen Gleichgewichts in Ägypten bedeutet hätte. Die Hintergedanken, die er bei seiner Weigerung hatte, deutete er gegenüber Goschen an, der als Vertreter der Bondholder im Frühjahr und Sommer 1878 in ständigem Kontakt mit den Regierungen in London und Paris stand: Er wolle sich zwar durchaus an die Abmachungen mit der französischen Regierung halten, erklärte er, er habe jedoch „nichts desto weniger Zuversicht ..., dass als Ergebnis der natürlichen Überlegenheit der Engländer ... der englische Einfluss in Ägypten mit der Zeit dominieren werde.“⁷⁵ Gegenüber Disraeli war er noch offener: „Nach der gegenwärtigen Lage der Dinge“, schrieb er ihm, „haben wir keine andere Wahl, als eine gewisse Form des Gleichgewichts zwischen England und Frankreich anzuerkennen. Die Lage mag sich jedoch verändern, und es mag uns zu irgendeinem zukünftigen Zeitpunkt opportun erscheinen, einen Vorstoß zu unternehmen; eine verpflichtende Übereinkunft wäre dann höchst lästig.“⁷⁶

Währenddessen hatte die Untersuchungskommission am 19. August 1878 ihren Bericht veröffentlicht, der von den europäischen Gläubigern sehr begrüßt wurde.⁷⁷ Sie war zu der Erkenntnis gelangt, dass die Ursachen der ganzen finanziellen Malaise sowie der schreienden Ungerechtigkeiten und Repressionen bei der Behandlung der ägyptischen Bauern in dem System absoluter Regierungsmacht des Vizekönigs liege, das den Interessen der europäischen Gläubiger wie denen der ägyptischen Bauern gleichermaßen schade.⁷⁸ Eine Begrenzung dieser absoluten Macht – und nicht etwa eine Reduzierung der ägyptischen Zahlungsverpflichtungen – war daher auch die zentrale Reform, welche die Kommission vorschlug. Dies sollte durch zwei Maßnahmen geschehen: einmal durch die schon zwischen den Regierungen in Paris und London abgesprochene Platzierung zweier europäischer Minister in Schlüsselpositionen eines zukünftigen ägyptischen Ministerrates, der anstelle des Vizekönigs in Zukunft die Regierungsgeschäfte übernehmen sollte, zum anderen durch die Übertragung der gesamten vizeköniglichen Privatländereien, der „Dairas“, in die Verwaltung eines europäischen Aufsichtsrates im Austausch für eine Zivilliste.

Die Zustimmung der europäischen Regierungen zu diesem Vorschlag war nur eine Formsache, und Ismail blieb ohnehin kaum eine Wahl.⁷⁹ Auf britischen Vorschlag wurde jedoch noch eine zusätzliche Sicherheitsmaßnahme in das Abkommen eingebaut. Mit der Ernennung zweier europäischer Minister hatte die bestehende britisch-französische Doppelkontrolle ihre Aufgaben verloren und konnte suspendiert werden. Es wurde jedoch vereinbart, sie so ipso wiederaufleben zu lassen, falls einer der beiden europäischen Minister ohne Zustimmung seiner Regierung aus dem Ministerrat entlassen werde.⁸⁰ Nachdem das neue System einer europäischen Verwaltung Ägyptens von den beiden Regierungen in London und Paris damit offiziell sanktioniert war, konnte auch der zweite Teil des Sanierungsplanes für die ägyptischen Finanzen in die Tat umgesetzt werden. Rivers Wilson hatte seinen Freund L. de Rothschild seit dem

Frühjahr 1878 zu bewegen versucht, der ägyptischen Regierung £ 7 Millionen auf der Sicherheit der Daira-Ländereien zu leihen. Mit dieser Summe sollten die neu entstandenen kurzfristigen Schulden des Vizekönigs konsolidiert werden.⁸¹ Die Etablierung des europäischen Ministerrates räumte alle Bedenken Rothschilds in bezug auf die unsichere finanzielle Situation in Ägypten aus, und nachdem die britische Regierung auf Betreiben Wilsons⁸² auch auf seine zwei zusätzlichen Bedingungen eingegangen war, das französische Haus Rothschild an der Finanzierung zu beteiligen und das britische Mitglied des Verwaltungsrates der Daira-Ländereien offiziell zu bestätigen, konnte eine entsprechende Vereinbarung zwischen der ägyptischen Regierung und den Rothschilds abgeschlossen werden.⁸³

4.3 Die Absetzung des ägyptischen Vizekönigs (1878 – 1880)

Ismail hatte seiner schrittweisen Zurückdrängung aus der alleinigen Regierungsmacht in Ägypten seit 1876 nur widerwillig zugestimmt; seine Einwilligung in das Abkommen vom Sommer 1878, das ihm praktisch der Macht entthronte und seine Rolle auf die eines konstitutionellen Staatsoberhauptes beschränkte, hatte Rivers Wilson nur unter Drohungen – bei einer Weigerung gefährde Ismail seine Stellung als Vizekönig überhaupt – erreichen können. Unter diesen Umständen rechneten die britische und die französische Regierung offensichtlich damit, dass er seine schließliche Einwilligung in seine neue politische Rolle nur als taktischen Rückzug betrachte und insgeheim auf eine Rückkehr an die volle Macht hinarbeite. Davon zeugten auch die frühen eindeutigen Warnungen aus London und Paris, mit denen Ismail schon bald nach der Etablierung des europäischen Ministeriums auf die ernstesten Folgen hingewiesen wurde, die eine unkooperative Einstellung zu seinen europäischen Ministern für seine politische Zukunft haben müsse.⁸⁴

Die unbedingte Unterstützung des europäischen Ministerrates durch den ägyptischen Vizekönig schien um so notwendiger, als jener im Herbst und Winter 1878/79 in zunehmenden Konflikt mit Gruppen der einheimischen Bevölkerung geriet. Bauern, Landbesitzer, Regierungsbeamte und Soldaten sahen durch das Sparprogramm der Regierung nicht nur ihre ökonomischen Interessen verletzt; durch die Übernahme der Regierung in die Hände von Europäern konnte auch der Interessenbezug dieser Politik nicht mehr in dem Maße verschleiert werden, wie das in der Zeit der Doppelkontrolle noch möglich gewesen war. Ein ägyptischer Ministerrat mit einem europhilen Vorsitzenden und zwei Europäern an entscheidender Stelle machte überdeutlich, das dies eine „Regierung im Dienst ausländischer Gläubiger“ war, die „Ägypten wie eine eroberte Provinz Indiens regierte“, wie der amerikanische Konsul nach Hause berichtete.⁸⁵ „Ägypten ähnelte jetzt einem großen Landgut, das von den Gläubigern verwaltet wird“, stimmte ihm sein schwedischer Amtskollege zu und kritisierte die Politik des europäischen Ministerrates, die im Konfliktfalle davon ausginge, „dass die Eingeborenen notfalls vollständig ruiniert werden müssen, um die Ansprüche der Gläubiger zu befriedigen ... Es bereitet einige Mühe, die Einwohner des Landes als so identisch mit ihrer Regierung anzusehen, dass die Bauern durch das Steuersystem vernichtet werden müssen und die Gläubiger das Recht haben, zur Erfüllung ihrer Ansprüche die Bauern und ihr Land zu pfänden.“⁸⁶ Leidtragende dieser Politik waren aber nicht nur die ägyptischen Bauern, deren Widerstandsmöglichkeiten immerhin nur gering waren. Betroffen waren auch andere Gruppen, die in Hinblick auf politisches Bewusstsein, Organisationsfähigkeit und Obstruktionsmöglichkeiten für das europäische Regime ein weitaus ernster zu nehmendes Oppositionspotential darstellten. Während die - meist europäischen - höheren Beamten der ägyptischen Regierung sehr hohe Einnahmen bezogen⁸⁷, hatten ihre ägyptischen Untergebenen zum Teil für länger als ein Jahr keine Gehälter mehr erhalten.⁸⁸ Auch die Armee hatte Anlass zur Beschwerde: sie war im Herbst 1878 drastisch von 15.000 auf 7.000 Mann reduziert worden.⁸⁹ Den großen Landbesitzern schließlich wurde von Rivers

Wilson eine Steuererhöhung angekündigt, welche die niedrige von ihnen bislang zu zahlende Steuerrate den allgemeinen Sätzen angleichen würde.⁹⁰

Die britische Regierung war sich des Konfliktpotentials, das sich damit in Ägypten ansammelte und für das reibungslose Funktionieren der Verwaltung eine ernste Gefahr heraufbeschwor, sehr wohl bewusst. Schon im Dezember 1877, als ein ägyptischer Beamter die Regierung des Vizekönigs erfolgreich auf sofortige Nachzahlung seines rückständigen Gehaltes verklagt hatte, war London von dem Generalkonsul auf die verheerenden Folgen für die Zahlungsfähigkeit der ägyptischen Regierung hingewiesen worden, falls sich ein größerer Teil der Beamtenschaft diesem Vorgehen anschliesse.⁹¹ Zwar war damals die befürchtete Konsequenz nicht eingetreten, da die Staatsbediensteten sich vorerst mit ihren Gehaltsrückständen abfanden, es konnte aber nicht davon ausgegangen werden, dass auch andere Gruppen mit konkreten Anlässen zur Beschwerde über das europäische Regime gleichfalls auf Dauer stillhalten würden. Die britische Regierung sah es daher mit einigem Missbehagen, dass Anfang 1879 in Kairo die ägyptische Delegiertenkammer, eine Versammlung der großen Grundbesitzer Ägyptens, zusammentrat, um über die von Rivers Wilson angekündigte Erhöhung der Landsteuer zu beraten. In den vergangenen drei Sitzungsperioden hatte sich die Kammer in ihren Beratungen und Beschlüssen immer als willfähiges Instrument des Vizekönigs erwiesen.⁹² Es stand daher zu befürchten, dass sich Ismail jetzt mit den Grundbesitzern gegen die europäische Regierung verbünden würde. Salisbury hielt es daher für notwendig, Ismail kurz nach Zusammentreten der Kammer erneut vor den „verheerenden Folgen“⁹³ zu warnen, die eine Verweigerung einer loyalen Zusammenarbeit mit den europäischen Ministern für ihn haben müsse, und ihn hinzuweisen auf „die sehr ernste Verantwortung, die er für jeden Versuch zu tragen habe, die Regierung in Verlegenheit zu bringen.“⁹⁴

Handfester ägyptischer Widerstand gegen die europäischen Minister kam jedoch von anderer Seite. Am 18. Februar 1879 demonstrierten einige Hundert ägyptische Offiziere, insgeheim ermutigt von Ismail⁹⁵, vor dem Finanzministerium gegen die Entlassung ihrer Kameraden. Nubar Pasha, der europhile Vorsitzende des Ministerrates, und Rivers Wilson wurden dabei insultiert und belästigt, Rivers Wilson sogar leicht verletzt. Für Ismail bot dieser Vorfall die langerwünschte Gelegenheit, in aller Deutlichkeit seine persönliche Autorität bei der einheimischen Bevölkerung zu demonstrieren und damit zu zeigen, dass Ägypten nicht an seiner Person vorbei regiert werden könne. Es gelang ihm ohne weiteres, die Offiziere zum Abbruch der Demonstration und zum Rückmarsch in ihre Kasernen zu überreden, während er mit dem Ministerrat über ihre Probleme beriet. Daraufhin ließ er das diplomatische Korps in seinen Palast bestellen und unterbreitete ihm seine Forderungen. Die jüngste Autoritätskrise der Regierung habe gezeigt, argumentierte er, dass die ihm von Großbritannien und Frankreich zugedachte politische Stellung, in der er für die Beschlüsse des Ministerrates verantwortlich sei, ohne sie beeinflussen zu können, unhaltbar sei. Er forderte deshalb, in Zukunft entweder die Sitzungen des Ministerrates persönlich zu leiten oder zumindest einen Vorsitzenden seines Vertrauens ernennen zu können. Nubar Pasha dagegen müsse, schon als Beschwichtigungsgeste gegenüber den Offizieren, seines Amtes enthoben werden.⁹⁶

Unter den Vertretern Großbritanniens in Ägypten herrschten charakteristische Meinungsverschiedenheiten darüber, wie auf diese Forderungen zu reagieren sei.⁹⁷ Der diplomatische Vertreter, der Generalkonsul in Kairo, hatte es von Anfang an für unklug gehalten, Ismail völlig von der Regierungsmacht auszuschließen. Unter diesen Umständen sei es schlechterdings unmöglich, ihn für den Erfolg von Maßnahmen verantwortlich zu machen, die seine Minister ohne sein Mitwirken beschlossen hatten.⁹⁸ Der britische Finanzvertreter, Rivers Wilson, hingegen hielt spätestens seit Sommer 1878 die Person des Vizekönigs für einen

Störfaktor für das reibungslose Funktionieren der europäischen Verwaltung.⁹⁹ Solange er sich mit Ismail noch abfinden musste, versuchte er, ihn wenigstens aus dem Entscheidungsprozess der Regierung soweit wie möglich herauszuhalten.¹⁰⁰ Rivers Wilson wusste sich dabei in Übereinstimmung mit der Regierung in London.¹⁰¹ Schon im August 1878 hatte ihm Salisbury in einer privaten Unterhaltung versichert, er sei in Ägypten „der rechte Mann am rechten Ort.“¹⁰² Der Generalkonsul Vivian war dagegen aufgefordert worden, Rivers Wilson „seine allerwärmste Unterstützung“ zu gewähren; „ihr (der brit. Regierung, T. B.) äußerster Einfluss muss zu seiner Unterstützung ausgeübt werden.“¹⁰³

Die Reaktion der britischen Regierung auf die Forderungen Ismails zeigte, dass sich auch jetzt wieder der „hard-liner“ Rivers Wilson gegen den diplomatischeren Kurs des Generalkonsuls durchgesetzt hatte.¹⁰⁴ Auf Initiative Londons warnten die britische und französische Regierung den Vizekönig davor, die internationalen Vereinbarungen und Verpflichtungen anzutasten, denen Ägypten sich unterworfen habe. „Sie können sich nicht mit irgendeiner prinzipiellen Änderung der politischen und finanziellen Vereinbarungen einverstanden erklären“, stimmten London und Paris überein, „zu denen Seine Hoheit erst jüngst seine Zustimmung gegeben hat.“¹⁰⁵ Nachdem die Regierungen durch die Entsendung je eines Kriegsschiffes unterstrichen hatten, wie ernst diese Warnung gemeint war, spezifizierten sie ihre Forderungen. Sie verlangten die Wiederaufnahme Nubar Pashas in den Ministerrat, die Übergabe des Vorsitzes an den Thronfolger Prinz Tewfiq – den Rivers Wilson bereits im Juni 1878 für einen geeigneteren Kollaborateur als seinen Vater gehalten hatte¹⁰⁶ - und die Übertragung eines Vetorechts über alle Entscheidungen des Ministerrats an die europäischen Minister.¹⁰⁷ Ferner verlangten sie von Ismail „eine Versicherung, dass er gewillt sei, sich den Ansichten Englands und Frankreichs zu beugen“¹⁰⁸, und eine offizielle Entschuldigung bei Rivers Wilson, der - obwohl kein offizieller Vertreter Großbritanniens – nichtsdestoweniger „außergewöhnliche Ansprüche auf den Schutz der Regierung Ihrer Majestät“ anmelden könne.¹⁰⁹ Die britische Regierung tat

noch ein übriges zur Stärkung der Stellung Rivers Wilsons in Ägypten. Um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, dass er - und nicht der Generalkonsul - die Auffassungen der britischen Regierung vertrete, wurde Vivian Ende März unter dem Vorwand nach London beordert, dass ein persönlicher Bericht über die Lage in Ägypten erforderlich sei. Er sollte erst im Juli nach Kairo zurückkehren, um im Oktober endgültig abgelöst zu werden. Während seiner Abwesenheit vertrat ihn Konsul Lascelles mit dem Auftrag, Rivers Wilson jede notwendige Unterstützung zu gewähren.¹¹⁰

Der Vizekönig ging auf die Forderungen der europäischen Regierungen ein, weigerte sich allerdings mit Erfolg. Nubar Pasha wieder in den Ministerrat aufzunehmen.¹¹¹ Insgeheim organisierte er jedoch die Fortsetzung des antieuropäischen Widerstandes. Vor allem der Unterstützung der Delegiertenkammer konnte er dabei gewiss sein, nachdem er dafür gesorgt hatte, dass die wichtigsten Teile eines neuen Finanzplanes, den Rivers Wilson in den letzten Monaten erarbeitet hatte, den Delegierten vorzeitig bekannt wurde. Darin schlug Rivers Wilson vor, die Landsteuer für Großgrundbesitzer zu erhöhen und die Ansprüche aus der „Mokubalah“, einer internen ägyptischen Staatsanleihe, für deren Zeichnung ägyptische Landbesitzer Befreiung von der Landsteuer erhalten hatten, zu annullieren. Im Gegenzug sollten die Gläubiger der unifizierten Schuld eine bis 1886 befristete Senkung des Zinssatzes auf 4 % hinnehmen.¹¹² Noch bevor Rivers Wilson diesen Plan veröffentlichte, konterte die Kammer, ermutigt durch Ismail, am 2. April 1879 mit einem Gegenplan, der ebenfalls von einer Reduzierung des Zinssatzes der unifizierten Schuld ausging, aber keinerlei Vorschläge zu einer Änderung des Steuersystems machte und auch keine Beschränkung des Vizekönigs auf eine Zivilliste vorsah.¹¹³ Gekoppelt war dieser Plan an die Forderung nach Einsetzung einer nationalen ägyptischen Regierung. Ismail gab diese Forderungen am 7. April den ausländischen Konsuln bekannt; dem „sentiment national“ entsprechend, fügte er hinzu, habe er den bestehenden Ministerrat entlassen und eine einheimische Regierung eingesetzt.¹¹⁴

In seinem Bericht an die Regierung in London beschrieb Lascelles diese Entlassung der europäischen Minister empört als „coup d'état“.¹¹⁵ Zumindest von einem formal-juristischen Gesichtspunkt her hatte er dazu keinen Grund, hatte doch noch im März der britische Finanzminister im Parlament erklärt, Rivers Wilson stehe in den Diensten des Vizekönigs, der ihn selbstverständlich jederzeit entlassen könne. Auf diese Erklärung hatte sich Ismail auch berufen. Indem er die britische Regierung derart beim Wort nahm, verriet er jedoch nur sein völliges Unverständnis für das leitende Prinzip des britischen informellen Imperialismus. „Er maß der Erklärung der englischen Regierung übermäßige Bedeutung bei“, kommentierte denn auch Rivers Wilson schon zwei Tage nach seiner Entlassung.¹¹⁶ In Wirklichkeit stand es natürlich keineswegs mehr im Belieben Ismails, seine europäischen Minister eigenmächtig zu entlassen, wie die sofort anlaufende Kette europäischer Gegenmaßnahmen bewies. Zunächst versuchten es Engländer und Franzosen mit der schon im Frühjahr 1878 erfolgreichen Politik der Nicht-Kooperation. Keiner der von Ismail angesprochenen Europäer fand sich bereit, die mit der durch die Entlassung der europäischen Minister automatisch wieder aufgelebten Doppelkontrolle freigewordenen Posten der Finanzkontrolleure zu übernehmen.¹¹⁷ Die Schuldenkommissare blieben im Amt, bestanden nun aber auf der Zahlung der Mairate des ägyptischen Schuldendienstes in voller Höhe, obwohl sie Mitverfasser des Finanzplanes von Rivers Wilson gewesen waren, der davon ausgegangen war, dass Ägypten nicht in der Lage sei, seinen Zahlungsverpflichtungen vollständig nachzukommen, und obwohl Lascelles warnte, eine weitere Erzwingung der Zinszahlungen werde zum vollständigen ökonomischen Ruin des Landes führen, was auch nicht im Interesse der Gläubiger sein könne.¹¹⁸ Die Rothschilds schließlich, die von Rivers Wilson fortwährend auf dem laufenden über die Lage in Ägypten gehalten wurden¹¹⁹, weigerten sich, die erste Rate des Kredites auszubezahlen, den die ägyptische Regierung im Herbst 1878 kontraktiert hatte.¹²⁰ Alle diese Maßnahmen wurden schließlich gleichsam offiziell sanktioniert durch die britische Regierung, die dem Vizekönig Ende April

eine letzte scharfe Mahnung vor den Folgen seiner „schwerwiegenden und offensichtlich beabsichtigten Unhöflichkeit gegenüber befreundeten Großmächten“ zukommen ließ:

„Sie (die britische und französische Regierung, T. B.) haben bislang die Unabhängigkeit des Vizekönigs und die Erhaltung seiner Dynastie als wichtige Bedingungen betrachtet, um diese Ziele (die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens und eine stabile Regierung, T. B.) zu erreichen“, drohte Salisbury. „...Falls er jedoch weiterhin alle Verpflichtungen ignoriert, die ihm durch sein eigenes Verhalten und seine Versprechungen in der Vergangenheit auferlegt worden sind, und hartnäckig darin fortfährt, die Unterstützung durch europäische Minister auszuschlagen, welche die zwei Großmächte zu seiner Verfügung stellen, müssen wir davon ausgehen, dass sie für seine jüngsten Handlungen kennzeichnende Missachtung von Vereinbarungen Ausfluss eines vorbereiteten Planes war, und dass er mit Absicht alle Ansprüche auf ihre freundliche Haltung abweist. In einem solchen Falle bleibt den beiden Kabinetten nichts übrig, als sich eine vollständige Freiheit der Beurteilung und Handlung bei der Verteidigung ihrer Interessen in Ägypten und bei der Sicherung der Vereinbarungen, die den größten Erfolg in Hinblick auf die gute Regierung und das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes versprechen, vorzubehalten.“¹²¹

Das war eine unmissverständliche Ankündigung, dass die Tage Ismails als Vizekönig gezählt seien. Tatsächlich wurde er noch schneller zur Abdankung gezwungen, als das Rivers Wilson und Salisbury geplant hatten. Anfang Mai schaltete sich nämlich unerwartet die deutsche Regierung ein, die darauf bestand, dass die Ansprüche deutscher Gläubiger auf die finanziellen Erträge der Daira-Ländereien Vorrang haben müssten vor den Ansprüchen der Rothschilds, denen für ihren 8-Millionen-Kredit ein Teil dieser Ländereien verpfändet werden sollte.¹²² Falls Großbritannien und Frankreich keine Regelung mit den ägyptischen Behörden in diesem Sinne trafen, werde die deutsche Regierung die Sache selbst in die Hand nehmen, kündigte Bismarck an.¹²³ Salisbury war weit davon entfernt, in dem

deutschen Vorstoß eine unerwünschte Einmischung in die Großbritannien und Frankreich zustehende Regelung der ägyptischen Frage zu sehen. Er benutzte ihn vielmehr als Anlass, seinen langgehegten Plan der Absetzung Ismails endlich in die Tat umzusetzen. Wie er dem englischen Botschafter in Berlin anvertraute, sei der deutsche Protest ein willkommenes Mittel, „den Vizekönig etwas näher an den Abgrund zu drängen“. ¹²⁴ Der Rand des Abgrunds war schon Mitte Juni 1879 erreicht. Am 19. Juni teilten die französische und britische Regierung Ismail gemeinsam mit, „dass er klug beraten sei, zu Gunsten seines Sohnes Tewfiq abzutreten.“ ¹²⁵ Eine Woche später verließ Ismail das Land. ¹²⁶

Die Absetzung Ismails machte den Weg frei für eine gründliche, und wie die europäischen Regierungen und die Gläubiger hofften, dauerhafte Lösung der finanziellen Probleme Ägyptens. Zunächst musste jedoch noch über die genaue Kompetenzverteilung innerhalb der neuzubildenden Kollaborationsregierung entschieden werden. Rivers Wilson schlug zwar – wohl nicht zuletzt aus persönlichen Motiven – die Wiedereinsetzung der europäischen Minister vor. ¹²⁷ Salisbury schienen die Erfahrungen der letzten Monate jedoch gegen diese Form der europäischen Verwaltung Ägyptens zu sprechen: „Ich habe ernste Zweifel, ob es klug ist, wiederum europäische Minister zu ernennen. Die mohammedanischen Gefühle sind immer noch so stark, dass ich glaube, wir werden sicherer und mächtiger als Drahtzieher denn als offenkundige Herrscher sein.“ ¹²⁸ London und Paris vereinbarten daher die Errichtung einer neuen Doppelkontrolle, bei der beide europäischen Finanzkontrolleure mit umfassenden Untersuchungsrechten die ägyptische Finanzverwaltung überwachen und auch mit beratender Stimme an den Sitzungen des ägyptischen Ministerrates teilnehmen, die administrativen Aufgaben aber dem Vizekönig und ägyptischen Ministern überlassen sollten. ¹²⁹ Britischer Finanzkontrolleur wurde E. Baring, der 1880 von A. Colvin abgelöst wurde. Es ginge darum, „die Türken zu veranlassen, nach unseren Vorstellungen zu regieren, ihnen aber die äußerste Autorität zu belassen.“ ¹³⁰ Zu seinem großen Missbehagen kam er jedoch jetzt um eine offizielle Bestätigung des britischen Finanzkontrolleurs nicht mehr

herum. „Nach der Absetzung eines Vizekönigs ist es nicht einfach, weiterhin den Eindruck von Nichteinmischung zu erwecken,“ musste er einsehen. „Jede weitere Prüderie wäre daher fehl am Platze.“¹³¹ Die beiden Finanzkontrolleure wurden daher offiziell von ihren Regierungen ernannt und unterlagen deren Weisungen. Damit ließ die zweite Doppelkontrolle auch formal Ägypten zu einer Art englisch-französischem Protektorat werden.¹³²

Mit der Etablierung der zweiten Doppelkontrolle waren nach Ansicht der britischen und französischen Regierung die politischen Voraussetzungen auch für eine Lösung der ägyptischen Finanzprobleme geschaffen. Die detaillierte Ausarbeitung eines Sanierungsplanes sollte einer neuen Kommission übertragen werden, die sich weitgehend auf die Vorschläge Rivers Wilsons vom Frühjahr 1879 stützen könnte. Um in Zukunft jede diplomatische Verwicklung wie die britisch-deutsche Auseinandersetzung über die Daira-Kredite auszuschließen, legten England und Frankreich Wert darauf, dass die Regierungen der wichtigsten Gläubigergruppen sich vor Beginn der Kommissionsverhandlungen verpflichteten, das schließliche Verhandlungsergebnis anzuerkennen. Die dazu notwendigen diplomatischen Vorbesprechungen zogen sich einige Zeit hin, bis dann im März 1880 Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Österreich und Italien eine entsprechende Deklaration unterzeichneten.¹³³ Bezeichnenderweise hielt niemand eine ägyptische Unterschrift für notwendig. Die ägyptische Regierung war in ihren Entscheidungen schließlich schon lange nicht mehr souverän. Die Untersuchungskommission trat am 31. März 1880 zusammen. Neben den Vertretern der britischen Regierung, Rivers Wilson als Präsident und einem französischen Vertreter als Vizepräsident, gehörten ihr als Vertreter der Gläubiger die vier Schuldenkommissare sowie ein Beauftragter der ägyptischen Regierung an.¹³⁴ Aufgrund der weitgehenden Vorarbeiten, auf die sie sich stützen konnte, konnte die Kommission ihre Beratungen bereits im Juli 1880 abschließen. Ihre Vorschläge wurden vom Vizekönig am 17. Juli als sogenanntes „Liquidationsgesetz“ dekretiert.¹³⁵

Das Gesetz nahm seinen Ausgangspunkt von einer Schätzung der ägyptischen Staatseinnahmen in den kommenden Jahren unter der Voraussetzung einer erhöhten Landsteuer für Großgrundbesitzer. Diese Einnahmen wurden auf £E 8,4 Millionen angesetzt. Von dieser Summe wurden £E 4,5 Millionen als unerlässliche Verwaltungskosten abgezogen. Das ließ £E 3,9 Millionen übrig für den Schuldendienst, die unter die Halter der verschiedenen Staatspapiere aufzuteilen waren. Die Halter von Vorzugsaktien sollten den alten Zinssatz von 5 % erhalten, während die Zinsen für die unifizierte Schuld auf 4 % gesenkt wurden.¹³⁶ Die europäischen Gläubiger waren mit dieser Regelung recht zufrieden, wie das Ansteigen der ägyptischen Kurse im Juli 1880 andeutete, versprach sie doch erhöhte Sicherheit bei einem immer noch angemessenen Kapitalertrag. Rivers Wilson konnte sich daher auch zu Recht damit brüsten, dass das zum großen Teil von ihm entworfene Liquidationsgesetz „unerwartet günstig für die Gläubiger“ ausgefallen sei.¹³⁷ Weniger Grund zum Jubeln hatten die einheimischen Gläubiger der ägyptischen Regierung, die für die kommenden fünfzig Jahre jährlich 1,5 % ihres eingezahlten Kapitals zurückerhalten sollten. Das bedeutete nicht nur einen Verlust von 25 % auf das eingezahlte Kapital, sondern auch entgangene Zinsen von über 600 % (bei einem angenommenen Zinssatz von 4 %).¹³⁸ Am schlechtesten weg kam schließlich die ägyptische Bevölkerung im allgemeinen. Das Liquidationsgesetz bestimmte, dass alle zukünftigen eventuellen Budgetüberschüsse zur Schuldentilgung zu verwenden seien. Wie Mitglieder der Untersuchungskommission schon 1879 anmerkten, bedeutete diese Klausel, dass jeder eventuelle materielle Fortschritt der ägyptischen Volkswirtschaft, soweit er sich in erhöhten Staatseinnahmen niederschlug, nur den europäischen Gläubigern zugute kommen würde, während die ägyptische Regierung in der Zwangsjacke eines permanent festgelegten Budgetanteils stecken würde, der nicht mehr als die allerdringendsten Verwaltungsaufgaben erlaubte.¹³⁹ Durch das Liquidationsgesetz war Ägypten in den Worten Miners „an Hand und Fuß

gebunden, nicht fähig sich zu bewegen, kaum fähig zu atmen ohne die Zustimmung Europas.“¹⁴⁰

4.4 Die Britische Invasion (1880 – 1881)

Es sollte sich herausstellen, dass auch die Regelungen der zweiten Doppelkontrolle und des Liquidationsgesetzes die „ägyptische Frage“ für die Regierungen und Gläubiger in Europa nicht aus der Welt schaffte. War es der von den Landbesitzern und der Armee gestützte Widerstand des Vizekönigs gewesen, der die europäischen Minister hatte scheitern lassen, so waren es nach 1880 die ägyptischen Landbesitzer und die ägyptische Armee alleine, welche die Opposition gegen die europäischen Kontrolleure und die von diesen gestützte Marionettenregierung des Vizekönigs bildeten. Die Widerstandsversuche Ismails, der sich der Landbesitzer und der Armee nur zu seinen eigenen Zwecken bedient hatte, hatten diese in die Lage versetzt, allmählich auch ihre eigenen Interessen unabhängig von und notfalls gegen den Vizekönig zu vertreten.

Der Entstehung einer ägyptischen nationalen Bewegung liegen längerfristige soziale Prozesse zugrunde, deren Analyse außerhalb des hier behandelten Rahmens fällt, deren wichtigste Ergebnisse aber zum Verständnis der im folgenden zu behandelnden Ereignisse von 1881 und 1882 wenigstens angedeutet werden müssen. Vor allem ist dabei der Umstand bedeutungsvoll, dass Ägypten auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer noch von einer ethnisch klar definierten Gruppe, der turko-kirkassischen Oberschicht, beherrscht wurde. Neben dieser Herrschaftselite, welche die wichtigsten Positionen der vizeköniglichen Zentralverwaltung unter sich aufteilte, war aber seit dem Beginn des Jahrhunderts eine autochthone soziale Elite aufgekommen, die Großgrundbesitzer, die ihre ökonomische Basis in den Provinzen hatte, von

den Positionen politischer Herrschaft aber ausgeschlossen blieb. Der zunehmende wirtschaftliche und politische Einfluss Europas auf Ägypten erodierte dann ab 1876 immer stärker die politischen Herrschaftspositionen der turko-kirkassischen Elite, während im Prozess des Widerstands gegen die europäische Intervention die einheimische soziale Elite an Bedeutung gewann. Ismail hatte 1879 noch erfolgreich versucht, die Delegiertenkammer, die Versammlung der Repräsentanten der Provinznotabeln, für seinen persönlich motivierten Widerstand gegen die europäischen Minister einzusetzen. Aber bereits während der Sitzungsperioden von Frühjahr und Sommer 1879 hatten die Beratungen der Kammer zur Erarbeitung einer Verfassungsordnung geführt, die weitgehende Beratungs- und Zustimmungsrechte für die Kammer vorsah, welche auch die politische Stellung des Vizekönigs und das Monopol der Turko-Kirkassen auf die politische Führung beschneiden würden. Die Regierung Tewfiqs schaltete dann die einer effektiven europäischen Verwaltung Ägyptens im Wege stehenden Turko-Kirkassen weitgehend aus.¹⁴¹ Deutlich wurde das beispielsweise in der Armee, wo das turko-kirkassische Offiziersmonopol durchbrochen wurde und langsam auch Ägypter in höhere Ränge aufsteigen konnten. Diese Tendenz war allerdings permanent gefährdet durch die Widerstandsversuche der Turko-Kirkassen, die, gestützt auf ihren Kriegsminister Rifqui, sich um die Zurückdrängung der „fellachischen“ ägyptischen Offiziere bemühten. Der schwelende soziale Konflikt in der Armee brach am 1. Februar 1881 aus, als eine Gruppe ägyptischer Offiziere unter der Führung von Oberst Arabi in einer gewaltsamen Demonstration die Entlassung des Kriegsministers und die vizekönigliche Zusage einer zukünftigen Gleichbehandlung mit den kirkassischen Offizieren und eine materielle Besserstellung der gesamten Armee erreichten.¹⁴² Im Sommer 1881 begannen dann die Provinznotabeln, Kontakte zu der im Februar in Erscheinung getretenen Gruppe von Offizieren aufzunehmen. Die Provinznotabeln boten den ursprünglich nur an berufsständischen Problemen interessierten Offizieren ein Bündnis an: Die von der Armee zu fordernde Einberufung der Delegiertenkammer und ihre Ausstattung mit echten Kontrollbefugnissen über die ägyptische Regierung

würde ein Gremium schaffen, in dem die Großgrundbesitzer auch die Interessen des ägyptischen Teils der Armee würden verteidigen können. Der Erfolg dieser Argumentation zeigte sich am 09. September 1881, als - auch unter dem Schock der französischen Besetzung von Tunis, die in Ägypten die Möglichkeit einer europäischen militärischen Invasion zum ersten Mal augenfällig machte – in einer erneuten Demonstration vor dem vizeköniglichen Palast die ägyptischen Offiziere die Entlassung des europafreundlichen Ministerrates, die Anhebung der Armeestärke auf 18.000 Mann und die Einberufung der Delegiertenkammer forderten.¹⁴³ Anders als im Februar gingen nunmehr die Ziele der Offiziere eindeutig über rein professionelle Interessen hinaus. Der Vizekönig ging auf die Forderungen teilweise ein. Der Ministerrat wurde entlassen und die Delegiertenkammer für Ende Dezember einberufen, während die Entscheidung über die Erhöhung der Armeestärke in die Zuständigkeit der Finanzkontrolleure fiel und deshalb vorerst offen bleiben musste.

Die britische und französische Regierung waren sich zunächst sehr unschlüssig, wie sie auf die neue Lage in Ägypten reagieren sollten. Als sie von ihren Konsuln in Kairo über die „Revolte“ der Offiziere informiert wurden, hatten sie erst einmal das Schlimmste befürchtet und eilends über die diplomatischen Kanäle Verhandlungen darüber begonnen, auf welche Weise der Aufstand unterdrückt werden könne. Da aber die britische Regierung genauso fest auf ihrem Vorschlag beharrte, dazu eine türkische Armee einzusetzen, wie die Regierung in Paris darauf bestand, eine gemeinsame britisch-französische Expeditionsarmee nach Ägypten zu schicken, waren diese Verhandlungen mehr oder weniger ergebnislos geblieben. London und Paris verdächtigten sich insgeheim gegenseitig, die neue Lage in Ägypten zum eigenen Vorteil ausnutzen zu wollen und konnten sich daher schließlich nur auf die Entsendung je eines Kriegsschiffes einigen, die in Alexandria die Entschlossenheit Europas demonstrieren sollten, seine Interessen in Ägypten notfalls mit Gewalt durchzusetzen.¹⁴⁴

Mittlerweile hatten die einlaufenden Konsularberichte auch von einer merklichen Beruhigung der Lage gesprochen, die ihren Ausdruck im Abmarsch der Regimenter der ägyptischen Offiziere aus Kairo gefunden hatte.¹⁴⁵ Das gab der liberalen Regierung in London Gelegenheit¹⁴⁶, ihre Handlungsmöglichkeiten in Ägypten wieder etwas nüchterner einzuschätzen. Da eine Aufgabe der bestehenden institutionellen und finanziellen internationalen Vereinbarungen ganz eindeutig nicht in Frage kommen konnte, es im übrigen auch noch nicht klar abzusehen war, dass diese Vereinbarungen durch die ägyptische nationale Bewegung überhaupt gefährdet waren, sah die Regierung in London zwei Alternativen. Die eine war, die nationale Bewegung zu akzeptieren, die Offizieren und Notabeln überall dort Zugeständnisse zu machen, wo keine europäischen Interessen direkt berührt waren und damit letztlich zu versuchen, die nationale Bewegung in das bestehende System einer verschleierte europäischen Herrschaft zu integrieren. Die Alternative war demgegenüber die gewaltsame Wiederherstellung des vor dem 9. September bestehenden Zustandes.¹⁴⁷

Seit Mitte Oktober neigte die britische Regierung zunehmend dazu, der ersten Alternative den Vorzug zu geben. „Solange die finanzielle Lage des Landes und der Einfluss der Kontrollkommission nicht in Gefahr gerät, von Konzessionen gegenüber den Notabeln betroffen zu werden“, formulierte Colvin, der britische Finanzkontrolleur, das Prinzip dieser Alternative, sollte die britische Regierung sich mit einer indirekten Lenkung der ägyptischen Nationalisten begnügen.¹⁴⁸ Der liberale Außenminister Granville schloss sich dieser Auffassung an. In diesem Sinn war auch seine umfangreiche diplomatische Note verfasst, in der er Anfang November nachdrücklich auf den defensiven Charakter der britischen Ägyptenpolitik hinwies. Als oberstes Ziel der Londoner Regierung bezeichnete er die Aufrechterhaltung des politischen und finanziellen Status Quo in Ägypten. Soweit sie den durch Ägyptens internationale Vereinbarungen gesetzten Rahmen nicht sprengte, begrüßte er jedoch jedwede „legitime“ soziale Reform.¹⁴⁹

Die Note vom 4. November 1881, die bewusst auch für die ägyptische Öffentlichkeit geschrieben war, wollten Granville und sein Premierminister Gladstone zweifellos als Ausdruck des ehrlichen Wohlwollens betrachtet wissen, mit dem die liberale Regierung in London die ägyptische nationale Bewegung sah. Es sollte sich jedoch in kurzer Zeit herausstellen, wie bedingt das Einverständnis Großbritanniens zu konstitutionellen Experimenten in Ägypten war. Die Delegiertenkammer sollte zwar erst Ende Dezember zusammentreten; Vorgespräche ließen aber schon einige Wochen zuvor deutlich erkennen, dass eine ihrer Hauptforderungen das Budgetrecht der Kammer über den nicht für die Schuldentilgung vorgesehenen Teil des ägyptischen Staatshaushaltes sein würde. Selbst ein derartig eingeschränktes Budgetrecht würde jedoch mit den bestehenden Rechten der Finanzkontrolleure kollidieren, wie diese schnell erkannten und ihre Möglichkeiten zur vollständigen Überwachung des ägyptischen Finanzapparates erheblich einschränken, die von den Bondholdern 1880 zur Voraussetzung einer Zustimmung zum Liquidationsgesetz und der dadurch festgeschriebenen Senkung der ägyptischen Zahlungsverpflichtungen gemacht worden waren. Die Finanzkontrolleure, die sich sehr wohl darüber im klaren waren, wessen Interessen sie in Ägypten in erster Linie zu wahren hatten, hatten denn auch allen Forderungen der Notabeln nach einem Budgetrecht der Delegiertenkammer entschieden zurückgewiesen. „Die betroffenen europäischen Interessen waren bei weitem zu verschiedenartig und bedeutend, als dass die mit dem Vizekönig getroffenen Vereinbarungen der ägyptischen Soldateska oder einer unerfahrenen einheimischen ägyptischen Verwaltung hätten preisgegeben werden können“, beurteilte Colvin den zur Debatte stehenden Konflikt.¹⁵⁰

Angesicht dieser neuen Entwicklung fielen die Empfehlungen, die Colvin Ende Dezember 1881 der britischen Regierung für ihre weitere Ägyptenpolitik gab, denn auch ganz anders aus als seine Vorschläge von Oktober. „Bei allen gegenwärtigen oder zukünftigen Handlungen dürfen weder die Regierung noch die Kammer vergessen, dass die Großmächte

eine direkte Finanzkontrolle über das Land ausüben und dies auch weiterhin zu tun gedenken“, schrieb er am 26. Dezember in einem Memorandum für das Londoner Außenministerium. „Die Großmächte sollten meiner Meinung nach keine vorgeschlagene Maßnahme akzeptieren, welche diese Kontrolle in Gefahr bringt, die gegenwärtig wesentlich für das Wohlergehen des Landes ist und die Hauptschranke gegenüber dem Wiederaufleben einer „ägyptischen Frage“ bildet. Die durch das Liquidationsgesetz gegebenen Garantien sollten autoritativ aus dem Bereich möglicher Meinungsverschiedenheiten herausgenommen werden. Alle Maßnahmen, die darauf abzielen, den Schwerpunkt finanzieller Autorität von der Finanzkontrolle auf die Kammer zu übertragen, sollten ausdrücklich missbilligt und notfalls verhindert werden, da sie das Vermittlungsorgan neutralisieren, durch das sich die Großmächte der effektiven Verwaltung der Finanzangelegenheiten versichern, wofür sie die Verantwortung in Ägypten übernommen haben.“¹⁵¹

In London trafen Colvins Empfehlungen zu einem Zeitpunkt ein, da sich die britische Regierung über den in Zukunft in Ägypten zu verfolgenden Kurs ziemlich unschlüssig war. Selbst Granville, der sich harten Entscheidungen gerne entzog und es vorzog, Probleme sich selbst lösen zu lassen¹⁵², war sich seit Anfang Dezember darüber im klaren, dass „irgendetwas“ in Hinblick auf Ägypten getan werden müsse.¹⁵³ Im Gegensatz etwa zu seinem Staatssekretär Dilke, der eine europäische militärische Intervention in Ägypten über kurz oder lang für unausweichlich hielt¹⁵⁴, hatte er jedoch keinerlei strategische Vorstellungen darüber, mit welchen Zielen und mit welchen Mitteln er in Ägypten aktiv werden sollte. Anfang Januar war dann aber eine Entscheidung kaum mehr aufzuschieben. Gambetta, der Ende November 1881 Ministerpräsident in Frankreich geworden war, drängte auf ein aktiveres britisch-französisches Vorgehen gegen die ägyptische Nationale Partei. Am 2. Januar, am gleichen Tag, als auch Colvins Memorandum in London eintraf, übermittelte er Granville den Entwurf einer diplomatischen Note, in der Großbritannien und Frankreich ihre absolute Entschlossenheit dartun sollten, den internen und externen Status Quo in

Ägypten zu wahren. Darunter sollten vor allem die „souveräne“ Stellung des Vizekönigs und die bestehenden Kompetenzen der Doppelkontrolle verstanden werden. Granville und Gladstone, den Granville zu Rate zog, waren nicht ganz glücklich mit diesem Entwurf, der ihrer Meinung nach zu wenig Raum für Kompromisse ließ und die zukünftigen britisch-französischen Handlungsmöglichkeiten in Ägypten zu stark einengte. „Die Forderung der Kammer, Einflussmöglichkeiten auf den nicht festgeschriebenen Teil der Staatseinnahmen zu erhalten, ist auf den ersten Blick nicht unbillig“, meinte Gladstone noch eine Woche später.¹⁵⁵ Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen gehörte immerhin zu jenem geheiligten Kanon liberaler Prinzipien, mit deren Propagierung Gladstone eben erst den überwältigenden Wahlsieg von 1880 errungen hatte. Gladstone und Granville bestanden daher auf der Einfügung eines Zusatzes, dass die britische Regierung mit der Zustimmung zu dieser Note sich nicht schon zu einem bestimmten Kurs in ihrer Ägyptenpolitik verpflichte. Unter dieser einschränkenden Voraussetzung empfahlen sie jedoch am 4. Januar 1882 dem Kabinett die Zustimmung zu dem französischen Entwurf. Die Zwänge, unter denen Gladstone und Granville ihre Skrupel glaubten schlucken zu müssen, beschrieb Granville einige Tage später, als er – mit Formulierungshilfe Gladstones – dem britischen Generalkonsul in Ägypten fast entschuldigend schrieb: „Die Regierung Ihrer Majestät wünscht nicht, sich auf den vollständigen oder fortwährenden Ausschluss der Notablenkammer von der Einflussnahme auf dem Staatshaushalt festzulegen. In Anbetracht der finanziellen Interessen, in deren Vertretung die Regierung Ihrer Majestät gehandelt haben, ist jedoch Vorsicht bei der Auseinandersetzung mit diesem Problem geboten.“¹⁵⁶ Weitere Diskussionen zwischen dem Außen- und dem Finanzministerium, bei dem Rivers Wilson als Ägypten-Experte eine führende Rolle spielte, überzeugten den Außenminister schließlich davon, dass die getroffene Entscheidung richtig gewesen sei. „Vor meiner Abreise aus Walmer erhielt ich ein von Tenterden und Rivers Wilson verfasstes Memorandum zu den Vorschlägen der Notabeln in bezug auf das Budget“, schrieb er am 15. Januar an Gladstone. „Es zeigte eindeutig, dass sich diese in Widerspruch

zu den Vertragsbestimmungen befinden. Ich habe es sofort abgeschickt und hoffe, Du erhältst es noch vor dieser Notiz – ich schlage also vor, an Lyon (den britischen Botschafter in Paris, T. B.) zu telegraphieren, falls Du Deine Zustimmung telegraphierst: Die Regierung Ihrer Majestät stimmt mit Mr. Gambetta darin überein, dass sie sich mit dem Vorschlag der Notabeln – zumindest in seiner gegenwärtigen Form – nicht einverstanden erklären kann, obwohl in ihm Punkte möglicher späterer Übereinstimmung enthalten sein mögen. Sir E. Malet ist angewiesen worden, zusammen mit dem französischen Repräsentanten Cheriff Pasha (den Vorsitzenden des ägyptischen Ministerrates, T. B.) in seinem Widerstand zu unterstützen.“¹⁵⁷

Zum zweiten Mal innerhalb von drei Jahren hatte damit die britische Regierung sich bei untereinander abweichenden Empfehlungen ihres diplomatischen Vertreters in Ägypten, des Generalkonsuls und des britischen Finanzvertreters, der die Interessen der Gläubiger zu wahren hatte, die Vorschläge des Finanzvertreters zu eigen gemacht.¹⁵⁸ Der Generalkonsul Malet hatte sich nämlich wie sein Vorgänger Vivian im Konflikt mit Rivers Wilson über die politische Stellung des Vizekönigs für ein diplomatischeres Vorgehen der Repräsentanten in Ägypten ausgesprochen. Im Gegensatz zu Colvin hatte er empfohlen, der Delegiertenkammer das verlangte begrenzte Budgetrecht einzuräumen. „Eine Intervention wird nicht zu vermeiden sein“, warnte er Granville, „falls wir uns weiterhin weigern, der Kammer das Budgetrecht zu gewähren.“¹⁵⁹ Mit einer derartigen Intervention werde sich die britische Regierung aber zum Handlanger der Bondholder machen: „Ich persönlich empfinde großen Widerwillen gegen einen Krieg im Interesse der Gläubiger“, ließ er Granville wissen, „der die gewaltsame Niederschlagung der ersten Versuche eines mohammedanischen Landes mit einer parlamentarischen Regierungsform zum Ergebnis haben würde.“¹⁶⁰

Inzwischen kamen diese Warnungen aber zu spät. Das britische Kabinett hatte am 4. Januar dem französischen Entwurf einstimmig zugestimmt.¹⁶¹ Als „Identische Note“ wurde er am 8. Januar in Ägypten veröffentlicht.¹⁶² Damit war objektiv, wenn auch noch nicht ganz klar im Bewusstsein aller

Beteiligten, über eine schließliche europäische Intervention in Ägypten entschieden. Die Identische Note verengte den Handlungsspielraum der britischen Regierung auf die Alternative von völligem Rückzug aus Ägypten und militärischem Engagement. Damit war aber eine Entscheidung gefallen. „Vom Augenblick der Verabschiedung der Doppelnoten war eine ausländische Intervention kaum noch zu vermeiden“, kommentierte Cromer später.¹⁶³ Somit verlieren auch die Diskussionen innerhalb des dreipoligen britischen Entscheidungszentrums von Kabinett, Staatssekretärausschuss für ägyptische Fragen (dem auch Rivers Wilson angehörte)¹⁶⁴ und den „men on the spot“¹⁶⁵ in Ägypten zwischen Januar und Juli 1882 an Bedeutung, da sie auf einem prinzipiellen Konsens über die Notwendigkeit irgendeiner Form militärischer Intervention in Ägypten basierten und Meinungsverschiedenheiten nur über die detaillierte Form dieser für notwendig gehaltenen Intervention entstanden.¹⁶⁶ Während dabei zunächst die beiden Hauptmöglichkeiten in einer gemeinsamen britisch-französischen Okkupation bzw. einer türkischen Intervention mit europäischem Mandat und unter britisch-französischer Kontrolle im Verlauf des Frühsommers 1882 zunehmend eine Intervention allein durch britische Truppen, so dass schließlich offizielle britische Angebote an andere Nationen, sich einer britischen Intervention in Ägypten anzuschließen, nur noch der Form halber abgegeben wurde.

In ihren Entscheidungen stand die britische Regierung dabei spätestens seit dem 31. Januar 1832 unter keinem Druck ausländischer Regierungen, die London hätten zwingen können, eine aggressive Ägyptenpolitik zu verfolgen, um einer ausländischen Intervention zuvorzukommen.¹⁶⁷

Gambetta, von dem als einzigem der europäischen Regierungschefs eine solche Gefahr hätte drohen können, stürzte Ende Januar. Sein Nachfolger de Freycinet lehnte aus innenpolitischen Gründen jede Beteiligung an einer militärischen Operation in Ägypten ab.¹⁶⁸ Schon während der Regierungszeit Gambettas jedoch war Granville davon ausgegangen, dass Frankreich nicht ernstlich vorhabe, Ägypten allein zu besetzen, und hatte diese Einschätzung als Druckmittel gebraucht, um Gambetta zur Akzeptierung der von ihm

bevorzugten Form einer türkischen Intervention unter britisch-französischer Kontrolle zu bringen. „Ich glaube nicht“, meinte er gegenüber Gladstone, „dass er (Gambetta, T. B.) den verzweifelten Schritt unternehmen wird, uns mit einer französischen Intervention zuvorzukommen, und halte es für wünschenswert, ihn wissen zu lassen, dass wir gegen eine gemeinsame Intervention sind und leichte Präferenzen für eine türkische Unterstützung besitzen.“¹⁶⁹

„In Kairo schlug die Doppelnote wie eine Bombe ein“, beschrieb John Morley später die Wirkung der Identischen Note auf die ägyptischen Nationalisten.¹⁷⁰ Diese betrachteten sie nicht nur als Ankündigung, „dass der Vizekönig noch offenkundiger zur Marionette Englands und Frankreichs werden würde“,¹⁷¹ sie sahen sie vor allem als Brüskierung der Delegiertenkammer und als Provokation der gesamten ägyptischen nationalen Bewegung, da sie mehr oder weniger offen für Ägypten das gleiche Schicksal anzudeuten schien, wie es Tunis eben erst erfahren hatte. Wenn das aber die Absichten der europäischen Regierungen waren, mussten in ägyptischen Augen alle offiziellen Erklärungen über ihre friedlichen Absichten als Augenwischerei betrachtet werden. Und statt sich auf unfruchtbare Verhandlungen darüber einzulassen, ob zwischen den Zielen der europäischen Regierungen und denen der Delegiertenkammer noch ein Kompromiss gefunden werden könne, sei es wichtiger, folgerten Arabi und seine Anhänger, sich auf den Widerstand gegen die unvermeidliche europäische Invasion vorzubereiten.¹⁷² Die gleiche Erwartung einer europäischen militärischen Intervention hegten, nur mit entgegengesetzten Folgerungen, die Vertreter Großbritanniens in Ägypten. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass dem Generalkonsul Malet dies zunächst ein politisches Ergebnis schien, das auf alle Fälle vermieden werden musste. Die Identische Note hatte ihm jedoch nicht nur gezeigt, dass die Regierung in London offenbar von der von ihm vertretenen Politik einer informellen Einflussnahme auf die ägyptische nationale Bewegung wenig hielt. Mit ihrer in ägyptischen Ohren provozierenden Sprache hatte sie eine derartige Politik auch objektiv unmöglich gemacht. „Die Frage ist zu

entscheiden“, musste Malet einsehen, „ob es unseren Interessen abträglicher ist, unseren Einfluss langsam zu verlieren und Zollverwaltung, Häfen, Telegraphensystem usw. in kleinen Schritten in einheimische Hände zurückkehren zu sehen oder eine gewaltsame Lösung auf der Grundlage des Status Quo zu bevorzugen; beide Alternativen sind schlecht genug“. ¹⁷³ Unter diesen Umständen hielt Malet es jedoch für seine Pflicht, sich entgegen seiner ursprünglichen Überzeugung dem Konfliktkurs, wie ihn die britische Regierung ganz offenbar steuerte, anzuschließen und Colvins Bemühungen um eine Zerschlagung der nationalen Bewegung notfalls durch militärische Gewalt zu unterstützen. „Die Finanzfrage wurde im Augenblick die Hauptfrage“, so entschuldigte er sich später, indem er auf die Kompetenzverteilung zwischen dem Generalkonsul und dem Finanzkontrolleur führen zu lassen ... Sir Aucklands (Colvin, T. B.) Pflicht war die Aufrechterhaltung der Kreditwürdigkeit des Landes, und meine Pflicht war es, mich in bezug auf die finanzielle Seite der Frage durch seinen Rat führen zu lassen.“ ¹⁷⁴

Colvin und in seinem Schlepptau Malet richteten somit ab Februar 1882 ihre Bemühungen darauf, eine britische Intervention in Ägypten herbeizuführen. Nach Malets Ansicht war das wichtigste Problem dabei, einen geeigneten Anlass für eine derartige Intervention zu finden. Er empfahl daher zunächst seiner Regierung, sich mit weiteren offiziellen Protesten gegen die Ansprüche der Delegiertenkammer zurückzuhalten und stattdessen auf das unvermeidliche administrative Chaos zu warten, in dem die Neuordnung der Kompetenzen innerhalb der ägyptischen Regierung seiner Meinung nach enden musste. „Falls der Beschluss gefasst wurde, dass der gegenwärtige Zustand nicht andauern dürfe“, erklärte er Granville diese Taktik, „wäre es notwendig, eine Besetzung des Landes seiner Reorganisation vorausgehen zu lassen. Es wäre jedoch klug, das Experiment eindeutig scheitern zu lassen, bevor zu einer solchen Maßnahme geschritten wird. Denn nur sehr klare Gründe können die Unterdrückung der Versuche eines Landes, sich selbst zu regieren, rechtfertigen.“ ¹⁷⁵ Gleichzeitig verlegten er und Colvin sich darauf, der Regierung in London und der britischen Öffentlichkeit ein

düsteres Bild von den politischen und ökonomischen Zuständen in Ägypten zu malen. Dabei kam ihnen sehr zustatten, dass sie nicht nur die wichtigsten Informationen über die Lage in Ägypten an die Regierung in London lieferten, sondern auch großen Einfluss auf die Art der Information besaßen, welche die britische Öffentlichkeit aus Ägypten erreichte. Anfang der 1880er Jahre berichteten nur zwei britische Zeitungen sowie zwei Nachrichtenagenturen direkt aus Kairo. Der Korrespondent der einen Zeitung, der „Pall Mall Gazette“, war Colvin selbst. Er schrieb außerdem auch häufig für das andere Blatt, die „Times“. Der reguläre Korrespondent der „Times“ war ein britischer Kaufmann in Ägypten, der natürlich ein starkes Interesse an einer Fortsetzung des britischen Engagements in Ägypten haben musste. Reuters und Havs, die beiden Nachrichtenagenturen, hatten ihre eigenen Korrespondenten, wurden aber von der Finanzkontrolle finanziell unterstützt.¹⁷⁶

Beide ihnen offenstehenden Möglichkeiten der Informationsvermittlung nutzten Colvin und Malet im Frühjahr fast pausenlos aus, um der britischen Regierung und der britischen Öffentlichkeit ihre Interpretation der Lage in Ägypten zu vermitteln. Typisch dafür etwa ist Colvins Kommentar in der „Pall Mall Gazette“ vom 13. März 1882, in dem er rhetorisch fragte: „Die Finanzkontrolleure garantieren die ordnungsgemäße Zahlung der Dividenden an die europäischen Gläubiger. Doch wie lange können sie für Zahlungen eines Schatzamtes garantieren, das sie nicht kontrollieren?“¹⁷⁷ An die britische Regierung schrieb er am gleichen Tag: „Das eigentliche Objekt der Finanzkontrolle ist es, durch Einflussnahme auf die allgemeine Verwaltungsführung jene Finanzkrisen zu vermeiden, unter denen die Gläubiger unweigerlich leiden werden, selbst wenn bestimmte Einnahmen für den Schuldendienst festgeschrieben würden.“¹⁷⁸ Dass die Ankündigung eines in Ägypten unmittelbar bevorstehenden Finanzchaos, die den Hauptinhalt von Colvins und Malets Berichten ausmachte¹⁷⁹, zumindest übertrieben war, zeigten die weitaus optimistischeren Berichte des französischen und des deutschen Konsuls. In Malets Worten sah sein französischer Kollege „alles couleur de rose und erblickte keinen Grund für

eine Intervention irgendwelcher Art¹⁸⁰, während der deutsche Konsul am 30. April nach Berlin vom reibungslosen Funktionieren der ägyptischen Verwaltung, einem Überschuss in der „Caisse“ und der peinlichen Beachtung aller ausländischen Rechte und internationalen Verpflichtungen berichtete.¹⁸¹ Über ihre unterschiedliche Beurteilung der Lage in Ägypten gerieten die europäischen Konsuln schließlich mit Malet in offenen Konflikt. Im Juni 1882, als sich die Lage weiter zugespitzt hatte, hielten der deutsche und der österreichische Konsul Malets Anwesenheit im Land für so provokativ, dass sie seine sofortige Abberufung forderten.¹⁸²

Entgegen der fortgesetzten Ankündigung Malets und Colvins ließ jedoch der finanzielle Zusammenbruch der ägyptischen Regierung auf sich warten, obwohl die Kammer mittlerweile ein begrenztes Mitspracherecht bei der Aufstellung des ägyptischen Budgets erhalten und vom Vizekönig die Entlassung des als europafreundlich geltenden Vorsitzenden des Ministerrates und die Ernennung Arabis zum Kriegsminister erzwungen hatte.¹⁸³ Anfang Mai kam Malet daher zu der Einsicht, dass es möglicherweise empfehlenswerter wäre, statt auf den Zusammenbruch der ägyptischen Regierung zu warten, diese für ihn ohnehin unvermeidliche Entwicklung aktiv zu beschleunigen. „Ich glaube, dass eine Komplikation ernster Natur auftreten muss, bevor eine befriedigende Lösung der ägyptischen Frage erreicht werden kann“, informierte er Granville über seine neue Strategie, „und dass es klüger wäre, sie zu fördern, statt zu versuchen sie aufzuschieben, da es immer schwieriger wird, die üblen Folgen der Misswirtschaft zu beseitigen, je länger diese andauert.“¹⁸⁴ Es dauerte immerhin noch zwei Monate, bis die Strategie der Provozierung eines Anlasses für eine militärische Intervention von der britischen Regierung übernommen wurde. Den letzten Ausschlag dazu gaben antieuropäische Unruhen in Alexandria am 11. Juni, in deren Verlauf etwa 50 Europäer, die meisten von ihnen Griechen, umkamen. Während der französische Ministerpräsident die Unruhen als „zufällige Vorkommnisse, die gelegentlich in Hafenstädten eintreten, in denen Menschen aus verschiedenen Ländern zusammengepfercht sind“¹⁸⁵, kommentierte und sie daher wie die

Regierungen in Wien und Berlin nicht den ägyptischen Nationalisten zur Last legen wollte, waren sie für die wachsende Zahl der „Falken“ im britischen Kabinett der endgültige Beweis für die in Ägypten nach der Erschütterung der legalen Autorität durch die nationale Bewegung herrschende Anarchie.¹⁸⁶ Das Chaos, das Colvin und Malet schon seit Monaten angekündigt hatten, schien endgültig augenfällig. Die Konsularberichte aus Ägypten, die bislang schon ein düsteres Bild der Lage gezeichnet hatten, wurden noch einen Ton schriller. Am 26. Juni 1882 schrieb Cartwright, der Malet vorübergehend abgelöst hatte, an das britische Außenministerium: „Das dem Land angetane finanzielle und kommerzielle Unrecht wird bald nicht mehr gutzumachen sein. Die Einkünfte aus der Landsteuer fallen schnell und die Zoll- und Eisenbahneinnahmen werden bald eine beträchtliche Abnahme aufweisen. Die Zahlung der Schuldraten für Oktober und November gibt Anlass zur Beunruhigung; und neue kurzfristige Schulden entstehen durch die angestiegenen Militärausgaben in Verbindung mit fallenden Einnahmen. Der Handel des Landes steht still ... Das Ziel (einer Intervention, T. B.) ist es nun nicht mehr länger, den Vizekönig von Arabi Pasha und der Militärpartei zu befreien, sondern die Finanzen und den Handel des Landes vorm Untergang zu retten.“¹⁸⁷

Was das britische Kabinett in dieser Situation noch von einer eindeutigen Entscheidung für ein militärisches Vorgehen abhielt, waren die anhaltenden Differenzen über die Details einer solchen Intervention. Granville und Gladstone waren immer noch entschieden gegen den Plan Harcourts und Hartingtons¹⁸⁸ einer gemeinsamen britisch-französischen Besetzung des Landes, den diese schon im Januar vertreten hatten.¹⁸⁹ Sie hofften immer noch, die französische Zustimmung zur Entsendung einer türkischen Armee nach Ägypten zu erhalten. Die Schwierigkeiten des britischen Kabinetts, eine Entscheidung zu treffen, wurden verstärkt durch die Botschafterverhandlungen¹⁹⁰, die seit dem 23. Juni in Konstantinopel stattfanden. Das Ziel der britischen Regierung auf dieser Konferenz, ein europäisches Mandat für die Entsendung türkischer Truppen nach Ägypten zu erhalten, wurde jedoch zunächst verhindert durch die türkische

Weigerung, an der Konferenz teilzunehmen. Die restlichen Teilnehmer der Konferenz beurteilten die Lage in Ägypten auch bei weitem nicht so kritisch wie die Briten. „Auf der Konferenz herrscht die Vorstellung“, klagte Cartwright, „dass Rhagheb Paschas (der neue Vorsitzende des Ministerrates, T. B.) Ministerrat befriedigend arbeitet, dass Arabis Einfluss abnimmt und dass Reformmaßnahmen nicht länger notwendig sind.“¹⁹¹ Unter diesen Umständen aber maß die Regierung in London den Verhandlungen in Konstantinopel nur noch wenig Wert bei, Gladstone rechnete im Grunde schon Anfang Juli damit, dass sie ohne Ergebnis bleiben würde.¹⁹²

Wie alle Teilnehmer hatte auch die britische Regierung vor Beginn der Konferenz eine offizielle Versicherung abgegeben, keine territorialen Vorteile in Ägypten zu suchen.¹⁹³ Das hinderte sie allerdings keineswegs daran, mit der Mitte Juni begonnenen geheimen Vorbereitung für militärische Operationen in Ägypten fortzufahren.¹⁹⁴ Sie hatte offenbar auch keine Skrupel, Anfang Juli den Admiral des kleinen vor Alexandria liegenden Schwadron, der schon seit Februar ungeduldig auf einen Einsatz gewartet hatte¹⁹⁵, zu beauftragen, der ägyptischen Regierung ein Ultimatum für die Demontage der Artilleriegeschütze im Hafen von Alexandria zu stellen. Die Weigerung der ägyptischen Militärs, auf das Ultimatum einzugehen, war der von Malet lange herbeigesehnte Vorwand zum Einsatz militärischer Gewalt.¹⁹⁶ Zur „Selbstverteidigung“, wie die offizielle Begründung hieß, eröffneten die britischen Schiffe am Morgen des 11. Juli das Feuer. Am Mittag des nächsten Tages stand ganz Alexandria in Flammen.¹⁹⁷

Die endgültige Entscheidung des britischen Kabinetts für eine Intervention in Ägypten fiel am 20. Juli. Granville war mittlerweile zu der Überzeugung gekommen, dass die Regierung in Paris keine Unterstützung gekommen, dass die Regierung in Paris keine Unterstützung in der französischen Kammer für eine militärische Expedition nach Ägypten bekommen würde. Er konnte daher jetzt davon ausgehen, dass es auf keinen Fall zu einer gemeinsamen britisch-französischen Aktion in Ägypten kommen werde.

Dies hatte er unbedingt vermeiden wollen, wie er privat bekannte: „Mich beunruhigt fürchterlich der Gedanke, Ägypten militärisch und politisch zusammen mit den Franzosen zu besetzen“, schrieb er noch am 22. Juli.¹⁹⁸ Nachdem diese Möglichkeit nun aber ausgeräumt war, schloss er sich in der Kabinettsitzung vom 20. Juli der Gruppe um Harcourt und Hartington an, die für die sofortige Aufstellung eines Expeditionsheeres plädierten.¹⁹⁹ Mit Granvilles Meinungsumschwung konnten sich die „Falken“ endgültig durchsetzen. Bright trat zwar aus Protest zurück²⁰⁰, und Gladstone hatte immer noch Bedenken. Als aber am 23. Juli die Franzosen – wie erwartet – endgültig die Teilnahme an einer gemeinsamen Militärexpedition ablehnten, konnte auch er sich der Logik der Ereignisse nicht mehr entziehen. Der Form halber hatte die britische Regierung neben Frankreich auch noch Italien aufgefordert, sich an der Ägyptenexpedition zu beteiligen. Auch dieses Angebot war jedoch keineswegs ernst gemeint. „Wir haben die Italiener gebeten, sich uns anzuschließen“, schrieb Granville an Lyons, „aber wir haben sie nicht gedrängt. Auch sie werden versuchen, sich bitten zu lassen und damit zuviel Zeit verlieren. Ich habe zu Menabrea (dem italienischen Botschafter in London, T. B.) gesagt, dass ich die Operationen nicht aufschieben könne. Ich hoffe, sie sagen ab; ich persönlich war noch niemals für das Angebot, aber die Argumente dafür schienen zu überwiegen, und Du hast auch keine Einwände erhoben.“²⁰¹ Die Italiener lehnten erwartungsgemäß ab, und Granville war sehr erleichtert: „Ich habe gerade von Menabrea die Absage erhalten, über die ich hoch erfreut bin. Wir haben das Richtige getan: wir haben unsere Bereitschaft gezeigt, andere zu beteiligen und haben dennoch nicht die Last eines Partners.“²⁰²

Während in Großbritannien und Indien die militärischen Vorbereitungen in vollem Gang waren, musste eine letzte diplomatische Schwierigkeit aus dem Wege geräumt werden. Der türkische Sultan, der sich so lange geweigert hatte, an der Botschaftskonferenz in Konstantinopel teilzunehmen, erklärte sich plötzlich Ende Juli bereit, Truppen nach Ägypten zu schicken, um die Nationalisten niederzuwerfen. Obwohl dies die Lösung war, die ein Teil des britischen Kabinetts, vor allem Gladstone und Granville, seit langem verfolgt

hatte, wollte jetzt niemand mehr davon etwas wissen. Der Sultan wurde sogar offiziell gewarnt, dass auf jedes türkische Schiff, das sich ägyptischen Gewässern näherte, von britischer Seite das Feuer eröffnet werde. „Die Entscheidungen fielen zu schnell für die türkische Politik“, kommentierte Dilke bissig, „und gerade als es ihm (dem britischen Botschafter in Konstantinopel, T. B.) gelungen war, die Türken zur Entsendung von Truppen zu bewegen, war es bereits so sehr zu spät, dass wir ihnen mitteilen mussten, wir würden sie versenken, falls sie tatsächlich gingen – die Türken waren daher ohne Zweifel leicht verwirrt über unsere eigentlichen Wünsche.“²⁰³

Befragt über die Motive ihrer Ägyptenpolitik, verwies die britische Regierung seit der Entscheidung zur Intervention am 20. Juli fortwährend auf die strategische und kommerzielle Bedeutung des Suezkanals für Großbritannien.²⁰⁴ Dies war jedoch nur die halbe Wahrheit. In seiner Debatte mit Gladstone über die Bedeutung Ägyptens für Großbritannien hatte Dicey 1877 zwei Ansichten darüber unterschieden, welcher Art die britischen Interessen in Ägypten seien. Nach Dicey²⁰⁵ gäbe es zum einen die Ansicht, dass Großbritannien in Ägypten nur die traditionellen Ziele seiner Überseepolitik, die Sicherung der Möglichkeit friedlichen kommerziellen Verkehrs, vertreten solle; während andere demgegenüber die Meinung vertraten, dass Ägypten wegen seiner geographischen Lage auf dem kürzesten Seeweg nach Indien von besonderer Bedeutung für Großbritannien sei. Gladstone wurde von Dicey ausdrücklich als Vertreter jener ersteren Ansicht genannt. Tatsächlich hatte er seit langem die Ansicht vertreten, dass die Existenz des Suezkanals kein Grund sein könne, Ägypten zu annektieren, da die wichtigste Verbindungslinie nach Indien immer noch die Kaproute sei und im übrigen im Kriegsfall der Kanal leicht durch die britische Flotte gesichert werden könne.²⁰⁶ Im Juli 1882 hatte er seine Ansicht keineswegs geändert.²⁰⁷ Er formulierte daher die Ziele der britischen Ägyptenpolitik ganz ohne Bezug auf den Suezkanal: „Es ist wohlbekannt, dass unsere Ziele in der allgemeinen Aufrechterhaltung aller etablierten Rechte in Ägypten bestehen, seien es die des Sultans, die des

Vizekönigs oder die der Gläubiger.“²⁰⁸ Diese Rechte aber, von denen am Ende nur die der Gläubiger gesichert wurden, sah Gladstone durch die angeblich in Ägypten herrschende Anarchie bedroht. So musste es auf jeden Fall auf Grund der einlaufenden Konsularberichte scheinen. Anarchie und Chaos bedrohen aber auch die Möglichkeit jedweden geordneten Geschäftsverkehrs und das Eigentum und selbst das Leben aller Europäer in Ägypten. An der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Land mussten daher alle europäischen Nationen ein Interesse haben, und gerade deswegen hatte sich Gladstone, für den „Bankrott eines der größten politischen Verbrechen“²⁰⁹ war, seit Herbst 1881 bemüht, für eine eventuelle militärische Intervention in Ägypten ein europäisches Mandat zu erhalten.²¹⁰ Diese Argumentation wurde von dem britischen Vertreter bei der Eröffnungssitzung der Konferenz in Konstantinopel nochmals geschlossen vorgetragen: „Als Folge (der Revolte in Ägypten, T. B.) ist die Verwaltung des Landes zusammengebrochen“, erklärte er. „Der normale Geschäftsverkehr steht still; die Bauern, die keine Käufer mehr für ihre Produkte finden, sind nicht in der Lage, die Landsteuer zu bezahlen, und die ägyptischen Staatseinnahmen sinken. Dieser Zustand hat zur äußersten Gefährdung jener Handelsinteressen geführt, die für die Untertanen aller Großmächte von so großer Bedeutung sind. Darüber hinaus sind die besonderen Vereinbarungen, welche die Regierungen Frankreichs und Englands mit Ägypten geschlossen hatten, widerrufen worden; die zu ihrer Ausführung berufenen Beamten wurden von der Kontrolle, zu deren Ausübung sie berechtigt waren, ausgeschlossen, und das System zu funktionieren begonnen hatte, ist über den Haufen geworfen worden. Doch diese Entwicklungen stellen nur einen Teil der beklagenswerten Situation dar, der die Beunruhigung Europas hervorgerufen hat. Nicht nur der Gläubiger hat großen Schaden erlitten. Das Leben und das Eigentum eines jeden einzelnen Europäers sind in Gefahr ...“ Der Botschafter schloss seine Ausführungen mit der rhetorischen Frage: „Können die europäischen Mächte das Andauern eines solchen Zustandes in einer Gegend dulden, zu der sie so bedeutende Handelsbeziehungen besitzen, wo so viele ihrer

Untertanen leben und dessen Ruhe so notwendig für den allgemeinen Frieden ist?“²¹¹

Es waren also auch im Sommer 1882 immer noch zwei verschiedene Ziele, „welche die britische Regierung in Ägypten verfolgte. In Ägypten schien nicht nur der Suezkanal bedroht, sondern auch die Möglichkeit von ungehindertem Handel und von Kapitalinvestitionen, deren Sicherung ein traditioneller Angelpunkt der britischen Außenpolitik war. „Ihr Wunsch ist“, fasste Granville diese zwei Ziele der britischen Regierung zusammen, „dass die Schifffahrt durch den Suezkanal frei und ungehindert bleibt, dass Ägypten, ohne unter den vorherrschenden Einfluss einer einzelnen Großmacht zu geraten, gut und ruhig regiert wird, dass internationale Vereinbarungen eingehalten werden und dass die britischen kommerziellen und finanziellen Interessen, die sich in Ägypten herausgebildet haben, angemessenen Schutz erhalten und keinen Ausschreitungen ausgesetzt sind – ein Prinzip, das nicht nur in Ägypten anwendbar ist, sondern wesentliche Bedeutung für unsere nationalen Interessen in allen Teilen der Welt besitzt.“²¹² Die Bedrohung auch nur eines dieser Interessen hätte schon einen Interventionsgrund bedeutet. „Die betroffenen Finanzinteressen waren so bedeutend, und das Risiko, dass finanzielle Unordnung zur Anarchie führen würde, so beträchtlich, dass möglicherweise irgendeine Form bewaffneter Intervention letztlich unvermeidlich gewesen wäre“, glaubte selbst Cromer.²¹³ Zusammengenommen begründete die Bedrohung des Suezkanals und der britischen Interessen in Ägypten einen Zwang zur Intervention, dem sich auch ein antichauvinistisches liberales Kabinett nicht entziehen konnte.

5 Zusammenfassung und Ergebnis

In den vorangegangenen beiden Kapiteln wurde gezeigt, dass sich die in Abschnitt 2.3. aufgestellten Hypothesen über die Ursachen und Motive der britischen Besetzung Ägyptens im Herbst 1882 empirisch bestätigen lassen. Der in diesen Kapiteln dargelegte Gedankengang soll an dieser Stelle nochmals kurz zusammengefasst werden. Anschließend soll auf die Frage eingegangen werden, welche Folgerungen aus den gewonnenen empirischen Ergebnissen für den analytischen Wert der im zweiten Kapitel dargestellten Beiträge zur historischen Imperialismuskussion gezogen werden können.

Die vorstehend verfochtene Hauptthese lautete, dass die 1882 etablierte Form politischer Abhängigkeit Ägyptens sich schrittweise aus der ökonomischen Abhängigkeit des Landes von Westeuropa entwickelte: Viermal zwischen 1875 und 1882 ließ sich ein Ablaufmuster von „Krise“, die sich aus der Struktur der ökonomischen Beziehung zu Westeuropa ergab, und „Lösungsversuch“ durch die Regierung in London, der jedes Mal den Kern einer neuen Krise schon in sich trug, erkennen. 1875/76 war es der rapide Verfall der ägyptischen Staatsfinanzen und die daraus resultierende Zahlungsunfähigkeit, die zur Sondermission Caves und zu dem von den Regierungen in London und Paris abgesehenen aktiven Eingreifen der europäischen Gläubiger in Ägypten führten. Das Ergebnis war die Errichtung der Ersten (informellen) Doppelkontrolle, einer „Zwangsschuldenverwaltung“¹ Ägyptens durch England und Frankreich. Der Mechanismus indigener Kollaboration des Vizekönigs, durch den sich Großbritannien und Frankreich bis dahin der Durchsetzung ihrer Interessen in Ägypten versichert hatten, wurde damit durch eine allerdings noch „verschleierte europäische Kolonialherrschaft“² abgelöst. Die Mängel des Abkommens vom November 18676 in Zusammenhang mit der sich weiterhin verschlechternden wirtschaftlichen Lage in Ägypten ließen die

Organisationsform einer inoffiziellen europäischen Kontrollkommission jedoch alsbald scheitern. Sie wurde ersetzt durch die neue Institution zweier europäischer Minister an entscheidender Stelle in einem ägyptischen Ministerrat sowie durch die Einsetzung einer neuen Untersuchungskommission, in der die britische Regierung jetzt auch offiziell repräsentiert war. Auch diesem institutionellen Experiment war jedoch kein Erfolg beschieden, da der ägyptische Vizekönig seine Unterstützung versagte. Die Krise des Kollaborationsmechanismus suchten die britische und französische Regierung zunächst durch den Wechsel des Kollaborationspersonals zu lösen; Ismail wurde durch seinen Sohn Tewfiq ersetzt. Ergänzt wurde dieser Lösungsversuch durch das Wiederaufleben der Institution der Doppelkontrolle, die nunmehr auch offiziell von den beiden europäischen Regierungen sanktioniert wurde. Es sollte sich jedoch herausstellen, dass in Ägypten eine Zwischenform zwischen informeller und formeller europäischer Herrschaft nicht möglich war. Unter den Bedingungen des Entstehens einer ägyptischen nationalen Bewegung war Salisburys Versuch, wieder als Drahtzieher in das Dunkel hinter der Bühne zu verschwinden, nachdem beide Regierungen erst einmal so sichtbar im Spiel selbst aufgetaucht waren, zum Scheitern verurteilt. Der häufige Hinweis der liberalen Regierung Gladstone, dass die Richtung ihrer Ägyptenpolitik durch die von ihren konservativen Vorgängern im Sommer 1879 getroffenen Entscheidungen weitgehend vorherbestimmt gewesen sei³, war daher nicht ohne Berechtigung. Die britische Ägyptenexpedition 1882 diente der Verteidigung des 1879 etablierten faktischen britisch-französischen Protektorats gegen die ägyptischen Nationalisten. Das geschickte Taktieren der britischen Regierung und der Verlauf der militärischen Operationen hatten dabei zum Ergebnis, dass Großbritannien der Hauptnutznießer dieser Entwicklung wurde, da Frankreich als Schutzmacht Ägyptens nach 1882 völlig ausfiel.⁴

Es waren also die aus der ökonomischen Anbindung Ägyptens an Europa sich ergebenden Probleme, die als Ursache für den Übergang zu jeder neuen Stufe jeweils verstärkten offiziellen britischen Engagements in

Ägypten bestimmt werden können. Politische Ereignisse in Europa, etwa die Verhandlungen auf dem Berliner Kongress 1878 oder der Regierungswechsel in Großbritannien 1880, beeinflussten die Entwicklung in Ägypten demgegenüber nur am Rande; keinesfalls aber bestimmten sie das Geschehen. Falls überhaupt ein einzelner Faktor als Ursache für den britischen Einmarsch in Ägypten benannt werden soll, dann war das die Entwicklung der Weltmarktpreise für Baumwolle zwischen 1860 und 1875. Ihr rapider Aufstieg 1860/65 bestätigte nicht nur endgültig die Vorherrschaft der Baumwolle in der ägyptischen Volkswirtschaft, sondern bildete auch die Voraussetzung für das Entstehen der ägyptischen Staatsschuld. Der nach 1865 einsetzende langandauernde Preisverfall⁵ bewirkte es dann, dass die ägyptischen Exporterlöse zurückgingen, wodurch auch die ägyptische Regierung in Zahlungsschwierigkeiten geriet. Die Entwicklung der Baumwollpreise konnte freilich nur unter der Voraussetzung so weitreichende Folgen haben, dass Ägypten schon in bestimmter Weise, nämlich als landwirtschaftliche Monokultur, and den Weltmarkt des 19. Jahrhunderts angeschlossen war.⁶ In dieser Sicht waren es die gleichen ökonomischen Triebkräfte: die – politisch durch Methoden informeller Herrschaftsausübung abgesicherte – wirtschaftliche Expansion des britischen Kapitalismus, die Ägypten zunächst als agrarische Einheit in den arbeitsteiligen Weltmarkt des 19. Jahrhunderts eingliederte und dann langsam die ökonomische Basis untergrub, auf der das System informeller Kontrolle und Kollaboration beruhte. Der britische Einmarsch in Ägypten war schließlich ein Versuch, diesen Erosionsprozess aufzuhalten und durch die Substitution formeller für informelle Kontrolle eine neue Grundlage für die politische Sicherung wirtschaftlicher Interessen in Ägypten zu finden.

Der Transmissionsriemen, der dabei diese ökonomischen Strukturprozesse in Handlungen übersetzte, war der in Abschnitt 3.1.3 beschriebenen Konsens viktorianischer Politiker über die ökonomischen Bezüge von Außen- und Kolonialpolitik. Es konnte gezeigt werden, dass dieser Konsens auch ein wesentliches handlungsstiftendes Motiv der britischen Ägyptenpolitik war. Die Vermutung⁷, dass es der britischen Regierung in

Ägypten um das Prinzip freien Waren- und Kapitalverkehrs gegangen sei, hat sich daher als berechtigt erwiesen. Gerade weil dies ein allen entwickelten kapitalistischen Nationen der Zeit gemeinsames Interesse war - wie der britische Botschafter in Konstantinopel noch im Juni 1882 so eindringlich betonte⁸ -, bemühte sich Gladstone um ein Mandat des „europäischen Mächtekonzertes“ für eine Militärexpedition nach Ägypten. Weiterhin konnte gezeigt werden, dass das in der geschichtswissenschaftlichen Literatur so hervorgehobene Motiv der Sicherung des freien Durchgangsverkehrs durch den Suezkanal weitgehend eine Ausprägung des beschriebenen viktorianischen Konsenses war. Der Suezkanal, erläuterte die britische Regierung wiederholt, besaß große Bedeutung sowohl für den Welthandel im allgemeinen – der zu dieser Zeit weitgehend von Großbritannien dominiert war – als auch als Verbindungslinie mit dem britischen Empire in Indien.

Nur in dieser zweiten Funktion kann davon gesprochen werden, dass sein Schutz ein besonderes britisches Interesse darstellte, das Großbritannien nicht mit dem anderer entwickelter Länder teilte. Wie die Beschreibung der ökonomischen Bedeutung Indiens für die britische Volkswirtschaft in Abschnitt 3.1.2. gezeigt hat, wäre es jedoch völlig irreführend, dieses Interesse als strategisch-politisch, d. h. nichtökonomisch, zu beschreiben, wie das für die apologetischen Interpretationen von Cromer bis Robinson/Gallagher typisch ist. Schließlich entpuppte sich bei näherer Betrachtung der ebenfalls von Robinson/Gallagher so bemühte Verweis auf die aggressive Ägyptenpolitik Frankreichs, der sich die britische Regierung notgedrungen habe anschließen müssen, als eine der offiziellen Selbstdarstellung der zeitgenössischen britischen Regierung entnommene Schutzbehauptung.

Die hier vorgelegte Interpretation überschreitet damit die polemische Alternative von „bondholders“ und „Suezkanal“ als Kürzel für den möglichen Interessenbezug der britischen Ägyptenpolitik. Die im Rahmen dieser Alternative durchgeführten Untersuchungen haben sich allesamt als

historisch zu kurzatmig erwiesen. Nur eine von Robinson/Gallagher ironisierte „olympische Perspektive“⁹, die den 1840 einsetzenden Prozess der Eingliederung Ägyptens in das britisch dominierte System internationaler Arbeitsteilung erfasst und die Analyse der britischen Ägyptenpolitik nicht erst 1875 einsetzen lässt, erlaubt eine angemessene Interpretation der objektiven und subjektiven Faktoren, die den britischen Einmarsch in Ägypten verursachten.¹⁰ Gleichzeitig setzt sich die hier verfochtene These der Ableitbarkeit ökonomischer von politischer Abhängigkeit auch gegenüber Interpretationen ab, die diesen Zusammenhang personalistisch verkürzen. Einige der für die britische Ägyptenpolitik der 1870er und 1880er Jahre zentralen Figuren standen zwar auf der Grenze zwischen Wirtschaft und Politik. Rivers Wilson, der sich ohnehin in der merkwürdigen Position befand, als offizieller britischer Repräsentant einer Kommission anzugehören, die eine Regelung der Auseinandersetzungen zwischen dem ägyptischen Vizekönig und seinen Gläubigern ausarbeiten sollte, kam seine intime Freundschaft mit der Familie Rothschild sehr zustatten. Der Gläubigervertreter Goschen reiste mit dem Prestige eines ehemaligen Kabinettsmitgliedes und eines führenden liberalen Politikers nach Ägypten, um dort die Interessen der Gläubiger zu vertreten. Cromer vertrat als Schuldenkommissar zunächst die Interessen britischer Finanziers, ab 1883 als Generalkonsul dann die der britischen Regierung in Ägypten. Umgekehrt verlief Colvins berufliche Karriere. Doch wäre es verfehlt, aus diesen personellen Identitäten vorschnell Schlüsse zu ziehen, etwa in Form einer Agententhese oder Verschwörungstheorie. Stattdessen ging es hier um den Nachweis, dass die britische Ägyptenpolitik nur aus ökonomischen Systemzwängen erklärt werden kann und auf dem Hintergrund der säkularen Expansion des britischen Kapitalismus im 19. Jahrhundert gesehen werden muss, wie sie im Ergebnis ähnlich sowohl von strukturellen Imperialismustheorien marxistischer Provenienz als auch von der Theorie des Freihandelsimperialismus beschrieben wird. Nur innerhalb einer Analyse, in welcher der fundamentalen Bedeutung dieser wirtschaftlichen Expansion Rechnung getragen wird, können dann auch Überlegungen sinnvoll berücksichtigt werden, wie sie von Vertretern politischer oder

„exogener“ Imperialismustheorien vorgetragen worden sind. Britischer Kapitalexport nach Ägypten führte nicht automatisch zu politischer Herrschaft, sondern nur unter den spezifischen sozialen und politischen Verhältnissen der ägyptischen Peripherie; er war die notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung des Kolonialimperialismus.¹¹ Die erodierenden Effekte britischen Kapitalexportes auf das System informeller Kontrolle können als die objektiven Ursachen der britischen Invasion Ägyptens bezeichnet werden. Cromer hatte das wohl im Auge, als er davon sprach, dass „die Ursprünge der ägyptischen Frage ... finanzieller Natur“¹² gewesen seien. Die subjektive Ursache war demgegenüber die Struktur des viktorianischen „official mind“ mit seinem strategischen Imperativ der Sicherung britischer Wirtschaftsinteressen im Ausland. Diesem „official mind“ musste die Ankündigung von Anarchie und Chaos in Ägypten als ernste Bedrohung erscheinen. Die Gläubiger waren schließlich die Nutznießer der britischen Ägyptenpolitik, die sie jedoch nicht in einem direkten Sinne bestimmten. Ihre Investitionen in Ägypten schufen vielmehr erst jene politische Problemlagen, bei deren Lösung die britische Regierung dann auch im Interesse der Gläubiger handelte.

6 Anmerkungen

6.1 Anmerkungen zum 1. Kapitel

-
- 1 12.07.1882 Commons, PD (= Hansard`s Parliamentary Debates, 3rd series) 272, Sp. 167. vgl. Auch Lawsons Rede in derselben Debatte, Sp. 168ff. – soweit nicht anders angegeben, stammen alle Übersetzungen vom Verfasser.
- 2 14.07.1882, ebd., Sp. 173
- 3 25.07.1882, ebd., Sp. 1720
- 4 Die Behauptung von der Verantwortlichkeit der europäischen Gläubiger für die britische Ägyptenpolitik war schon 1879 von einigen radikalen Abgeordneten im Unterhaus aufgestellt worden, nachdem die britische und französische Regierung den ägyptischen Vizekönig zur Abdankung gezwungen hatten. Damals hatte J. Goldsmith den Vorwurf erhoben, diese Abdankung sei einzig und allein im Interesse der europäischen Gläubiger erzwungen worden. Vgl. 11.08.1879 Commons, PD 249, Sp.693
- 5 Taylor 1954, 289. – Literaturverweise in den Anmerkungen werden in einer Kurzform gegeben, die Verfasser, evtl. Kurztitel, Erscheinungsjahr und Seitenangabe umfasst. Die vollständigen bibliographischen Angaben ergeben sich aus dem Literaturverzeichnis.
- 6 Siehe Literaturverzeichnis unter 7.1.4.

7	Cromer 1908, I, 91
8	Blunt 1907
9	Rothstein 1910
10	Vgl. die Anmerkung IV/3
11	Eine Ausnahme bildete Rothstein 1910
12	Für Hobson (1938, 54 f.) und Lenin (1973, 849) wurde Ägypten im Interesse der britischen Gläubiger besetzt. R. Luxemburg (1923, 345 ff.) beschäftigte sich mehr mit den Auswirkungen des europäischen Kapitalexportes auf die ägyptische Sozialstruktur.
13	Robinson/Gallagher 1961, 159
14	Dieser Argumentationszusammenhang ist bei Robinson/Gallagher weniger explizit, lässt sich aber aus Andeutungen klar entnehmen. Siehe etwa 1961, 15 Anm. 1; ebd., 17; 1962, 632 f. Sehr deutlich wird die Alternative von „bondholders“ versus „Suezkanal“ als Umschreibung möglicher Erklärungen der britischen Okkupation Ägyptens bei Platt, Finance 1968, passim, insbes. 157.
15	Robinson/Gallagher 1961, 15 Anm. 1
16	Der Begriff wurde am 15.09.1884 von der „Times“ geprägt.
17	Robinson/Gallagher 1961, 465
18	ebd., 18, 76, 84, 88; 1962, 595
19	1961, 83 ff., 120 ff.; 1962, 595
20	1961, 464 f.; 1962, 597
21	1961, 159; 1962, 602
22	Das ist der Tenor der Kritik von Stokes 1969; ähnlich auch Lloyd 1972
23	Robinson/Gallagher 1961, 15 Anm. 1
24	Hallgarten 1973, 429
25	Schölch 1976, 6 und passim

-
- 26 Bei Kitson Clark 1967 wird dieser Begriff weitgehend ohne Bezug auf ökonomische Zusammenhänge verwandt; vgl. dagegen Feis 1930, XV und Hall 1969, 2
- 27 Bei Kant wird die Abhängigkeit wissenschaftlicher Erkenntnis von theoretischen Fragestellungen in der Einleitung zur „Kritik der Reinen Vernunft“ betont (1787, B14). Diese Einsicht ist seitdem in zahllosen Beiträgen der analytischen Wissenschaftstheorie wiederholt worden. Für eine Darstellung marxistischer Erkenntnistheorie siehe A. Schmidt 1971, 93 – 121. Eine Reformulierung der Prämissen marxistischer Erkenntnistheorie mit Kategorien der analytischen Wissenschaftstheorie unternimmt Helberger 1974, dem ich mich hier weitgehend anschließe. Vgl. auch Kocka 1975, 20 ff.
- 28 Auf diese Möglichkeit der Tests von Theorien wird hier auch ausdrücklich gegen die Auffassung von Kempt (1972, 21, 24 f.) hingewiesen, der vorschnell davon ausgeht, dass die marxistische Imperialismustheorie (worunter er diejenige Lenins versteht) empirisch nicht beweisbar ist. Vgl. dagegen Barrat Brown 1972, 37
- 29 Die Frage, ob die Unabgeschlossenheit ein allgemeines Kennzeichen sozialwissenschaftlicher Theorien ist, kann hier nicht weiter verfolgt werden. Vgl. dazu Hempel 1970
- 30 Neben der inhaltlichen Begründung auf S. 7
- 31 Zum Hempel-Oppenheim-Schema siehe Hempel 1970 und Schulz 1974, 162 ff.

6.2 Anmerkungen zum 2. Kapitel

- 1 Siehe Anm. I/14 und 15 und Platt, Finance 1968, 156, 180
- 2 Baumgart 1975, 94. Zu Baumgarts gründlich misslungenem Versuch einer Widerlegung jedweder auf ökonomische Bezüge rekurrierende Erklärung des Imperialismus siehe die Besprechung von Ziebura 1976, 178 ff.
- 3 H. D. Schmidt 1973, 218
- 4 Landes 1976, 68
- 5 Woolfe 1920, 320. Kurioserweise war nach W. auch noch der Erzbischof von Canterbury an der Verschwörung beteiligt.
- 6 Moon 1928, VIII. M. erwähnt in diesem Zusammenhang auch Missionar und Exportjäger. Für einen ähnlichen Erklärungsansatz aus jüngerer Zeit siehe Baran/Sweezy 1966, 15
- 7 In der Literatur wird diese These oft unter dem Begriff eines „Hobson-Lenin-Modells“ der Imperialismustheorie vertreten. Vgl. etwa Semmel 1961, 92; 1965, 194; Kitson Clark 1967, 61 ff., insbes. 62 und 71; Blaug 1968; 264; Gann-Duignan 1969, 107; Wolfe 1972, 5; von marxistischer Seite Griepenburg 1975. 164. Dagegen Stokes 1969. Mommsen hat seine diesbezügliche Meinung (1968, 632) später revidiert, vgl. 1971, 19 und Schmidt/Mommsen 1973, 223.
- 8 Zusätzlich zu der in Anm. 7 aufgeführten Literatur siehe Hammond 1961, 593; Blaug 1968, 270; Gann/Duignan 1969, 103, 107 f.

-
- 9 Mit dem Begriff „Klassischer Imperialismus“ wird im Folgenden die koloniale Expansion der europäischen Staaten und der USA im Zeitraum von etwa 1860 bis 1914 verstanden. Eine genauere Definition des Imperialismusbegriffes wird in 2.3. gegeben.
- 10 J. A. Hobson, *Imperialism. A Study*, London 1902,² 1905³ 1938. Die folgenden Zitate sind der von H. – C. Schröder besorgten deutschen Ausgabe von 1969 entnommen. Zum Entstehungszusammenhang des Buches vgl. Mitchell 1965, 397 ff und die Einleitung von Schröder zur deutschen Ausgabe; zu Hobsons unterkonsumzionistischen Standpunkt, mit dem er in der Tradition einer auf Malthus zurückgehenden Richtung der klassischen Politischen Ökonomie stand, Kettenbach 1965 und Schröder 1973.
- 11 Hobson 1969, 43 - 51
- 12 ebd., 52 - 66
- 13 ebd., 67 f.
- 14 ebd., 68 ff.
- 15 ebd., 76
- 16 Siehe etwa seine Formulierungen ebd., 75
- 17 ebd., 85 ff.
- 18 ebd., 92. Hobson hielt diesen Teil seiner Imperialismusanalyse für so zentral, dass er ihn gleichzeitig mit der Veröffentlichung seines Buches auch als Aufsatz in der „*Contemporary Review*“ publizierte („*The Economic Taproot*“, 1902).
- 19 Hobson 1969, 83 ff.
- 20 Das behauptet etwa Fieldhouse 1973, 40.
- 21 Vgl. Schröder 1976, 117 ff. – Auf der Basis dieser ökonomischen Analyse beschäftigte sich Hobson

dann mit einer Reihe wichtiger nichtökonomischer Faktoren. Insbesondere verweist er auf die korrumpierenden Auswirkungen des Imperialismus auf das öffentliche Leben, und auf die Möglichkeit der Ablenkung sozialer Spannungen nach außen durch den Imperialismus. Hier zeigt sich für ihn erneut, dass der Imperialismus nur durch soziale Reformen bekämpft werden kann, die zu ihrer Durchsetzung eine tiefgreifende Demokratisierung der Gesellschaft verlangten (Hobson 1969, 117 ff.). Vgl. dazu Mitchell 1965, 405 ff., Kettenbach 1965, 214 ff., Schröder 1976, 119 ff.

22

Das ist hier systematisch gemeint, nicht im Sinne einer direkten Beeinflussung. In der sozialistischen Imperialismuskussion vor 1914 scheint Hobson nur von Lenin rezipiert worden zu sein. (Schröder 1976, 118)

23

Sternberg 1971

24

In seinem Aufsatz in der „Neuen Zeit“ von 1914. Kautskys frühere Veröffentlichungen weichen von den 1914 entwickelten Auffassungen zum Teil erheblich ab. Vgl. dazu Anm. 53 unten

25

Wehler 1969 (mittlerweile ⁴1976)

26

Barrat Brown 1974

27

Luxemburg 1923

28

ebd., 394

29

ebd., passim, insbes. 286 ff.

30

ebd., 361

31

Keynes hat daher Hobsons ökonomische Analysen bei aller Kritik denn auch als „significant and well-founded“ gewürdigt (Keynes 1938, 366). Auf die Ähnlichkeiten der Analysen von R. Luxemburg und Keynes weisen R. Robinson (1951, 21) und Barrat

Brown (1974, 66) hin. Bezeichnend ist, dass Michael Kalecki, der unabhängig von Keynes in den 1930er Jahren in Polen das Problem der effektiven Nachfrage „wieder entdeckte“, sich in seinen frühen ökonomischen Studien mit R. Luxemburg beschäftigt hatte. Vgl. dazu Kowalik, Biography 1966, und ders., R. Luxemburg 1966, 208 ff. Zur Bedeutung von R. Luxemburg für die moderne Makroökonomie siehe J. Robinson 1951, Lee 1971 und Patnaik 1972.

32

Vgl. Lloyd 1972, 132. Zum Begriff des Äquivalenzfunktionalismus siehe Luhmann 1962.

33

Auf die Abhängigkeit der wissenschaftlichen Ergebnisse aller sozialistischen Imperialismustheoretiker von ihren politischen Prämissen und Forderungen hat vor allem H. – C. Schröder aufmerksam gemacht. (1973, 39, 49, 54 f.; 1976, 104). Vgl. auch C. Neusüß 1971, 16 ff. – Den Einwand Kemps (1976, 34) gegen Hobson, dieser kritisiere nicht den Kapitalismus als solchen, sondern nur dessen Pervertierung – und insofern komme Hobson zu ähnlichen Ergebnissen wie später Schumpeter – halte ich für nicht ganz berechtigt. Hobson sah wohl, dass der Kapitalismus die permanente Tendenz hat, eine ungleiche Einkommensverteilung und damit schließlich den Imperialismus hervorzubringen. Insoweit kritisierte er wohl den Kapitalismus als Gesellschaftssystem. Damit ist jedoch noch nicht über die Frage entschieden, ob ohne Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Expansion das kapitalistische System zusammenbrechen müsste.

34

Das verwundert um so mehr, als R. Luxemburg selbst auf die Möglichkeit hinwies, den

akkumulierten Mehrwert etwa auch durch unproduktive Staatsausgaben (für die Rüstung) zu realisieren und damit eine der imperialistischen Expansion funktional-äquivalente Lösung für das Ungleichgewichtsproblem des Kapitalismus aufzeigte. Sie relativierte damit selbst die Bedeutung von Waren- und Kapitalexport für die Systemstabilisierung. (Luxemburg 1923, 367-80, insbes. 368, 376 f., 378) Vgl. dazu Kowalik, R. Luxemburg 1966, 209. Auf Wettrüsten und Kapitalexport als äquivalente Versuche der Absatzförderung und damit Systemstabilisierung hatte auch schon Kautsky (1907, 35 ff.) hingewiesen.

35 Das ist das Argument Preisers (1925). Im Grunde wird dieser Punkt auch von Otto Bauer zugegeben, der R. Luxemburgs Imperialismusanalyse als erster einer scharfen Kritik unterzog (1913, 30).

36 Lenin 1917

37 ebd., 792

38 ebd., 793

39 ebd., 811

40 ebd., 812

41 ebd., 798

42 ebd., 789

43 ebd., 788

44 ebd., 815 f.,

45 ebd., 827

46 ebd., 839

47 ebd., 780

48 ebd., 832

49 ebd., ebd., 832, 835

50 Vgl. Anm. II/3

51

Vgl. Anm. II/2

52

Vgl. Anm. II/4. – Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang ein Zitat, das Lenin zustimmend von V. Schultze-Gaevernitz übernimmt: „England borgt an Ägypten, Japan, China, Südamerika. Seine Kriegsflotte ist hier notfalls der Gerichtsvollzieher.“ (Lenin 1917, 849) Die Tendenz Lenins, das gleichsam natürliche Ausdehnungs-, Macht- und Profitstreben der Monopole zum Ausgangspunkt seiner Analyse zu machen und es seinerseits nicht weiter herzuleiten (etwa aus dem anarchischen Funktionieren des kapitalistischen Wirtschaftssystems), ist in jüngster Zeit gerade von marxistischer Seite bemängelt worden. Lenin übersehe, so lautet diese Kritik, dass auch die Monopole letztlich der „stummen Macht der ökonomischen Verhältnisse“ (Marx 1974, 765) unterworfen seien. So kritisierte etwa Christel Neusüß (1972, 151), „die bei Lenin festzustellende Tendenz zur Reduktion der Klassenverhältnisse auf das Macht-, Profit- und Herrschaftsstreben der großen Monopole, welche die große Masse der Bevölkerung ausgebeutet und zusammen mit dem Staat als Ausschuss der Bourgeoisieklasse unterdrücken und in den Krieg treiben, (erscheine) insofern als eine falsche Rezeption der Marxschen Theorie, als das Handeln der herrschenden Klasse nicht zurückgeführt wird auf den Begriff der ökonomischen Charaktermaske, in welcher Marx das Handeln der Klassen selbst noch als Exekution des naturwüchsig sich durchsetzenden Gesetzes des Kapitals begreift.“ Das führe letztlich bei Lenin zu „einer Reduktion der Marxschen Kategorien der

Analyse auf moralische Kategorien“ (ebd., 94. Vgl. auch 29 f., 97). Mit weniger Jargon, aber gleicher Tendenz bemängelt Barrat Brown (1974, 63 f.): „What Marx had seen as emerging out of the unplanned working of the capitalist system, Lenin saw as the deliberate policy of new national capitalist groups rivalling those in Britain.“ (Vgl. auch ähnliche Bedenken A. Schmidts 1973, 537) Eine analoge Kritik wurde auch von nichtmarxistischer Seite gegen Lenin vorgetragen. H. – C. Schröder (1973, 48) beispielsweise ist skeptisch gegenüber Lenins „Axiom, dass die Monopole einer Art natürlichem Unterwerfungs- und Expansionsdrang unterliegen. So wie bürgerliche Historiker und „Realpolitiker“ ganz selbstverständlich von dem Machtcharakter des Staates ausgehen oder Hobesianer von der Wolfsnatur des Menschen, so setzt Lenin nicht selten den „räuberischen“ Charakter des Monopols ohne weiteres voraus und leitet daraus alles weitere ab.“ Bei Schröder stört in diesem Zusammenhang jedoch, dass er einige Punkte der Kritik an Lenin offensichtlich von C. Neusüß übernommen hat, ohne das kenntlich zu machen: vgl. etwa Schröder 1973, 48 f. mit Neusüß 1972, 94; und Schröder 1973, 48 mit Neusüß 1972, 32. – Trotz aller berechtigten Kritik an Lenins Imperialismusanalyse – die teilweise auch auf Missverständnissen basiert (vgl. etwa Stokes 1969; Kemp 1972, 17 f., Lucacs 1967, 40) – muss jedoch betont werden, dass sie die erste wirklich originelle Weiterentwicklung der Marxschen Kapitalismusanalyse ist, wie immer man das bewerten mag. Mit seinem „Gesetz der ungleichen

Entwicklung“, mit dem er die schon zu seiner Zeit beobachtbaren Tendenzen zur wirtschaftlichen Polarisierung der Welt beschrieb, ersetzte Lenin die bei Marx noch anzutreffende Stufentheorie der gesellschaftlichen Entwicklung, nach dem das entwickeltere Land dem weniger entwickelten immer nur das Bild seiner eigenen Zukunft zeige (Marx 1974, 12. Vgl. dazu vor allem Meyer 1976; ähnlich Schröder 1973, 94; Barrat Brown 1974, 71; Wehler, 1976, 20). Über die Frage, ob nationale Gesellschaften oder das Weltsystem der fruchtbarere Bezugspunkt für eine Analyse der Entwicklungstendenzen des Kapitalismus ist, wird seit über zwanzig Jahren vor allem im angelsächsischen Sprachraum eine heftige Debatte unter Marxisten verschiedener Couleur geführt. (Vgl. dazu die jetzt von Hilton (1976) herausgegebene Debatte zwischen Dobb und Sweezy; als jüngsten Beitrag dazu Wallerstein 1974.) Diese vorwiegend unter historischen Blickwinkeln geführte Debatte besitzt gleichzeitig hohe Aktualität, wie sich an der damit überschneidenden Diskussion über die Dependenztheorien in den Sozialwissenschaften zeigt. (Siehe dazu Evers v. Wogau 1973, Hurtienne 1974, und die beiden von Senghaas herausgegebenen Sammelbände von 1972 und 1974.) In diesem Zusammenhang sind die Thesen Lenins zur ungleichen Entwicklung von großer Bedeutung.

Für eine Anwendung dieser Form der Imperialismustheorie in historischen Analysen siehe Wehler 1969, Barrat Brown 1974. – Es soll an dieser Stelle noch kurz angedeutet werden, wie einige

weitere prominente Vertreter ökonomisch orientierter Imperialismustheorien in das Schema von Konspirations- und Strukturtheorie passen. Dabei interessieren hier in erster Linie die von Robinson/Gallagher (1961, 15 Anm. 1) angesprochenen Autoren.) Sternberg (1926) verfiicht ähnlich wie R. Luxemburg und Hobson die These von der Notwendigkeit nichtkapitalistischer Regionen für den Kapitalismus. Er leitet diese Notwendigkeit jedoch nicht aus der Schwierigkeit der Mehrwertrealisierung ab, sondern aus der Notwendigkeit einer „Surplusbevölkerung freier Arbeiter“ (1926, 150). Indem der Imperialismus dem Kapitalismus diese Surplusbevölkerung zuführe, schwäche er den tendenziellen Fall der Profitrate ab und mildert somit auch die zyklischen Krisen. (ebd., 150, 183) Soziologisch führe das zu einem „Latentwerden der Klassenkämpfe“ (ebd., 163). Sternbergs Imperialismustheorie kann demnach als Strukturtheorie im obigen Sinne bezeichnet werden. Kautsky war in seinen Äußerungen zum Imperialismus reichlich eklektisch, so dass es einige Mühe bereitete, ihm einen einigermaßen stringenten Erklärungsansatz zuzuschreiben. 1898 vertrat er in der „Neuen Zeit“ die These von der prinzipiell friedlichen Natur des Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts. Dieser kapitalistische Pazifismus sei erst durch die jüngste Entwicklung, insbesondere in Deutschland, pervertiert worden (Kautsky 1898). Kautsky näherte sich damit der später von Schumpeter vertretenen Ansicht (Vgl. dazu J. H. Kautsky 1961; zu Schumpeter siehe unten Abschnitt 2.2.1.). In einer Agitationsschrift von 1901 über

„Handelspolitik und Sozialdemokratie“ hingegen finden sich Formulierungen, die eher an Lenin erinnern, wie etwa die dort ausgesprochene Erwartung eines unmittelbar bevorstehenden imperialistischen Krieges, nachdem die Welt nunmehr unter die Kapitalistenverbände aufgeteilt sei (Kautsky 1901). Unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges schließlich erklärte Kautsky den Imperialismus aus der Tendenz des Kapitalismus, ein permanentes Ungleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft zu erzeugen, und aus der sich damit ergebenden Notwendigkeit für die hochentwickelten kapitalistischen Staaten, sich ein ständig größer werdendes agrarisches Gebiet anzugliedern. Dies wäre am ehesten als strukturelle Erklärung im obigen Sinne anzusehen. Hallgarten versuchte dagegen in seiner „soziologischen Darstellung der auswärtigen Politik“ der europäischen Staaten vor dem Ersten Weltkrieg (1951, X), hinter den verschiedenen Staatsaktionen jeweils den Einfluss verschiedener „pressure groups“ auszumachen und deren „Einwirken ... auf die Staatsmaschinerie und ihr Eindringen in die Staatsleitung“ (ebd., 33; vgl. auch 32) zu analysieren. Er versuchte jeweils, Politik auf die ökonomischen Interessen bestimmter sozialer Gruppen zurückzuführen. (Ähnlich auch noch Hallgarten 1973, 428, 433.) In ähnlicher Weise tendierte Hilferding zu einer Konspirationstheorie, wenn er von der Personalunion zwischen Industrie-, Handels- und Bankkapital unter der Leitung der Hochfinanz sprach (1973, 406). Nach ihm ergreift etwa um die Wende zum 20. Jahrhundert „die

Kapitalistenklasse unmittelbar, unverhüllt, handgreiflich Besitz von der staatlichen Organisation und macht sie zum Werkzeug ihrer Exploitationsinteressen“ (ebd., 504 f., vgl. auch 507). Dieser Behauptung geht allerdings eine sorgfältige ökonomische Analyse voraus, in der Hilferding Schutzzoll und die Vergrößerung des kapitalistischen Wirtschaftsgebietes als Versuche analysiert, dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken (ebd., 420 ff.). Fast identisch damit sprach Bucharin, dessen Manuskript neben den Arbeiten von Hobson und Hilferding zu den wichtigsten Vorarbeiten gehörte, auf die Lenin sich während der Ausarbeitung seiner Imperialismustheorie stützte (Schröder 1973, 46), vom Imperialismus als dem „Ringen gigantischer, durch die Staatsmacht gestützter „staatskapitalistischer Trusts““ (Bucharin 1926, 112). Wie Hilferding erklärte er jedoch – konsequenter als Lenin – die Monopolisierungstendenzen des modernen Kapitalismus aus dem Versuch, dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken (ebd., 98 ff.). Bei Hilferding wie bei Bucharin ruht damit deren Konspirationstheorie gleichsam auf einer strukturellen Basis. Dabei besteht jedoch ein wichtiger Unterschied zu R. Luxemburg und Hobson. Während für letztere der Imperialismus eine Funktion des Kapitalismus im allgemeinen ist, ist er für Hilferding und Bucharin eine Funktion des Kapitalismus während einer bestimmten Phase seiner Entwicklung. (Diesen wichtigen Unterschied zwischen den verschiedenen ökonomisch orientierten Imperialismustheorien betonen Preiser

1966, 363; Sutcliffe 1972, 325; Weiskopf 1974, 59; indirekt auch Mommsen 1971, 19, der Lenins Konspirationstheorie als „kleinbürgerliche Variante der marxistischen Imperialismustheorie“ bezeichnet, „wonach der Imperialismus einzig und allein das sinistre Produkt der Machenschaften kleiner Gruppen von Finanzkapitalisten und Industrialisten gewesen ist.“) Für R. Luxemburg und Hobson kann es daher einen nichtimperialistischen Kapitalismus prinzipiell nicht (bzw. erst nach schwerwiegenden Reformen) geben, während für Hilferding und Bucharin mindestens zwei unterschiedliche Stadien: eine nichtimperialistische und eine imperialistische, in der historischen Entwicklung des Kapitalismus erkennbar sind.

54

Dass die von mir so bezeichnete Konspirationstheorie von den Kritikern marxistischer Imperialismusdeutungen so oft für die marxistische Theorie gehalten wurde, hängt natürlich in erster Linie mit der Kanonisierung Lenins im offiziellen Marxismus-Leninismus zusammen. Bedeutsam erscheint auch, dass gerade im angelsächsischen Sprachraum, in dem die Imperialismusdebatte in den letzten Jahren unter Historikern besonders intensiv geführt wurde, marxistische Imperialismustheorien meist in einer leninistischen Variante vertreten worden sind (etwa durch Dobb 1937, Strachey 1959, Kemp 1967; auch schon Woolfe 1920). Schließlich beruht die vorschnelle Identifizierung auf einer verbreiteten, nichtsdestoweniger jedoch falschen Auffassung vom methodischen Vorgehen des Historischen Materialismus, wonach es diesem darum gehe,

-
- Entwicklungen im politischen oder ideologischen „Überbau“ jeweils direkt auf ökonomische Interessen zurückzuführen. Dies hat Kemp (1972,17) die „Aunt Sally version of historical materialism“ genannt. Vgl. dazu auch Krippendorff 1976, 142 und Mommsen 1973, 223.
- 55 Fieldhouse 1967
- 56 Robinson/Gallagher in Journal of African History 1961, zit. nach Hallgarten 1973, 422
- 57 Schumpeter hat seine Auffassungen von 1918 später übrigens selbst revidiert. Siehe ders. 1961, II, 716.
- 58 Das wird von so unterschiedlichen Autoren wie Mommsen (1973, 226) und Kemp (1967, 6) anerkannt.
- 59 Im Original: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, solle auch vom Faschismus schweigen.“ (Horkheimer 1939, 115)
- 60 Schumpeter 1918, 282
- 61 ebd., 18
- 62 ebd., 25
- 63 ebd., 3
- 64 ebd., 284
- 65 Greene 1976, 454 ff., im Anschluss daran Wehler 1976, 16
- 66 Gallagher/Robinson 1953. Siehe dazu Abschn. 2.2.3. unten.
- 67 Kemp 1967, 89 ff., vgl. Schumpeter 1918, 16. J. H. Kautsky (1966, 105) hat auf Schumpeters anglophile Einstellung hingewiesen, die er übrigens mit K. Kautsky teilte. Schumpeter wie Kautsky wollten dem aggressiv-imperialistischen Deutschland das

-
- vermeintlich pazifistische Großbritannien gegenüberstellen.
- 68 Langer 1935, 80
- 69 Mommsen 1969, 19. Vgl. auch ders. 1971, 19
- 70 Wehler 1976, 13
- 71 Fieldhouse 1973, 69 ff.; Hobsbawm 1969, 21; Wehler 1976, 15 f.
- 72 Robinson/Gallagher 1961, 24
- 73 Taylor 1954
- 74 Aron 1953, 96
- 75 Fieldhouse 1961, 204
- 76 ebd., 178. Später hat Fieldhouse diese These teilweise zurückgenommen und mehr die peripheren Ursachen imperialistischer Politik betont. Vgl. ders. 1973, 68 f. und Abschn. 2.2.4. unten
- 77 Robinson/Gallagher 1961, 19 f., 466
- 78 Sutcliffe 1972, 317. Ähnlich auch schon Hyam 1964, 157 f.
- 79 Wehler 1976, 22
- 80 etwa Jenks 1927, 194; Borkenau 1942, 87 ff. Vgl. auch Shaw 1970, 2
- 81 Seine klassische Formulierung fand dieses Konzept bei Schuyler, 1945.
- 82 Gallagher/Robinson 1953, 184f.
- 83 ebd., 183
- 84 ebd., 188
- 85 ebd., 196
- 86 Ferns 1953, Macdonagh 1962, Moore 1964, Harnetty 1968 und 1972, Hopkins 1968, Mathew 1968, Platt, imperialism 1968 und Economic Factors 1968, ders., Finance 1968, ders., 1973, Mommsen 1975, McLlean 1976, Winn 1977

So überzeugt es zunächst einmal nicht, die vielen nicht weg zudiskutierenden Fälle kolonialen Imperialismus in der Mitte des 19. Jahrhunderts – das Paradebeispiel ist hier Indien – kurzerhand zu Ausnahmen von einem nichtimperialistischen Prinzip zu erklären (Macdonagh 1962, Platt, *Imperialism* 1968, 296 Anm. 3; dagegen Harnetty 1972, 4). Weiterhin konnte mittlerweile auch gezeigt werden, dass neben dem Antimperialismus der viktorianischen Politiker gleichermaßen der Antimperialismus der Theoretiker der klassischen Politischen Ökonomie ein Mythos ist und allenfalls durch einige Äußerungen Cobdens zu belegen ist, die jedoch für die Gesamteinstellung der „Freihändler“ alles andere als typisch sind. Die theoriehistorischen Untersuchungen von Semmel, Winch, Gosh u. a. haben damit Gallagher/Robinsons Analyse, die mehr an der Ebene politischer Grundsätze und Entscheidungen interessiert war, auch von dieser Seite her bestätigt (Semmel 1965, 1968; und die Beiträge von Galbraith, Kitrell, Winch und Gosh in Shaw 1970). Die These vom Freihandelsimperialismus wird darüber hinaus nicht durch den Verweis darauf widerlegt, dass es den Viktorianern bei ihrer Überseepolitik der Öffnung der Welt für den europäischen Handel nicht darum gegangen sei, besondere wirtschaftliche Vorteile für die Kaufleute der eigenen Nation zu erringen, sondern vielmehr um die Etablierung einer internationalen Wirtschaftsordnung, in der alle Akteure im freien Wettbewerb juristisch und politisch gleiche Ausgangsbedingungen hatten (Platt, *Imperialism* 1968). Ein solcher Einwand übersieht

nämlich, dass unter den Bedingungen eines industriellen Monopols, wie es Großbritannien auf dem Weltmarkt des 19. Jahrhunderts innehatte, die Etablierung einer Wirtschaftsordnung, in der das „freie Spiel der Marktkräfte“ von Angebot und Nachfrage die ökonomischen Beziehungen zwischen den Nationen regelt, zu einer systematischen Bevorzugung des wirtschaftlich höchstentwickelten Landes führen muss. Der Freihandel sei ein „beneficient principle“, erklärte ein liberaler Abgeordneter denn auch 1846 im Parlament, „by which foreign nations could become valuable colonies to us, without imposing on us the responsibility of governing them.“ (zit. nach Semmel 1970, 8). Insofern entsprach die Politik der „Freiheit des Weltmarktes“ sehr wohl spezifisch britischen Interessen; nicht von ungefähr wurde sie daher auch gerade von Ökonomen der unmittelbar mit Großbritannien konkurrierenden Nationen abgelehnt (Fieldhouse 1965, 138, Semmel 1965, 216; Fielden 1969, 85; Jenks 1971, 194).

88

Platt, *The National Economy* 1973; ders., *Further Objections* 1973

89

Barraclough 1967, 43 ff.; Owen 1972, 10 f.; Hobsbawm 1973, 20; auch schon Hobson 1938, 35

90

Die Konzepte von „Freihandelsimperialismus“ und „informellem Empire“ haben sich mittlerweile in der Literatur zum britischen Imperialismus weitgehend durchgesetzt. Vgl. etwa Fieldhouse 1973, 94 ff.; Barrat Brown 1974, 144; aus dem deutschen Sprachraum Rohe 1971, 60. Auch Mommsen, der 1968, 620 und 1623 die beiden Begriffe noch als theoretisch unscharf zurückwies, akzeptiert sie

neuerdings (1975/1976). Das deutete sich übrigens schon 1971, 16 an. Einwände gegen beide Konzepte finden sich dagegen noch bei Baumgart 1975; 127, ohne dass diese durch Argumente verdeutlicht würden. Die Fruchtbarkeit beider Begriffe für historische Analysen ist mittlerweile in einer Reihe von Fallstudien nachgewiesen worden (Ferns 1953, Harnetty 1968 und 1972, Hopkins 1968, als jüngstes Beispiel: Winn 1977; eine Variante bei McLean 1976

91

Das ist der Tenor der neomarxistischen Imperialismuskritik, die – in ihren seriösen Beiträgen – gesellschaftliche Unterentwicklung eben nicht auf eine internationale kapitalistische Konspiration zuführt, wie das etwa Blaug (1968, 270) behauptet (dieser polemische Beitrag strotzt auch sonst von unbewiesenen Behauptungen). Vgl. demgegenüber die Beiträge in Senghaas 1972 und 1974, Barrat Brown 1970 und 1974. Ähnlich argumentieren von einem liberalen Standpunkt aus Deutsch 1974 und 1975; Barraclough 1976; vgl. auch Mommsen 1971, 27.

92

Dazu Barraclough 1976; Leontief 1976; und der von Tinbergen verfasste 3. Bericht des „Club of Rome“ von 1976.

93

Das scheint Hallgarten 1973, 26 zu übersehen. Eine jüngst erschienene Geschichte des internationalen Systems seit 1960, die von einem von R. Luxemburg abgeleiteten Imperialismusbegriff ausgeht, kommt denn auch in diesem Zusammenhang zu dem Ergebnis: „If Lenin’s thesis of a new imperialist stage of capitalism dating from the 1880s does not fit the facts, this might only be because capitalism in Britain

had never been anything else than imperialist ...“ (Barrat Brown 1974, 186). Die gleiche Folgerung ergibt sich aus der Logik der von

94 Gallagher/Robinson verfochtenen Argumentation. Robinson/Gallagher 1953, 149. Siehe auch diess., 1961, 18 und 465.

95 Robinson 1972. Ähnliche Überlegungen finden sich auch schon, ohne dass Robinson das bewusst zu sein scheint, bei Galtung 1971. Vgl. auch die Hinweise bei Stokes 1969, 293. – Gallagher und Robinson, wie im übrigen auch Fieldhouse, beweisen damit eine erstaunliche Flexibilität in ihren Beiträgen zu Imperialismusdebatte, haben sie doch im Verlauf von weniger als zwanzig Jahren drei Interpretationen vorgelegt, die die Frage nach den Ursachen des Imperialismus je unterschiedlich beantworten. Wie Stokes (1969, 286 f.) gezeigt hat, beruht diese Flexibilität auf der Annahme Robinson/Gallaghers von der Existenz eines Hobson-Lenin-Modells der Imperialismusanalyse. Die diesem Modell zugeschriebenen Annahmen versuchten sie der Reihe nach zu widerlegen. Widersprüche bei der Interpretation einzelner Probleme waren dabei offensichtlich nicht zu vermeiden, wie das die unterschiedlichen Beurteilungen der britischen Okkupation Ägyptens durch Robinson/Gallagher 1961 und Robinson 1972 zeigen. War 1961 für Robinson/Gallagher diese Okkupation noch ein klassischer Fall einer aus innereuropäischer Rivalitäten geborenen Politik zur Sicherung strategischer und politischer Interessen, so erklärt Robinson 1972 diese Okkupation durch den Zusammenbruch des ägyptischen

Kollaborationsregimes aufgrund des Druckes europäischer ökonomischer Interessen. Die 1961 noch so sehr betonte britisch-französische Rivalität tritt demgegenüber als Erklärungsfaktor völlig in den Hintergrund. (1972, 131). 1953, 161 hatten beide Autoren die Okkupation übrigens z. T. mit dem Hinweis auf die Interessen europäischer Gläubiger erklären wollen.

96

Robinson 1972, 119

97

Ganz ähnlich Galtung 1971

98

Robinson 1972, 130 und 137

99

ebd., 133

100

Vgl. seinen Diskussionsbeitrag ebd., 141

101

Fieldhouse 1973. Fieldhouse hatte 1961 und 1965 noch für eine strategische Erklärung des Imperialismus plädiert (vgl. Anm. 75 und 76 oben). Schon 1965, 139 hatte sich jedoch sein Meinungsumschwung angedeutet. Im Gegensatz zu Robinson und Gallagher zeichnet sich Fieldhouse durch gründliche Auseinandersetzung mit den Argumenten seiner wissenschaftlichen Kontrahenten aus (vgl. vor allem Fieldhouse 1967).

102

ders., 1973, XV

103

ebd., 8

104

ebd., 463

105

Erklärungen dieser Art finden sich meist in detaillierten Fallstudien, in denen es um die Erklärung von **F o r m** und **R i c h t u n g** der europäischen Expansion nach 1870 geht. Siehe dazu (neben der Fallstudiensammlung von Fieldhouse 1973): Hausen 1970, Johnson 1972, Schatkowski-Schlicher 1975, Schölch 1975.

-
- 106 Dafür plädiert Stokes (1975, 293) im Hinblick auf die
britische Okkupation Ägyptens.
- 107 Hopkins 1968
- 108 Offe 1975
- 109 ebd., 160
- 110 ebd., 159
- 111 ebd., 161
- 112 ebd., 1 - 50
- 113 Eine Erklärung der kapitalistischen Expansion aus
den Bedingungen der Kapitalakkumulation
unternimmt Barrat Brown 1974, insbes. 48 ff.
- 114 Das zentrale Merkmal von „Imperialismus“ wird
damit in der Errichtung eines Netzes von
internationaler wirtschaftlicher und politischer
Abhängigkeit gesehen. Imperialismus wird hier also
nicht anhand von „Ausbeutung“ definiert (wie das
Mommsen 1975, 3 f. vorzuschlagen scheint). Diese
Kategorie bietet so immense
Operationalisierungsschwierigkeiten (wie der
misslungene Versuch von Landes 1976, 69 zeigt),
dass sie hier außer Acht gelassen wird. Der
Verfasser hat sich allerdings mit dem gegenwärtig
vor allem innerhalb der französischen Soziologie
diskutierten Konzept des „ungleichen Tausches“
nicht eingehend befasst (vgl. dazu die bei Evers/v.
Wogau 1973, 404 f. angegebene Literatur).
„Abhängigkeit“, auch in einer strukturellen Form, ist
dagegen ein sehr wohl operationalisierbares
Konzept, wie sowohl Ergebnisse der
volkswirtschaftlichen Theorie der internationalen
Wirtschaftsbeziehungen (vgl. Hoselitz 1969, 59 f.;
Cairncross 1962, 211 ff.; auch schon Jenks 1927,
197) als auch die Dependenzdiskussion gezeigt

haben (vgl. Galtung 1972, 90; Deutsch 1975, 23 ff., für einen sich an Galtung anlehrenden Operationalisierungsversuch siehe Abschn. 3.3 unten). Die Äußerungen Baumgarts (1975, 5, 127), der diese Operationalisierbarkeit bestreitet, beruhen offenbar auf Unkenntnis.

115

Damit ist auch das Falsifizierbarkeitskriterium genannt, an dem die These von der Bedingtheit politischer durch ökonomische Abhängigkeit scheitern könnte. Die Durchsicht der Quellen könnte nämlich ergeben, dass die Verschärfung der politischen Kontrolle Großbritanniens über Ägypten auf andere Ursachen als die hier benannten (etwa britische Regierungswechsel oder Verschiebungen im europäischen Machtgleichgewicht) zurückzuführen ist. Somit erübrigt sich m. E. der Verdacht, dass die hier vertretene Vorstellung von ökonomischen Sachzwängen, die den Spielraum für politische Entscheidungen weitgehend einengten, gegenüber empirischen Belegen immun ist.

6.3 Anmerkungen zum 3. Kapitel

1

So etwa Williams 1966, 52 mit Bezug auf den Sklavenhandel; im Anschluss daran Krippendorff 1975, 64, vgl. aber ebd., 96

2

In der Betonung des „pull“-Faktors der effektiven Nachfrage in der neueren Literatur zur industriellen Revolution spiegelt sich deutlich die Durchsetzung des Keynesianismus in der Volkswirtschaft (Flinn

1966, 1ff.). Die ältere Literatur (etwa Ashton 1948) hatte sich demgegenüber mehr auf den „push“-Faktor der Kapitalzufuhr konzentriert. Flinn (1966, 46) spielt jedoch die Bedeutung von im Ausland verdienten Kapital für die einheimische Kapitalakkumulation in Großbritannien während der industriellen Revolution zu sehr herunter. Vgl. dazu jetzt die Studie von Devine (1976) über die Investitionen von schottischem Kaufmannskapital in Glasgower Industrieunternehmen um 1800. Barrat Brown (1974, 82 ff.) hat im übrigen darauf hingewiesen, dass die im Außenhandel erzielten Profite selbst dann, wenn sie nicht im Industriesektor investiert, sondern vorwiegend konsumiert wurden, die einheimische Nachfrage beleben und auf diese Weise die industrielle Kapitalakkumulation indirekt gefördert haben müssen. Das Problem der Bedeutung des Außenmarktes und insbesondere der Kolonien für die industrielle Revolution in Großbritannien wurde auch schon in der Debatte über die „allgemeine Krise des 17. Jahrhunderts“ angesprochen. Vgl. dazu die Beiträge in Ashton 1965, insbesondere Hobsbawm 1965, 14 ff., 43 ff. Dean/Habakkuk 1963, 77 ff., vgl. Imlah 1958, 125; Kindleberger 1961; Flinn 1966, 56 ff., 101; Aldcroft/Richardson 1969, 62; Fielden 1969, 78; Barrat Brown 1974, 120. – Bemerkenswert ist, dass die absolut wachsenden Exporte britischer Fertigprodukte nach 1700 immer häufiger in die Länder des britischen Empire gingen. Hatte das Empire zu Beginn des 18. Jahrhunderts nur 7 % aller im Mutterland erzeugten Exportprodukte aufgenommen, so wuchs dieser Anteil rasch auf 20

% um 1750 und erreichte knapp ein Drittel um die Wende zum 19. Jahrhundert (ebd., 104 f., Tab. 3). Zum großen Teil verantwortlich für diesen Trend der Konzentration britischer Exporte in den Kolonien war die Ausfuhr der Baumwollindustrie, die bis 1770 praktisch ausschließlich in die Kolonien ging (Hobsbawm 1965, 52). Überhaupt stand der Anstieg des Baumwollhandels im engen Zusammenhang mit dem Anwachsen des Außenhandels insgesamt. Obwohl der Binnenmarkt bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts durchweg mehr als 40 % der britischen Baumwollproduktion aufnahm, war er zu klein, um die für eine Industrialisierung notwendige Massenproduktion zu ermöglichen. Die Baumwollindustrie war daher in entscheidendem Maße auf den Weltmarkt angewiesen. Zwischen 1790 und 1800 verdrängte sie Wollprodukte vom Spitzenplatz der britischen Ausfuhr, und bis 1850 „Britain’s foreign trade presented itself almost as a problem in cotton“ (Clapham 1932, I, 479; vgl. auch Imlah 1958, 125; Saul 1960, 9; Chapman 1972, 52).
4 Platt, *The National Economy* 1973, 6 Tab. 1; angegeben sind hier 5-Jahres-Durchschnitte.
5 Schlote 1952, 49 Tab. 10; Saul 1965, 5 Tab. 1
6 Das Freihandelsprogramm wurde von allen führenden britischen Ökonomen des frühen 19. Jahrhunderts vertreten, angefangen von A. Smith über D. Ricardo, J. Mill, T. Malthus zu R. Torrens, Nassau Sr. und J. McCulloch (Fielden 1969, 80 f.). Als politisches Programm wurde es erstmalig 1830 von H. Parnell formuliert. Vgl. dazu Clapham 1932, I, 495; Saul 1960, 10.

-
- 7 Deane 1967, 187. Um 1800 hatten die Einfuhrzölle nur bei durchschnittlich 30 % gelegen. Vgl. dazu Imlah 1958, 121 Tab. 11
- 8 Ricardo 1970, 128 - 155
- 9 Deane 1967, 187 f.
- 10 Fielden 1969, 91
- 11 Fay 1968, 404
- 12 Platt, The National Economy 1973, 6 Tab. 1
- 13 ebd.; Barrat Brown 1974, 104 f. Tab. 3
- 14 Schlote 1952, 49 Tab. 24
- 15 ebd., 71 Tab. 24
- 16 Imlah 1958, 191; Tab. 28 und 189 Tab. 27
- 17 Cottrell 1975, 19
- 18 ebd., 23 f.
- 19 ebd., vgl. Imlah 1958, 180 Tab. I 25; Barrat Brown 1974, 197 Tab. 11
- 20 ebd., 104 f. Tab. 3
- 21 Imlah 1958, 129 Tab. 12
- 22 Cottrell 1975, 23; vgl. Saul 1960, 10; Jenks 1927, 413; Aldcroft/Richardson 1969, 86 f.
- 23 „The Economist“, London vom 15.07.1884, zit. nach Shaw 1970, 20
- 24 Owen 1965, 174
- 25 Berechnet als 5-Jahres-Durchschnitte nach Mitchell/Deane 1962, 274 ff. Ausnahme war das Jahrfünft 1871/75, als während des europäischen Boomes der Anteil Indiens am britischen Gesamtexport auf 8,9 % zurückging. Vgl. die Zahlen bei Aldcroft/Richardson 1969, 70 Tab. 12; Barrat Brown 1974, 189 Tab. 17 und Saul 1960, 214 Schaubild 9.
- 26 Kindleberger 1961, 296
- 27 Barrat Brown 1974, 189 Tab. 17

-
- 28 Jenks 1927, 207
- 29 Barrat Brown 1974, 132 ff. Nach 1873 sank, relativ gesehen, die Kapitalausfuhr nach Indien wieder ab; 1913 machte das dort investierte Kapital aber immer noch 11,4 % des gesamten britischen Außenkapitals aus. Vgl. Palsh 1911, 186; Feis 1930, 23; Mathias 1969, 470 Tab. 19.
- 30 Jenks 1927, 211; Silver 1966, 1 ff.; Redford 1956, I, 217 ff.
- 31 Jenks 1927, 214 ff. – Politisch zeigte sich das erneute wirtschaftliche Interesse Großbritanniens an Indien an einer Neuordnung der Kolonialverwaltung. Als wichtigste Maßnahme wurde das Amt eines Indienministers im Kabinettsrang geschaffen und das Land damit direkter Kontrolle des britischen Parlaments unterstellt. Der Prozess zunehmender Intensivierung der politischen Kontrolle Londons über Indien fand schließlich seinen symbolischen Ausdruck 1876 in der Krönung Königin Victorias zur Kaiserin von Indien.
- 32 ebd.,
- 33 Saul 1960, 191 Tab. 55., Für die Zeit vor 1884 standen keine Zahlen zur Verfügung.
- 34 ebd., 198
- 35 Der Überschuss, den Großbritannien im Handel mit Indien erwirtschaftete, betrug 1910 einschließlich Kapitaltransfers und der „Home Charges“ – „womit Indien für das Privileg bezahlte, von Großbritannien regiert zu werden“ (Hobsbawm 1969, 149) – etwa £ 60 Millionen. Er deckte damit 41 % des Defizites in der britischen Handelsbilanz mit dem Rest der Welt (Mathias 1969, 317 Schaubild 14; vgl. Saul 1960, 62). Diese ökonomische Funktion Indiens für die

britische Volkswirtschaft war dabei nicht an die Voraussetzung einer Monopolstellung Großbritanniens als Absatzmarkt für indische Produkte gebunden. Es war in gewisser Hinsicht sogar notwendig für das Funktionieren dieses Mechanismus, dass Indien im Handel mit Drittländern Überschüsse erzielte, solange nur die Möglichkeit bestand, diese Überschüsse schließlich nach Großbritannien zu transferieren. Ein Beispiel war der Dreieckshandel in Tee, Baumwolle und Opium zwischen China, Großbritannien und Indien, der noch in den 1870er Jahren eine große Rolle spielte. Gegen Ende des Jahrhunderts wurde er durch eine Handelsstruktur ersetzt, in die statt China jetzt die neuen Industriestaaten Europas und die USA einbezogen waren (ebd., 197).

36

zit. bei Platt, Finance 1968, XIII

37

22.11.1941, Palmerston an Auckland, zit. bei Webster 1951, I, 750 f.

38

Platt, Finance 1968, XIV

39

ebd., XV

40

ebd., XXI

41

Monypenny/Buckle 1920, V, 335

42

Shaw 1970, 24

43

Gladstone 1877, 153; vgl. auch seine Rede am 29.05.1840 im Unterhaus (PD 331, Sp. 730).

44

„Ich habe nichts dagegen, dass Mr. Gladstone immer noch einen Trumpf im Ärmel hat. Mich stört jedoch, dass er fortwährend behauptet, er habe ihn von der Vorsehung zugesteckt bekommen“, lautete ein bekanntes Bonmot Henry Laboucheres (Thorold 1913, XII).

-
- 45 Dacey, *Our Empire in the East* (1877), in ders. 1881, 286.
- 46 ebd., 281 f.
- 47 A. Smith, *The Wealth of Nations*, Buch 5, Kap. 1, zit. bei Platt, *Finance* 1968, XXXIII.
- 48 Vgl. zum "Board of Trade" Williams 1927, 422 ff.
- 49 Farrer 1881
- 50 ebd., 37
- 51 ebd., 40 ff.
- 52 ebd., 65 ff.
- 53 ebd., 81
- 54 Bezeichnend war die Reaktion der britischen Regierung, als sie 1884 vom persischen Schah um Hilfe gegen russische Übergriffe gebeten wurde. „Zum Beweis seiner guten Absichten“ verlangte London vom Schah zunächst einmal die Öffnung der persischen Flüsse für den englischen Handel (Gwann/Tuckwell 1918, II, 87).
- 55 zit. bei Shaw 1970, 21 f.
- 56 Final Report 1886. Vgl. Salisbury am 24.05.1895 in der „Times“: „If we mean to hold our own against the efforts of all the civilized powers in the world to strangle our commerce by their prohibitive finance, we must be prepared to open new markets to ourselves among the half civilized or uncivilized nations of the globe, and we must not be afraid, if that effort which is vital to our industries should bring with it new responsibilities of empire and government.“ (Vgl. auch seine Rede am 14.02.1895 im Oberhaus, zit. bei Bennett 1962, 312).
Prägnanter noch formulierte Chamberlain, der zum Abschluss seiner Rede vor dem Kongress der Handelskammern des britischen Empire 1896 einen

-
- Trinkspruch ausbrachte auf „commerce and Empire, because, Gentlemen, to parody a celebrated expression, the Empire is commerce“ (zit. bei Dobb 1963, 311 Anm. 2. Vgl. auch Chamberlains Reden am 15.07.1895 in Walsall und am 11.11.1895 im Imperialinstitute, London, zit. bei Bennett 1962, 314 ff.)
- 57 Crouchley 1938, 37 f.; Tignor 1966, 31
- 58 Das Folgende nach Issawi 1961 und Owen 1969, 3 - 58
- 59 Mustafa 1968, 292
- 60 Owen 1969, 65
- 61 Hobsbawm 1962, 142
- 62 zit. nach Owen 1969, 47
- 63 Hobsbawm 1962, 223 Anm. 27. Vgl. auch Bowrings „Report on Egypt and Canada“ (PP 1840 (21), 1 ff.), in dem er Ägypten die Konzentration auf die Entwicklung seiner agrarischen Ressourcen empfiehlt.
- 64 Puryear 1969, 38
- 65 Vgl. seinen Brief vom 22.01.1841 an Auckland, zit. in Webster 1951, II, 750 f. Siehe auch Shaw 1961, 200
- 66 06.12.1833, Palmerston on Pousoby, zit. bei Webster 1951, II, 540
- 67 Das Folgende nach Puryear 1969, 71 ff.
- 68 20.07.1838, Roussion an Molé, zit. ebd., 82
- 69 Die detaillierten Vertragsbestimmungen bei Mustafa 1968, 293 f.
- 70 PD 8 (1849), Sp. 1145 f.
- 71 Nach dem türkisch-ägyptischen Krieg von 1838 – 41 verlor Mohammed Ali auf englischen Druck zusätzlich auch die Gebiete außerhalb Ägyptens (Puryear 1969, 166).

-
- 72 Issawi 1961, 8
- 73 Owen 1969, 168. Gemeint sind 5-Jahres-
Durchschnitte; £E = ägyptische Pfund
- 74 ebd., 166 - 68
- 75 ebd., 99 ff.
- 76 Ramm 1971, 86, Zu den von Owen (1969, 168 ff.)
angegebenen Zahlen vgl. Anm. 94 unten.
- 77 Landes 1958, 55 f.; Mitchell/Deane 1962, 283
- 78 Das Folgende nach Landes 1958, 359 f.; Mulhall
1882, 526 f.; Rothstein 1910, 40 ff.
- 79 Vgl. zum Folgenden Mommsen 1961, 31 ff.
- 80 Schölch 1972, 54; Owen 1969, 166 f. Tab. 23 und
24
- 81 Marlowe 1965, 90; Owen 1969, 112 ff., 157
- 82 Mommsen 1961, 22
- 83 Tignor 1968, 40; Owen 1969, 159
- 84 Mustafa 1959, 50 ff.; Mommsen 1961, 41; Marlowe
1965, 88 ff.
- 85 Vgl. zum Folgenden ebd., 61 ff.
- 86 Vgl. dazu 07.07.1857, Palmerston im Unterhaus, PD
146, Sp. 1044; vgl. auch ders., ebd., 147, Sp. 1666 -
82
- 87 Marlowe 1965, 65
- 88 ebd., 69
- 89 ebd., 73
- 90 Galtung 1972, 82 ff. Ähnlich Hoselitz 1969, 59 ff.
- 91 $\frac{(a+d) - (b+c)}{(a+d) + (b+c)}$, wobei a der Wert der importierten
Rohstoffe, b der Wert der exportierten Rohstoffe, c
der Wert der importierten Industrieerzeugnisse und d
der Wert der exportierten Industrieerzeugnisse ist
(vgl. ebd., 83 f. und 83 Anm. 34).

92

Zweifellos ist die hier getroffene Festsetzung von Grenzwerten, welche die Galtungsschen Definitionskriterien für „Abhängigkeit“ noch verschärft, sehr willkürlich. Es muss deshalb darauf hingewiesen werden, dass die Galtungsschen Indizes die Funktion haben, verschiedene Grade von Abhängigkeit miteinander vergleichbar zu machen. Da es in dem hier verfolgten Zusammenhang jedoch nicht um internationale Vergleiche geht, sollen die angegebenen Grenzwerte nur die Möglichkeit einer statistischen Definition von „wirtschaftlicher Abhängigkeit“ geben. Zur Verteidigung des Sinnes dieses Verfahrens kann ich mich dabei auf die empirischen Tests berufen, denen Galtung seine Indizes unterworfen hat und die eine hohe Korrelation zwischen den einzelnen Werten ergab. Vgl. ebd., 102 ff.

93

Berechnet nach Owen 1969, Tab. 23, 25, 27 auf S. 16 ff. Die Ziffer 80,9 % gibt den wertmäßigen Anteil von Baumwolle und Baumwollsamensamen 1865 – 73 am ägyptischen Gesamtexport an.

94

Ramm 1971, 86; Clapham 1932, I, 301 – Die Zahl gilt für 1881 und bezieht sich auf den gesamten Außenhandel. Es war nicht möglich, den entsprechenden Wert für den Zeitraum 1865 – 73 zu berechnen, da die Zahlen bei Owen 1969 inkongruent sind: Die in Tab. 32 auf S. 177 angegebenen Werte für die britischen Exporte nach Ägypten zwischen 1865 und 1873 liegen bedeutend höher als die in Tab. 25 auf S. 168 angegebenen Zahlen für die ägyptischen Importe während dieses Zeitraumes. Owen gibt jedoch in Tab. 21 auf S. 161 den Anteil des nach Großbritannien gehenden

Exportes von Baumwolle am Gesamtvolumen der ägyptischen Baumwollausfuhr an. Er betrug für 1865 – 74 78,5 %; in diesem Zeitraum betrug der wertmäßige Anteil der ägyptischen Baumwollausfuhr an der Gesamtausfuhr des Landes 80,9 % (für den Zeitraum 1865 – 73, vgl. Anm. 93 oben).

95 Berechnet nach ebd., Tab. 23 – 25, 27, 29 auf S. 166 f.

96 Schölch 1972, 54. Die Zahl gilt für 1877.

97 Berechnet nach „Note showing the approximate proportions in which the several Egyptian loans are held in England, France, and Egypt, forwarded by Vivian, received at the Foreign Office 08.04.1878, PP 1878/79 (78), 423

6.4 Anmerkungen zum 4. Kapitel

1 Landes 1959, 359 f.

2 Rothstein 1910, 9 f.; Jenks 1927, 321 ff.

3 Die genauen Umstände des Kaufes der Suezkanalaktien durch die britische Regierung sind ein bemerkenswertes Beispiel der Verquickung von wirtschaftlichen und staatlichen Interessen in der spätviktorianischen Außenpolitik. Die Nachricht von der Verkaufsabsicht Ismails war über den im Ägyptengeschäft tätigen französischen Bankier Dervieu an H. Oppenheim von der gleichnamigen englischen Bank gelangt; von dort erreichte sie über L. de Rothschild Disraeli und über F. Greenwood, den Finanzkorrespondenten der „Pall Mall Gazette“,

Außenminister Derby. Disraeli und Derby entschlossen sich sofort zum Kauf, wobei sie darauf achteten, dass dieses Unternehmen der britischen Regierung auch finanzielle Vorteile verschaffe. Rothschild lieh der britischen Regierung die benötigte Kaufsumme zu einem Zinssatz von 3 % bei einer einmaligen Kommission von 2,5 %, während die ägyptische Regierung sich verpflichten musste, bis 1891 eine jährliche Zahlung in Höhe von 5,5 % des Kaufwertes an Großbritannien zu zahlen. Bis dahin war die Dividende an de Lesseps übergegangen. Auch langfristig war der Kauf der Aktien ein gutes Geschäft; ihr Marktwert erreichte schon 1881 £ 10 Millionen, 1911 betrug er £ 38 Millionen (Dicey 1881, 8; Paish 1911). Es verdienten aber offensichtlich noch weitere der Beteiligten an der Verkaufsaktion. Am 15.11.1875 hatte die ägyptische Anleihe von 1873 bei etwa 54 Punkten an der Londoner Börse gestanden. Danach stieg sie, offenbar aufgrund von Hintergrundkäufen, täglich um einen Punkt, bis am 19.11.1875 erste Gerüchte über einen möglichen Verkauf der Suezkanalaktien an Frankreich aufkamen. Die Gerüchte sowie die eine Woche später folgende Nachricht vom Kauf der Aktien durch England ließen ägyptische Papiere dann kurzfristig auf 74 Punkte steigen. „Some parties who were in the secret had made large amount by their transactions“, kommentierte diese Vorgänge ein Redner im Parlament (08.08.1876, Rylands im Unterhaus, Wiener 1972, IV, 2755, von dem auch die weiteren Einzelheiten stammen). Der Redner vermied es, Namen zu nennen. Auf jeden Fall waren aber Rothschild und Oppenheim über die

-
- Kaufabsichten der britischen Regierung informiert.
Vgl. auch L. Wolf in der „Times“ vom 26.12.1905 und
die Leserbriefe ebd. am 27./28./29.12.1905 und
13./18./26./29./30.01.1906; Monypenny/Buckle
1920, V, 439 f.; 446 f., 461; Gardiner 1923, I, 293;
Jenks 1927, 321 ff..
- 4 Blake 1969, 586 f.; Magnus 1960, 287
- 5 Monypenny/Buckle 1920, V, 442
- 6 06.11.1875, Derby an Stanton, PP 1882 (83), 94
- 7 05.08.1876, Cave im Unterhaus, PD 231, Sp. 620;
vgl. Lowe in derselben Debatte, ebd., 639 ff., und die
Interpretationen Blunts und Rothsteins (Blunt 1907,
21 f., Rothstein 1910, 13 f.).
- 8 19.02.1876, Derby an Lyons, PP 1882 (83), 7 f.
- 9 Outrey am 06.02.1876, zit. nach Schölch 1975, 433
- 10 14.01.1876, Lyons an Derby, PP 1882 (83), 7 f
- 11 Rothstein 1910, 18 f.
- 12 25.03.1876, Derby an Lyons, PP 1882 (83), 15 ff.
- 13 23.03.1876, „Report by Mr. Cave on the Financial
Situation of Egypt“, ebd., 101 - 17
- 14 17.04.1876, Stanton an Derby, ebd., 45
- 15 17.04.1876, Derby an Stanton, ebd., 46
- 16 13.04.1876, Derby an Stanton, ebd., 42
- 17 14.04.1876, „Memorial of the British Residents in
Egypt“, ebd., 50 f.; 06.04.1876, Masterman an
Derby, ebd. 49
- 18 Die vizeköniglichen Erlasse: 02.05./07.05.1876,
Stanton an Derby, ebd., 56 f. und 68 ff.; die
Eingaben: 12.05.1876, Frühling und Goschen an
Derby/17.05.1876, Imperial Ottoman Bank an
Stanton/22.05.1876, Council of Foreign Bondholders
an Derby, ebd., 50 f., 57 ff., 72 f., 76, 82 ff., PP

1878/79 (78), 293 ff. Vgl. zum Folgenden auch
Cromer 1908, I, 13 und Rivers Wilson 1916, 82 ff.

19 12.05.1876, Derby an Stanton/19.05.1876,
Tenterden an Frühling und Goschen/25.05.1876,
Tenterden an Imperial Ottoman Bank/29.05.1876,
Tenterden an Council of Foreign Bondholders, PP
1882 (83), 50 ff., 72 ff., PP 1878/79 (78), 293 ff.

20 30.05.1876, Tenterden an Masterman, ebd., 298

21 23.05.1876, Derby an Stanton, PP 1882 (83), 76

22 18.05.1876, Northcote an Rivers Wilson, ebd., 73.
Platt (Finance 1968, 158) übersieht völlig, wie sehr
die britische Regierung damit doch auf die
Forderungen der Gläubiger einging.

23 10.06.1876, Cookson an Derby, PP 1878/79 (78),
236

24 Goschen, zit. nach Elliot 1911, I, 168

25 Vgl. 07.07.1876, Northcote an Derby, zit. ebd., 173

26 02.08.1876, Derby an Cookson, PP 1878/79 (78),
240

27 15.10.1876, Vivian an Derby, ebd., 241

28 27.10.1876, Vivian an Derby, ebd. 243

29 03.11.1876/21.11.1876, Vivian an Derby, ebd., 242
f. 266; Cromer 1908, I, 14, spricht nur dunkel von
„spezial arrangements“. Der Grund der
Sonderbehandlung der Anleihen von 1864, 1865
und 1867 ist nicht ganz klar. Nach Rothstein 1910,
28 und – wohl im Anschluss daran – Mommsen
1961, 37 war Goschen an diesen Anleihen
persönlich interessiert. Andererseits war nur die
Anleihe von 1864 auch tatsächlich von Goschens
Bank emittiert worden (Landes 1958, 359 f.), was
natürlich nicht ausschließt, dass Goschen auch
Anteile der Anleihen von 1865 und 1867 hielt.

-
- 30 Schölch 1972, 54
- 31 21.11.1876, Vivian an Derby, PP 1878/79 (78), 266
- 32 13.12.1876, Derby an Vivian, ebd., 271
- 33 Monypenny/Buckle 1920, VI, 442
- 34 Rivers Wilson 1916, 90; Zetland 1932, 13
- 35 Cromer 1908, I, 24 f.
- 36 05.12.1876, Lyons an Derby, PP 1878/79 (78), 267
f.
- 37 21.12.1876/06.01.1877, Vivian an Derby, ebd., 276
ff. Die Darstellung bei Platt (Finance 1968, 159 f.)
und Robinson/Gallagher (1961, 84) ist daher
insofern irreführend, als beide Male sowohl der
faktische Einfluss der inoffiziellen Vertreter in
Ägypten heruntergespielt, als auch die
antifranzösische Spitze der britischen Weigerung,
die Ernennung Barings und Roumaines offiziell zu
bestätigen, übersehen wird.
- 38 30.12.1876/06.01.1877, Vivian an Derby, ebd., 278
f.; vgl. auch 23.06.1877, Vivian an Derby, ebd., 301.
- 39 18.07.1877/30.07.1877, Vivian an Derby, PP
1878/79 (78), 306 – 9
- 40 ebd., und „Times“ vom
09.03./15.06./27.06./21.07./12.12.1877 und
12.07.1877, Vivian an Derby, PP 1878/79 (78), 301
- 41 05.09./14.09.1877, Vivian an Derby, ebd., 319, 325
- 42 Darauf weist der niedrige Stand (28 bis 32 Punkte)
der ägyptischen Staatspapiere im Frühjahr 1877 an
der Londoner Börse hin, vgl. Rivers Wilson 1916,
210 f.
- 43 27.09.1877, Vivian an Derby, PP 1878/79 (78), 326;
vgl. auch Zetland 1932, 60 f.
- 44 07.12./08.12./14.12.1877, Vivian an Derby, PP
1878/79 (78), 272 f., 329 ff.

-
- 45 19.12.1877, Vivian an Derby, ebd., 331
- 46 04.02.1877, Treasury an Foreign Office, zit. nach
Rivers Wilson 1916, 104
- 47 24.12.1877, Vivian an Derby, PP 1878/79 (78), 335
- 48 27.12.1877, Derby an Vivian, 28.12.1877, Vivian an
Derby, ebd., 336, 341
- 49 Am 19.01.1878 schrieb Vivian an Derby (ebd., 346):
„I should certainly much prefer to see these
measures taken spontaneously by the Khedive
without foreign pressure or dictation“, leider lasse die
kompromißlose Haltung Ismails jedoch keine andere
Wahl. Diese Äußerung erscheint mir als ein
typisches Beispiel der von Gallagher und Robinson
1953 beschriebenen Methoden des britischen
Freihandelsimperialismus. Etwa zur gleichen Zeit
(09.02.1878, Derby an Lyons, PP 1878/79 (78), 356)
erklärte Derby dem französischen Außenminister:
„Her Majesty's Government will be happy to
cooperate with that of France in any useful manner
which shall not be inconsistent with the Khedive's
independent administration of Egypt.“ Angesichts
der mittlerweile offenkundigen Verletzungen der
vizeköniglichen Souveränität durch Großbritannien
liegt der antifranzösische Unterton dieser Erklärung
auf er Hand.
- 50 27./30.01.1878, Vivian an Derby, ebd., 353 - 64
- 51 „Times“ vom 31.01.1878
- 52 14.02.1878, zit. nach Elliot 1911, I, 188. – Goschen
hatte übrigens bei diesen Versuchen mit größeren
Schwierigkeiten zu kämpfen, als er ursprünglich
erwartet hatte. Davon zeugt sein Tagebucheintrag
vom 20.02.1878 (ebd.): „All day Egypt
...Unsatisfactory interview with Tenterden (dem

-
- permanenten Staatssekretär im Außenministerium, T. B.). Everything appeared impossible to him. Less hope of Viceroy going before Congress (wahrscheinlich Berliner Kongress, T. B.). Hipped and tired.”
- 53 02.02.1878, Vivian an Derby, PP 1878/79 (78), 363
- 54 04.03.1878, Stanley an Tenterden, ebd., 390;
Zetland 1932, 39
- 55 23.12.1878, Vivian an Derby, PP 1878/79 ((78), 386
f.
- 56 08.03.1878, Derby an Vivian, ebd., 392
- 57 15.02.1878, Baring an Goschen, zit. in Cromer 1908,
I, 44
- 58 Vgl. etwa 22.03.1878, Stanley an Tenterden, PP
1878/79 (78), 406: „They (das Finanzministerium, T.
B.) do not regard him (Rivers Wilson, T. B.) as being
invested with any official character.“
- 59 Vgl. etwa die Reden von Campbell und Ryland am
29.03.1878 im Unterhaus (PD 1878, 224 ff.)
- 60 26.04.1878, Salisbury an Lyons, zit. bei Newton
1913, II, 135
- 61 23.02.1878, Vivian an Derby, PP 1878/79 (78), 386
f.
- 62 06.05.1877, Derby an Shuvaloff, zit. nach Bourne
1970, 407 f.
- 63 23.02.1878, Vivian an Derby, PP 1878/79 (78), 410
ff.
- 64 30.03.1878, Vivian an Derby, ebd., 422
- 65 Cromer 1908, I, 35
- 66 Vgl. Goschens Tagebucheintragungen vom 29.03.
und 02.04.1878, in Elliot 1911, I, 188
- 67 13.04.1878, Vivian an Derby, PP 1878/79 (78), 427
f. Dies waren die Worte des französischen Konsuls

-
- (vgl. auch Cromer 1908, I, 37). Für Rivers Wilsons entsprechende Einstellung siehe seinen Privatbrief an seine Frau vom 15.04.1878 (Rivers Wilson 1916, 115). Cromer (1908, I, 35ff.) versucht demgegenüber, für die harte britische Politik gegenüber Ägypten allein die französische Regierung verantwortlich zu machen. Ihm schließen sich Robinson/Gallagher 1961, 84, Platt, Finance 1968, 165 und Ramm 1971, 76 an.
- 68 Egypt no. 2 (1878), ohne Datum zitiert von Rothstein 1910, 55
- 69 Vgl. dazu Monypenny/Buckle 1920, VI, 3. Die britische Ägyptenpolitik wurde 1878 – 80 entscheidend von Disraeli und Salisbury bestimmt, und nicht vom Kabinett; Disraeli und Salisbury pflegten sich vor jeder Kabinettsitzung über die Ägypten gegenüber einzuschlagende Politik zu verständigen (ebd., IV, 444 f.).
- 70 15.06.1877, Salisbury an Lytton (privat), Bourne 1970, 410
- 71 03.05.1878, Salisbury an Vivian, zit. nach Cecil 1921, II, 330 f. Robinson/Gallagher (1961, 82 f.) gehen im Gegensatz zu der hier vorgelegten und dokumentierten Interpretation davon aus, dass Salisbury (und Disraeli) keinerlei territoriale Ambitionen in Ägypten hatten.
- 72 Vgl. den Kommentar der „Times“ vom 27.06.1879: „To order the payment of last year`s coupon was, in effect, to order that the Egyptian fellahen should be treated as they had been treated.“ Rivers Wilson, der maßgeblichen Anteil an dieser Politik gegenüber den ägyptischen Bauern gehabt hatte, beklagte sich am 01.05.1878 bei seiner Frau (Rivers Wilson 1916,

-
- 122): "The people are being cruelly oppressed by taxes ...".
- 73 Vgl. ebd., und 31.05.1878, Chancellor of the Exchequer an Rivers Wilson, zit. ebd., 129
- 74 29.07.1878, Salisbury an Vivian, zit. in Mustafa 1959, 159
- 75 10.08.1878, Salisbury an Lyons, zit. ebd.
05.09.1878, Salisbury an Disraeli, ebd., 334 f.
- 76 05.09.1878, Salisbury an Disraeli, ebd., 334
f.19.08.1878, Vivian an Salisbury, PP 1878/79 (78), 462 – 517. Vgl. auch Rivers Wilson an seine Frau am 12.06. und 12.07.1878 (ders. 1916, 133, 146).
- 77 19.08.1878, Vivian an Salisbury, PP 1878/79 (78), 462 – 517. Vgl. auch Rivers Wilson an seine Frau am 12.06. und 12.07.1878 (ders. 1916, 133, 146).
- 78 19.08.1878, Vivian an Salisbury, PP 1878/79 (78), 463. Die These von der Interessenidentität zwischen den ägyptischen Bauern und den europäischen Gläubigern fand schnell publizistische Verbreitung (vgl. Dicey 1881, 102, 257; Cromer 1908, I, 39). Da sie auf die Behauptung hinauslief, Ägypten könne seinen Zahlungsverpflichtungen ohne Schwierigkeiten nachkommen, sobald das Land erst effektiv, d. h. von Europäern verwaltet werde, wurde sie von den europäischen Gläubigern gerne aufgegriffen. Worum es den Gläubigern bei ihrer Sorge um die Lage der ägyptischen Bauern wirklich ging, enthüllte die „Times“ am 16.09.1878: „If the floating liabilities are provided for, if the interest of the public debt is paid regularly, ... the European public will care very little about the good government of Egypt.“

-
- 79 Die Nachricht von der Zustimmung des Vizekönigs übersandte der britische Generalkonsul mit dem erstaunlichen Kommentar: „This result is all the more satisfactory that it has been brought about without any semblance of pressures from foreign governments.“ (25.08.1878, Vivian an Salisbury, PP 1878/79 (78), 521).
- 80 13.11.1878, Salisbury an Lyons/ 19.11.1878, Lyons an Salisbury/17.12.1878, Lascelles an Salisbury, ebd., 549, 555, 569
- 81 Rivers Wilson 1916, 73; vgl. auch Rivers Wilsons Brief vom 28.08.1878 an seine Frau (ebd., 156): „The funds have gone up like wildfire, and I am in some hopes our friends the Rothschilds may be inclined to take the matter up, which will be a real crowning of the edifice.“
- 82 ebd., 175
- 83 18.10.1878, Salisbury an Lyons/11.10.1878, Panceforte an Rothschild/29.10.1878, Lascelles an Salisbury, PP 1878/79 (78), 531, 539, 546
- 84 02.12.1878, Salisbury an Vivian, ebd., 25
- 85 zit. nach Mustafa 1959, 143 und Schölch 1972, 64
- 86 zit. nach Rothsten 1910, 88. Vgl. auch Colvin 1906, 09. und 08.01.1879, Vivian an Salisbury, PP 1878/79 (78), 31
- 87 1882 betrug die Zahl der Ausländer in der ägyptischen Verwaltung 1.272. Die Summe der an sie ausgezahlten Gehälter betrug £ 373.000 und machte damit etwa 11 % der gesamten ägyptischen Staatsausgaben aus (Mulhall 1882, 534).
- 88 13.12.1877, Vivian an Derby, PP 1878/79 (78), 382
- 89 Schölch 1972, 67

-
- 90 11.01.1879, Vivian an Salisbury, PP 1878/79 (78),
35
- 91 13.12.1877, Vivian an Derby, ebd., 382; vgl. auch
22.05./29.06.1878, Vivian an Salisbury, ebd., 436,
453 f. und Rothstein 1910, 49 f.
- 92 Schölch 1972, 77ff.
- 93 zit. nach Cromer 1908, I, 66
- 94 18.01.1879, Vivian an Salisbury, PP 1878/70 (78),
37
- 95 Blunt 1907, 45 ff.; Schölch 1972, 31
- 96 19.02./22.02.1879, Vivian an Salisbury, PP 1878/79
(78), 48 f., 55
- 97 Vgl. zum Folgenden Rivers Wilson 1916, 78 ff.
- 98 14.12.1878, Vivian an Salisbury, PP 1878/79 (78),
26 f.
- 99 Vgl. seinen Brief vom 22.06.1878 an seine Frau,
ders. 1916, 137
- 100 ebd., 178 ff.; Mustafa 1959, 143
- 101 Cromer 1908, I, 88 ff.
- 102 zit. in Rivers Wilson 1916, 150
- 103 21.01.1879, Salisbury an Vivian, PP 1878/79 (78),
37
- 104 Vgl. Cromer 1908, I, 88. Cromer selbst scheint eher
die Politik Vivians unterstützt zu haben.
- 105 21.02.1879, Salisbury an Vivian, PP 1878/79 (78),
54
- 106 Rivers Wilson 1916, 137
- 107 25.02.1879, Salisbury an Lyons/27.02.1879, Lyons
an Salisbury/28.02.1879, Salisbury an Vivian, PP
1878/79 (78), 59 ff.
- 108 08.03.1879, Salisbury an Lyons, ebd., 73 f.
- 109 22.02.1879, Vivian an Salisbury, ebd., 56
- 110 15.03.1879, Salisbury an Vivian, ebd., 78

-
- 111 28.02./02.03.1879, Vivian an Salisbury, ebd., 63 ff.
- 112 01.04.1879, Lascelles an Salisbury, ebd. 89
- 113 28.03./04.04.1879, Lascelles an Salisbury, ebd., 85
f.
- 114 07.04./08.04.1879, Lascelles an Salisbury, ebd., 94
ff.
- 115 09.04.1879, Lascelles an Salisbury, ebd., 110; vgl.
auch Cromers Kapitelüberschrift (1908, II, 82).
- 116 Rivers Wilson 1916, 194
- 117 09.04./10.04./24.04.1879, Lascelles an Salisbury,
ebd., 108 ff., 179
- 118 19./24.04.1879, Lascelles an Salisbury, ebd., 175 f.
- 119 Vgl. die "Times" vom 19.06.1878 und 12.03.1879;
Blunt 1907, 65 ff. und Rothstein 1910, 98
- 120 10.04.1879, Lascelles an Salisbury, PP 1878/79
(78), 113
- 121 25.04.1879, Salisbury an Lascelles, ebd., 182 f.
- 122 Von den etwa 366.000 Hektar der Dairas waren
etwa 194.000 schon verpfändet. Die restliche Fläche
sollte den Rothschilds als Sicherheit für ihren Kredit
vom Herbst 1878 dienen. Vgl. Cromer 1908, I, 60 f.
- 123 11.05.1879, Münster an Salisbury, PP 1878/79 (78),
5
- 124 11.06.1879, Salisbury an Russel, zit. nach Cecil
1932, II, 353; vgl. auch die Interpretation Cromers
(1908, I, 135): „ The action of the German
government hastened a decision which would
probably in any case have been taken, though
perhaps somewhat later.“
- 125 18.06.1879, Salisbury an Lascelles, PP 1878/79
(78). 11
- 126 Die hier vorgelegte und dokumentierte Darstellung
der Vorgeschichte der Absetzung Ismails scheint die

-
- Behauptung von Robinson und Gallagher (1961, 85) und Platt (Finance 1968, 167), dass es auch im Frühjahr 1879 wiederum die französische Regierung war, der sich die britische Regierung in ihrer Ägyptenpolitik angeschlossen habe, eindeutig zu widerlegen. – Die Finanzprobleme in Bezug auf die Dairas wurden im übrigen nach der Abdankung Ismails rasch gelöst, vgl. 17.11.1879, Malet an Salisbury, PP 1878/79 (78), 150
- 127 25.06.1879, Rivers Wilson an Northcote, zit. in Rivers Wilson 1916, 214
- 128 25.06.1879, Salisbury an Lyons, zit. nach Cecil 1932, II, 355
- 129 06.08.1879, Salisbury an Lascelles, PP 1880 (79), 58
- 130 17.07.1879, Salisbury an Lyons, zit. nach Cecil 1932, II, 356. Mit den „Türken“ war die turko-kirkassische Oberschicht Ägyptens gemeint. Vgl. auch 31.07.1879, Salisbury an Karolyi, PP 1880 (79), 50 f.; Cromer 1903, I, 159; Colvin 1916, 13
- 131 17.07.1879, Salisbury an Lyons, zit. nach Cecil 1932, II, 357
- 132 06.08.1879, Salisbury an Lascelles, PP 1880 (79), 357. Vgl. auch den Kommentar Gladstones, zit. in Al-Sayyid 1968, 5 und Rothstein 1910, 104 f.; Ramm 1971, 84 f.
- 133 26.03.1880, Salisbury an Malet, PP 1880 (79), 177
- 134 07.04.1880, Malet an Salisbury, ebd., 182 f.
- 135 19.07.1880, Malet an Granville/14.08.1880, Rivers Wilson an Granville, ebd., 219 ff., 471 ff.
- 136 Diese Reduzierung war schon bei der Zahlung des Novembercoupons der unifizierten Schuld

-
- vorgenommen worden, vgl. 07.11.1879, Malet an Salisbury, ebd., 142
- 137 Cromer 1908, I, 168; Rivers Wilson 1916, 219
- 138 Cromer 1908, I, 120
- 139 ebd., 172
- 140 Milner 1899, 52. Vgl. auch den Korrespondenten der „Times“ in Alexandria am 10.03.1881: „I cannot help concluding my letter by saying that I should feel more at ease in congratulating a public creditor than an Egyptian peasant on the budget of 1881.!
- 141 Vgl. dazu Schölch 1972, 93 ff.
- 142 ebd., 127 ff.
- 143 10.09.1881, Cookson an Granville, PP 1881 (82), 15 ff.; Schölch 1972, 141 ff.
- 144 Vgl. die Korrespondenz zwischen Granville, Malet und Lyons zwischen dem 13.09. und 11.10.1881, in PP 1882 (82), 22 ff.
- 145 20.10.1881, Malet an Granville, ebd., 63
- 146 Sie war im April 1880 mit Gladstone als Premierminister und Granville als Außenminister ins Amt gekommen.
- 147 Schölch 1976, 13 f.
- 148 zit. nach Cromer 1908, I, 221
- 149 04.11.1881, Granville an Malet, PP 1882 (82), 2 f.
- 150 Colvin 1916, 13
- 151 26.12.1881, Colvin an Granville, zit. nach Cromer 1908, I, 219 f. In der dem Parlament vorgelegten, Ägypten betreffenden diplomatischen Korrespondenz wurde dieses Memorandum bemerkenswerter Weise nicht veröffentlicht. Das ist vielleicht auch die Erklärung dafür, dass Robinson/Gallagher (1961, 95 f.) und Platt (Finance 1968, 174) das Zustandekommen der „Identischen

Note“ vom 06.01.1882 ohne eine einzige Erwähnung Colvins beschreiben können. – Privat war Colvin noch offener über seine Vorstellungen über eine angemessene Reaktion auf die neue Lage in Ägypten. Blunt teilte er nach dessen Angaben am 31.12.1881 mit: „He said he had changed his mind about intervention, too; that he believed it now to be necessary and inevitable and that he would spare no pains to bring it about.“ (Blunt 1907, 199)

152

Vgl. ebd., 78

153

Vgl. Cromer 1908, I, 216

154

Gwynn/Tuckwell 1918, I, 451

155

12.01.1882, Gladstone an Granville, Ramm 1962, Nr. 600, S. 327

156

11.01.1882, Granville an Malet, PP 1882 (82), 145. Vgl. den von Granville fast wörtlich übernommenen Formulierungsvorschlag von Gladstone (04.01.1882, Gladstone an Granville, Ramm 1962, Nr. 599, S. 326 f.).

157

15.01.1882, Granville an Gladstone, ebd., Nr. 603, 329. Das von Granville erwähnte Memorandum ist nach Ramms (1962, 329, Anm. 4) Angaben in den Akten des Außenministeriums nicht mehr aufzufinden.

158

Zu Colvins Vorschlägen vgl. auch (neben dem in Anm. 151 erwähnten Memorandum) 15./18.01.1882, Granville an Gladstone/19.01.1882, Gladstone an Granville, Ramm 1962, Nr. 603, 607, 608, 609, S. 329 ff.

159

20.01.1882, Malet an Granville, PP 1882 (82), 154

160

23.01.1882, Malet an Granville (privat), zit. nach Malet 1909, 245

161

Ramm 1962, 326 Anm. 4

-
- 162 06.01.1882, Granville an Malet, PP 1882 (82), 138
163 Cromer 1908, I, 235; vgl. auch ebd., 213
164 Gwynn/Tuckwell 1918, I, 451
165 Auf die Bedeutung der „men-on-the-spot“ für die
britische Entscheidung zum Einmarsch in Ägypten
hat vor allem Schölch 1976 hingewiesen. Vgl. auch
schon Blunt 1907 und Ramm 1971, 107 ff.
166 Das ist grundsätzlich gegen die extensive
Darstellung dieser Diskussion bei
Robinson/Gallagher 1961m 94 ff. einzuwenden, die
sich im übrigen nur auf die Diskussion innerhalb des
Kabinetts beschränkt. Vgl. demgegenüber etwa
Morley 1903, III, 78, der betont, dass im Frühjahr
1882 nur die Form einer Intervention in Ägypten
(durch türkische oder durch englisch-französische
Truppen) unklar gewesen sei.
167 Das behaupten Robinson/Gallagher 1961, 94 ff. Vgl.
demgegenüber Schölch 1976, 3
168 03.02.1882, Lyons an Granville, PP 1882 (82), 183;
vgl. Auch Malet 1909, 270 ff.
169 21.01.1882, Granville an Gladstone, zit. nach
Robinson/Gallagher 1961, 99
170 in „Forthnightly Review“, Juli 1882, zit. nach Cromer
1908, I, 228
171 ebd.,
172 Vgl. Cromer 1908, I, 228 ff.
173 06.02.1882, Malet an Granville, zit. nach Malet 1909,
260
174 ebd., 68 ff.
175 27.02.1882, Malet an Granville, zit. nach Schölch
1976, 14
176 Blunt 1907, 152 ff.; Schölch 1976, 12
177 zit. nach ebd.

-
- 178 12.02.1882, Malet an Granville, PP 1882 (82), 250
179 Vgl. etwa 13./27.02.1882, Malet an Granville, ebd.,
248, 274 ff; 20.02./04.04.1882, Malet an Granville
(privat), zit. bei Malet 1909, 265 f.
180 zit. nach Schölch 1976, 12
181 ebd., 13
182 Rothstein 1910, 201
183 08.02.1882, Malet an Granville, PP 1882 (82), 224
184 07.05.1882, Malet an Granville, zit. nach Schölch
1976, 15
185 zit. nach Mustafa 1959, 426; vgl. 21.06./14.07.1882,
Lyons an Granville, PP 1882 (82), 511 ff.
186 16.06.1882, Dufferin an Granville, ebd., 555; Cromer
1908, I, 292 ff.; Robinson/Gallagher 1961, 107
187 26.06.1882, Cartwright an Granville, PP 1882 (82),
82 f.
188 Harcourt war Innenminister, Hartington Minister für
Indien im liberalen Kabinett von 1880 – 85.
189 Robinson/Gallagher 1961, 100. – In der
Kabinettsitzung vom 31.01. und 01.02.1882 hatten
Harcourt und Hartington als einzige für eine sofortige
britisch-französische Besetzung Ägyptens plädiert.
Sie hatten diese Forderung mit der Notwendigkeit
begründet, die Doppelkontrolle und die Rechte der
Gläubiger zu verteidigen. (ebd.; vgl. auch
Gwynn/Tuckwell 1918, III, 456 f.). Diese Begründung
ist umso bemerkenswerter, als sich Hartington und
Harcourt im Kabinett schließlich durchsetzten. Vgl.
auch Robinson/Gallagher 1961, 106: „From the end
of May 1882 Hartington was to have as much
influence upon Egyptian policy as Gladstone and
Granville.“

-
- 190 Zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien,
Österreich und Deutschland
- 191 26.06.1882, Cartwright an Granville, PP 1882 (82),
81 f.
- 192 01.07.1882, Gladstone an Granville, Ramm 1962,
Nr. 736, S. 383, Vgl. auch 01.08.1882, Lyons an
Granville, zit. nach Newton 1913, II, 293: „I wish we
were well rid of that dangerous conference. I had a
sort of hope that just now it might have some sort of
use, as a means of letting the other powers talk
while we were acting.”
- 193 16.06.1882, Freycinet an Tissot, PP 1882 (82), 554
- 194 Vgl. Childers 1901, II, 88 f.; Mustafa 1959, 458
- 195 06.02.1882, Seymour an Childers, zit. bei Childers
1901, II, 87
- 196 Al-Sayyid 1968, 25 zitiert einen Brief des
Marineministers von Ende Juni an Gladstone, in
dem jener geschrieben haben soll: „If we want to
bring on a fight we can instruct B. Seymour to
require the guns to be dismantled. My advisers do
not think they will do much harm where they are.”
- 197 03.07.1882, Granville an Cartwright, PP 1882 (83),
115
- 198 22.07.1882, Granville an Spencer (privat), zit. nach
Fitzmaurice 1905, II, 265
- 199 Morley 1903, III, 2 f.; Monypenny/Buckle 1910, III,
302; Gardiner 1923, I, 457; Robinson/Gallagher
1961, 115
- 200 Am 14.07.1882 aus Protest gegen die
Bombardierung Alexandrias
- 201 27.07.1882, Granville an Lyons (privat), zit. nach
Newton 1913, II, 294

-
- 202 28.07.1882, Granville an Paget (privat), zit. nach Fitzmaurice 1905, II, 271, Robinson/Gallagher 1961, 116 kommentieren demgegenüber die britische Diplomatie im Sommer 1882 folgendermaßen: They (die britische Regierung, T. B.) had certainly exhausted every effort to procure collective or joint action.“
- 203 Gwynn/Tuckwell 1918, I, 454
- 204 Vgl. Anm. I/2 und 3
- 205 Dicey 1881, 265 f.
- 206 13.11.1870, Gladstone an Granville, zit. in Fitzmaurice 1905, II, 252; Gladstone 1877, passim, insbes. 150 ff.
- 207 Vgl. seine Rede im Unterhaus am 26.06.1882, PD 271 (1882), und seinen Brief vom 20.01.1882 an Blunt, zit. in Blunt 1907, 385 f.
- 208 14.06.1882, Gladstone im Unterhaus, PD 271 (1882), Sp. 270; vgl. Gwynn/Tuckwell 1918, I, 460
- 209 Taylor 1954, 288. Vgl. Magnus 1958, 53
- 210 Die Begründung dafür gab er kurz nach dem britischen Sieg nach Tel-el-Kebir, als er Granville rhetorisch fragte: „So far as the immediate or financial objects of the control (sic) are concerned, is it not the fact that the interests of all the European nations in regard to them are identical?“ (19.09.1882, Gladstone an Granville, Ramm 1962, Nr. 829, S. 424).
- 211 26.06.1882, Dufferin an Granville, PP 1882 (83), 77
- 212 11.07.1882, Granville an Dufferin, ebd., 453. Vgl. auch 14.07.1882, Granville an Lyons, ebd., 185: “The protection of the Suez Canal, although connected with the restoration of order in Egypt, is a question separate in itself”, und die

Zusammenfassung der Kabinettsitzung vom 18.10.1882 durch Gladstone, zit. nach Chamberlain 1953, 75 f. "To resume, we have in Egypt interests and duties. The interests are a fair guarantee for the peace and order of the country, and the security of the Suez Canal and our route to India ... they will be both (Hervorhebung durch T. B.) safeguarded as far as this is possible by the establishment of a trustworthy army and police."

213

Cromer 1908, I, 233

6.5 *Anmerkungen zum 5. Kapitel*

1

Mommsen 1961, 38

2

ebd.

3

Vgl. etwa Gladstones Rede im Unterhaus am 12.02.1884, zit. bei Magnus 1960, 288

4

Die Frage, wieso Frankreich sich im Frühjahr 1882 aus dem Wettbewerb mit Großbritannien am Ägypten zurückzog, wurde als für den hier verfolgten Gedankenzusammenhang nicht unmittelbar relevant ausgeklammert. Die Durchsicht einiger Standarduntersuchungen zum französischen Imperialismus des 19. Jahrhunderts ergab in dieser Hinsicht nur rudimentäre Antworten. Vgl. etwa Priestley 1966, 204 ff.; Brunschwig 1966, 48, 69; Ziebur 1972, 98 ff.; Elwitt 1975, 292

5

Die unmittelbare Ursache der Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohbaumwolle war natürlich der amerikanische Bürgerkrieg, der jedoch den

tendenziellen Fall der Baumwollpreise, der sich auch bei anderen Primärprodukten im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts beobachten lässt, nicht allein erklären kann. Für eine Studie, die der langfristigen Preisbewegung für Primärprodukte große Bedeutung für die Erklärung des Kolonialimperialismus des späten 19. Jahrhunderts beimisst, vgl. Hopkins 1968.

6

Nur in diesem strukturellen Sinne kann davon gesprochen werden, dass sich die Besetzung Ägyptens aus dem britischen Bedarf an Baumwolle erklären lässt. Bei Issa 1964 werden diese Zusammenhänge personalistisch missdeutet.

7

Von Barrat Brown 1963, 88

8

Vgl. Anm. IV/211

9

Robinson/Gallagher 1962, 601

10

Vgl. Own 1972, passim, insbes. 196 f. Gleichzeitig müsste eine genügend langfristige Perspektive auch über das Jahr 1882 hinausgehen und die Verschränkung politischer mit ökonomischer Abhängigkeit in den Jahren direkter britischer Herrschaft untersuchen. Das ist hier aus Platzgründen unterblieben. Einige kursorische Recherchen lassen jedoch vermuten, dass sich als Ergebnis direkter britischer Verwaltung die Weltmarktabhängigkeit Ägyptens noch verschärfte. Während die ägyptische Staatsschuld bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges auf dem 1880 erreichten Stand blieb (Wilson 1916, 221), stieg der Anteil der Baumwolle am ägyptischen Export nach 1882 noch weiter an. 1905 – 13 betrug er durchschnittlich 94,3 %. Etwa die Hälfte davon ging nach Großbritannien (berechnet nach Owen 1969,

Tab. 37, 39, 56, 58, S. 198 ff. Für die übrigen in Abschnitt 3.3 benutzten Indizes ließen sich keine Zahlen für die Zeit nach 1882 ermitteln).

Entscheidende Verantwortung für diese Entwicklung trug die Wirtschaftspolitik Cromers (vgl. dazu Owen 1970). Mit seiner im 19. Jahrhundert entstandenen Wirtschaftsstruktur hat Ägypten bis auf den heutigen Tag zu kämpfen. Noch 1952 betrug der Anteil der Baumwolle am ägyptischen Export 85,4 % bis 1967 ging er nur auf 57 % zurück (Radwan 1877, 246). Gleichzeitig gehört Ägypten immer noch zu den höchstverschuldeten Ländern der „3. Welt“: 1976 entsprach die Summe seines ausländischen Schuldendienstes 34,6 % seiner gesamten Warenausfuhr (Poole 1976).

11

Diese These lässt sich wahrscheinlich für den britischen Kolonialimperialismus des späten 19. Jahrhunderts verallgemeinern. Vgl. Sutcliffe 1972, 189

12

Cromer 1908, I, 12

7 Verzeichnis der benutzten Quellen und Literatur

7.1 Quellen

7.1.1 Amtliche Akten

British Parliamentary Papers (= PP), Jahrgänge 1875 – 82, 1886

Hansard's Parliamentary Debates, 3rd series (= PD), Jahrgänge 1840, 1849,
1857, 1875 – 82

7.1.2 Gedruckte Sammlungen amtlicher Dokumente:

- | | |
|--------------------|--|
| Bennet, G. (Hg.) | The Concept of Empire, Burke to Attlee, 1774 – 1947, London ² 1962 |
| Bourne, K. (Hg.) | The Foreign Policy of Victorian England, 1830 – 1902, Oxford 1970 |
| Wiener, J. (Hg.) | Great Britain. Foreign Policy and the Span of Empire, 1689 – 1971. A Documentary History, 4 Bds., New York/London 1972 |
| Ramm, Agatha (Hg.) | The Political Correspondence of Mr. Gladstone and Lord Granville, 1876 – 1886, 2 Bde., Oxford 1962 |

7.1.3 Zeitungen:

The Times, London Jahrgänge 1875 – 82, 1884, 1895, 1907

7.1.4 Memoiren und Biographien mit umfangreicher ungedruckter Korrespondenz:

Blunt, W. S.	Secret History of the British Occupation of Egypt, Being a Personal Narrative of Events, London 1907
Cecil, Lady Gwendolyn	Life of Robert, Marquis of Salisbury, 4 Bde., London 1921 – 32
Chamberlain, J.	A Political Memoir. Hg. v. C. H. D. Howard, London 1953
Colvin, A.	The Making of Modern Egypt, London ² 1906
Childers, S.	The Life and Correspondence of the Rt. Hon. Hugh C. E. Childers, 1827 – 1896, 2 Bde., London 1901
Cromer, Earl of	(= E. Baring), Modern Egypt, 2 Bde., London 1908
Elliot, A. D.	The Life of George J. Goschen, First Viscount Goschen, 1831 – 1907, 2 Bde., London ² 1911
Fitzmaurice, E.	The Life of G. L. Gower, Second Earl Granville, 1815 – 1891, 2 Bde., London ³ 1905
Gardiner, A. G.	The Life of William Harcourt, 2 Bde., London 1932 – 51
Garvin, J. / Amery, J.	The Life of Joseph Chamberlain, 4 Bde., London 1932 – 51
Gwynn, S. /	
Tuckwell, G. M.	The Life of the Rt. Hon. Sir Charles Dilke, 2 Bde., London 1918

-
- Malet, E. Egypt 1879 – 1883. Hg. v. Lord Sanderson, London 1909
- Monypenny, W. F. /
Buckle, G. E. The Life of Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield, 6 Bde., London 1910 – 20
- Morley, J. The Life of W. E. Gladstone, 3 Bde., London³ 1903
- Newton, Lord Lord Lyons. A Record of British Diplomacy, 2 Bde., London 1913
- Thorold, A. L. The Life of Henry Labouchere, London 1913
- Rivers Wilson, C. Chapters from My Official Life, Hg. v. E. MacAllister, London 1916
- Zetland, Marquess of Lord Cromer, Being the Authorized Life of Evelyn Baring, First Earl of Cromer, London 1932

7.2 Literatur

- Abu-Lughod, I. The Transformation of the Egyptian Elite. Prelude to the Urabi Revolt, Middle East Journal 21 (1967), 325 – 44
- Alavi, H. Imperialism Old and New, The Socialist Register 1964, 104 – 26
- Aldcroft, D. H. /
Richardson, H. W. The British Economy, 1870 – 1939, London 1969
- Al-Sayyid, Afaf L. Egypt and Cromer. A Study in Anglo-Egyptian Relations, London 1968
- Aron, R. Der permanente Krieg, Frankfurt 1953
- Ashton, T. S. The Industrial Revolution (1948), London 1968
- Baer, G. Social Change in Egypt, in: Holt 1968, 135 – 61
- Baran, P./Sweezy. P. M. Notes on the Theory of Imperialism, in: Problems of Economic Dynamics and Planning 1968, 13 – 25

-
- Barraclough, G. An Introduction to Contemporary History (1964), Harmondsworth 1967
- ders. The Haves and the Have-Nots, The Sunday Times, London (= St) v. 09./16./23.05.1976
- Barrat Brown, M. After Imperialism, London² 1970
- ders. A Critique of Marxist Theories of Imperialism, in: Owen/Sutcliffe 1972, 35 – 70
- Bartlett, C. H. (Hg.) Britain Pre-eminent. Studies in British World Influence in the 19th Century, London 1969
- Bauer, O. Die Akkumulation des Kapitals, Die Neue Zeit (= NZ) 31,1 (1913), 862 – 74
- Baumgart, W. Der Imperialismus. Idee und Wirklichkeit der englischen und französischen Kolonialexpansion 1880 – 1914, Wiesbaden 1975
- Blake, R. Disraeli (1966), London 1969
- Blaug, M. Economic Imperialism Revisited, Yale Review 50 (1961), 335 ff., überarbeitet und wiederabgedruckt in ders., Economic Theory in Retrospect, London² 1968, 264 – 71
- Borkenau, F. Socialism, National or International, London 1942
- Brunschwig, H. French Colonialism, 1871 – 1914. Myths and Realities, New York 1966
- Bucharin, N. Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals, Wien/Berlin 1926
- Cairncross, A. K. Home and Foreign Investment, 1870 – 1913. Studies in Capital Accumulation, Cambridge 1953
- ders. International Trade and Economic Development, in: ders., Factors in Economic Development, London 1962, 209 – 29
- Chapman, S. D. The Cotton Industry in the Industrial Revolution, London 1972
- Church, R. A. The Great Victorian Boom, 1850 – 1873, London 1975

-
- Clapham, J. H. An Economic History of Modern Britain, 3 Bde.,
Cambridge 1932 – 38
- Conant, C. The Economic Basis of Imperialism, North American
Review 167 (1898), 326 – 40
- Cottrell, P. L. British Overseas Investments in the 19th Century,
London 1975
- Crouchley, A. E. The Economic Development of Modern Egypt, Kairo
1938
- Crouzet, F. Commerce et Empire: L'expérience britannique de
libre –échange à la première guerre mondiale
(1964), engl. in : Ratcliffe, B. M. (Hg.), Great Britain
and Her World, Essays in Honour of W. O.
Henderson, Manchester 1975, 209 – 36
- Deane, Phyllis The First Industrial Revolution, Cambridge 1967
- dies./Habakkuk, H. J. The Take-Off in Britain, in: Rostow, W. W. (Hg.), The
Economics of Take-Off into Self-sustained Growth,
London 1963, 63 – 82
- Devine, T. M. The Colonial Trades and Industrial Investments in
Scotland, C. 1700 – 1885, Economic History Review
(= EHR), 29 (1976), 1 –13
- Deutsch, K. Theories of Imperialism and Neocolonialism in:
Rosen/Kurth 1974, 15 – 33
- ders. Abhängigkeit, strukturelle Gewalt und
Befreiungsprozesse, in: Gantzel 1975, 23 –46
- Dicey, E. England and Egypt, London 1881
- Dobb, M. Imperialism (19437), in: ders., Political Economy and
Capitalism. Some Essays in Economic Tradition,
London 1950 u. ö., 223 –69
- ders. Studies in the Development of Capitalism
(1946), London 1963
- Edelstein, M. The Determinants of U. K. Investments Abroad,
1870 – 1913: The U. S. Case, Journal of Economic
History (= JEH) 34 (1974), 980 – 1007

-
- Elwitt, S. The Making of the Third Republic. Chaos and Politics in France, 1868 – 1884, Baton Rouge, Louis. 1975
- Evers, T. T./ v. Wogau, P. Lateinamerikanische Theorien zur Unterentwicklung. Das Argument 79 (1973), 404 – 54
- Farrer, T. H. The State in Its Relation to Trade (1881), London 1902
- Fay, F. R. The Movement towards Free Trade, 1820 – 1853, The Cambridge History of the British Empire, Bd. 2, London 1968, 389 – 415
- Feis, H. Europe, The World's Banker, 1870 – 1914. An Account of European Foreign Finance and the Connection of World Finance with Diplomacy before the War, New Haven 1930
- Ferns, H. S. Britain's Informal Empire in Argentine, 1806 – 1914, Past and Present (= PP) 6 (1953)
- Fielden, K. The Rise and Fall of Free Trade, in: Bartlett 1969, 76 -100
- Fieldhouse, D. C. Imperialism. An Historiographical Revision, HER 14 (1961)
- ders. Die Kolonialreiche seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt 1965
- ders. (Hg.) The Theory of Capitalist Imperialism, London 1967
- ders. Economics and Empire, 1830 – 1914, London 1973
- Final Report of the Royal Commission, Appointed to Inquire into the Depression of Trade and Industry, PP 1886, c.4893
- Flinn, M. W. Origins of the Industrial Revolution, London 1966
- Galbraith, J. K., The "Turbulent Frontier" as a Factor in British Imperial Expansion, Comparative Studies in Society and History (= CSSH) 2 (1959), 150 – 68
- ders. Myths of the "Little England" Era (1961) in: Shaw 1970, 27 – 45

-
- Gallagher, J./Robinson R. The Imperialism of Free Trade (1953), dt. in: Wehler 1976, 183 – 200
- Galtung, J. A Structural Theory of Imperialism (1971) dt. in: Senghaas 1972, 29 – 104
- Gann, L. H./Duggnan, P. Reflections on Imperialism and the Scramble for Africa, in : diess., The History and Politics of Colonialism 1870 – 1914 (Colonialism in Africa, 1870 – 1960 Bd. 1), Cambridge 1969, 100 – 131
- Gantzel, K. J. (Hg.) Herrschaft und Befreiung in der Weltgesellschaft, Frankfurt 1975
- Gladstone, W. E. Aggression on Egypt and Freedom in the East, The Nineteenth Century 2 (August 1877), 149 – 66
- Griepenburg, R. Die Imperialismustheorien, in: Abendroth, W./Lenk, K. (Hg.), Einführung in die politische Wissenschaft, Bern 1968, 164 – 71
- Hallgarten, G. W. Imperialismus vor 1914, 2 Bde., München 1951
- ders. Der Imperialismus in der historischen Diskussion des Westens nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Geiss, I./Wendt, B. J. (Hg.), Deutschland in der Weltpolitik des 20. Jahrhunderts, (Festschrift F. Fischer), Düsseldorf 1973, 419 – 36
- Hamer, D. A. Liberal Politics in the Age of Gladstone and Rosebery. A Study in Leadership and Policy, Oxford 1972
- Hammond, R. Economic Imperialism. Sidelight on a Stereotype, JEH 21 (1961), 582 – 98
- Harnetty, P. The Imperialism of Free Trade: Lancashire and the Indian Cotton Duties, 1859 – 62, EHR 18 (1965), 333 – 49
- ders. Imperialism and Free Trade. Lancashire and India in the Mid-Nineteenth Century, Manchester 1972

-
- Hausen, Karin Deutsche Kolonialherrschaft in Afrika. Wirtschaftsinteressen und Kolonialverwaltung in Kamerun vor 1914, Zürich 1970
- Helberger, C. Marxismus als Methode. Wissenschaftstheoretische Untersuchungen zur Methode der marxistischen politischen Ökonomie, Frankfurt 1974
- Hempel, C. G. Erklärung in Naturwissenschaft und Geschichte, in: Krüger, L. (Hg.), Erkenntnisprobleme der Naturwissenschaften. Texte zur Einführung in die Philosophie der Wissenschaft, Köln 1970, 215 – 37
- Hilferding, R. Das Finanzkapital (1916), Frankfurt 1973
- Hilton, R. (Hg.) The Transition from Feudalism to Capitalism, London 1976
- Hobsbawm, E. J. The Crisis of the 17th Century (1954), in: Ashton, T. (Hg.), Crisis in Europe, 1560 – 1660. Essays from Past and Present, London 1965, 5 – 58
- ders. The Age of Revolution. Europe 1789 – 1848 London 1962
- ders. Industry and Empire, Harmondsworth 1969
- ders. Die Imperialismusdebatte in der Geschichtsschreibung, Sozialistische Politik 1 (1969), 16 – 25
- Hobson, J. A. The Economic Taproot of Imperialism, Contemporary Review, August 1902
- ders. Imperialism. A Study (1902, 1938), dt. Ausgabe: Der Imperialismus, hg. v. H. – C. Schröder, Köln 1969
- Holdsworth, Mary Lenin's Imperialism in Retrospect, in: Abramsky, C. (Hg.), Essays in Honour of E. H. Carr, London 1974, 341 – 51
- Holt, P. M. (Hg.) Political and Social Change in Egypt. Historical Studies from the Ottoman Conquest to the United Arab Republic, London 1968

-
- Hopkins, A. G. Economic Imperialism in West-Africa: Lagos 1880 – 92, HER 21 (1968)
- Horkheimer, M. Die Juden in Deutschland, Zeitschrift für Sozialforschung 8 (1939), 131 – 57
- Hoselitz, B. F. Formen wirtschaftlichen Wachstums, in: ders., Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Wandel, Berlin 1969, 54 – 74
- Hurtienne, T. Zur Ideologiekritik der lateinamerikanischen Theorien der Unterentwicklung und Abhängigkeit, Probleme des Klassenkampfes 14/15 (1974), 213 – 82
- Hyam; R. The Partition of Africa, Historical Journal (=HJ) 7 (1964), 154 – 68
- Imlah, A. H. Economic Elements in the Pax Britannica. Studies in British Foreign Trade in the 19th Century, Cambridge, Mass. 1958
- Issa, M. K. The Economic Factor behind the British Occupation of Egypt in 1882, L’Egypte Contemporaine 55 (1964), 43 – 54
- Issawi, C. Egypt since 1800: A Study in Lop-Sided Development, JEH 21 (1961), 1 – 26
- Jenks, L. H. The Migration of British Capital to 1875 (1927), London 1971
- Johnson, R. W. French Imperialism in Guinea, in: Owen/Sutcliffe 1972,k 230 – 47
- Junne, G./Nour, S. Internationale Abhängigkeiten. Fremdbestimmung und Ausbeutung als Regelfall internationaler Beziehungen, Frankfurt 1974
- Kant, I. Kritik der Reinen Vernunft (² 1887), Frankfurt 1968
- Kautsky, J. H. J. A. Schumpeter und Karl Kautsky: Parallel Theories of Imperialism, Midwest Journal of Political Science 5 (1961), 101 – 28

-
- Kautsky, K. Ältere und Neuere Kolonialpolitik, NZ 16,1 (1898),
769 – 81, 801 – 16
- ders. Handelspolitik und Sozialdemokratie. Populäre
Darstellung der handelspolitischen Streitfragen,
Berlin 1901
- ders. Sozialismus und Kolonialpolitik. Eine
Auseinandersetzung, Berlin 1907
- ders. Der Imperialismus, NZ 32,2 (1914), 908 - 22
- Kemp, T. Theories of Imperialism, London 1967
- ders. The Marxist Theory of Imperialism, in:
Owen/Sutcliffe 1972, 15 – 34
- Kettenbach, H. – W. Lenins Theorie des Imperialismus. Teil 1:
Grundlagen und Voraussetzungen, Köln 1965
- Keynes, J. M. The General Theory of Employment, Interest and
Money, London 1936
- Kindleberger, C. P. Foreign Trade and Economic Growth, Lessons from
Britain and France, 1850 – 1913, EHR 14 (1961),
289 – 305
- Kitson Clark, G. An Expanding Society. Britain 1830 – 1900,
Cambridge 1967
- Kocka, J. Theorien in der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte.
Vorschläge zur historischen Schichtungsanalyse,
Geschichte und Gesellschaft (=GG) 1 (1975), 9 –42
- Kowalik, T. Biography of M. Kalecki, in: Problems of Economic
Dynamics and Planning 1966, 1 – 22
- ders. Rosa Luxemburg's Theory of Accumulation and
Imperialism. An Attempted Interpretation, in: ebd.,
201 – 19
- Krippendorff, E. Internationales System als Geschichte. Einführung
in die internationale Beziehungen 1, Frankfurt 1975
- ders. Imperialismusbegriff und Imperialismustheorien,
Neue Politische Literatur (=NPL) 21 (1976), 141 – 55

-
- Landes, D. S. Bankers and Pashas. International Finance and Economic Imperialism in Egypt, London 1958
- ders. Some Thoughts on the Nature of Economic Imperialism (1961), dt. In : Wehler 1976, 66 –82
- Langer; W. A. A Critique of Imperialism, Foreign Affairs 14 (1935), 102 – 20
- ders. The Diplomacy of Imperialism, 1890 – 1902, New York² 1965
- Lee, G. Rosa Luxemburg and the Impact of Imperialism, Economic Journal (=EJ) 81 (1971), 847 – 62
- Lenin, W. I. Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss (1917), in: ders., Ausgewählte Werke, Bd. 1, Berlin (DDR) 1970, 763 – 873
- Leontief, W. The Future of the World Economy (1977), Vorbericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (=FAZ) v. 16.10.1976
- Lloyd, T. Africa and Hobson's Imperialism, PP 55 (1972), 130 – 153
- Lucacs, G. Lenin, Neuwied 1967
- Luhmann, N. Funktion und Kausalität, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 14 (1962), 617 – 44
- Luxemburg, Rosa Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus (1923), Frankfurt 1973
- Macdonagh, O. The Anti-Imperialism of Free Trade (1962), in: Shaw 1970, 164 – 83
- Marlowe, J. Anglo-Egyptian Relations, 1800 – 1955, London² 1965
- Mathias, P. The First Industrial nation. An Economic History of Britain, 1700 – 1914, London 1969
- Magnus, P. Kitchener. Portrait of an Imperialist, London 1958

-
- ders. Gladstone. A Biography, London 1960
- Marx, K. Das Kapital. Bd. 1 (MEW. 23), Berlin (DDR) 1974
- Mathew, W. M. The Imperialism of Free Trade: Peru, 1820 – 70, HER 21 (1968), 562 – 79
- McCarthy, D. M. P. “Summary” on the “Research Workshop of Underdevelopment in the Third World”, Economic History Association, Baltimore 1975, JEH 36 (1976), 41 – 44
- McLean, D. Finance and “Informal Empire” before the First World War, HER 29 (1976), 291 – 305
- Meyer, A. G. Lenins Imperialismustheorie (1957), in: Wehler 1976, 123 – 54
- Milner, A. England in Egypt, London ⁶ 1899
- Mitchell, B. R. / Deane/Phyllis Abstract of British Historical Statistics, London 1962
- Mommsen, W. J. Imperialismus in Ägypten. Der Aufstieg der ägyptischen nationalen Bewegung 1805 – 1956, München/Wien 1961
- ders. Nationale und ökonomische Faktoren im Britischen Imperialismus vor 1914, Historische Zeitschrift 206 (1968), 618 – 64
- ders. Das Zeitalter des Imperialismus, Frankfurt 1969
- ders. Der moderne Imperialismus als innergesellschaftliches Phänomen. Versuch einer universalgeschichtlichen Einordnung, in: ders. (Hg.) 1971, 14 – 30
- ders. (Hg.) Der moderne Imperialismus, Stuttgart 1967
- ders. Europäischer Finanzimperialismus vor 1914. Vortrag auf dem 14. Internationalen Historikerkongress, San Franzisko 1975
- Moore, R. J. Imperialism and Free Trade Policy in India, 1853 – 54, HER 17 (1964), 135 – 45

-
- Mustafa, A. The Domestic and Foreign Affairs of Egypt from 1876 to 1882, Ph. D. Dissertation, University of London 1955
- ders. The Breakdown of the Monopoly System in Egypt after 1840, in Holt 1968, 291 – 307
- Neisser, H. Die Unterkonsumtionstheorie als Imperialismustheorie, Kölner Sozialpolitische Vierteljahresschrift 4 (1925), 205 – 28
- ders. Der ökonomische Imperialismus im Lichte moderner Theorien, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 4 (1969), 209 – 24
- Nemmers, E. E. Hobson and Underconsumption, Amsterdam 1956
- Neusüss, Christel Imperialismus und Weltmarktbeziehung des Kapitals. Kritik der Leninschen Imperialismustheorie und Grundzüge einer Theorie des Verhältnisses zwischen den kapitalistischen Metropolen, Erlangen 1972
- Offe, C. Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik, Frankfurt 1975
- Owen, R. Die indische Erfahrungen Lord Cromers und ihr Einfluss auf die britische Ägyptenpolitik (1965), in: v. Albertini, R. (Hg.), Moderne Kolonialgeschichte, Köln 1970, 174 – 201
- ders. Cotton and the Egyptian Economy, 1820 – 1914. A Study in Trade and Development, Oxford 1969
- ders. Egypt and Europe: From French Expedition to British Occupation, in: ders./Sutcliffe 1972, 195 – 209
- ders./Sutcliffe, B. (Hg.) Studies in the Theory of Imperialism, London 1972
- Paish, G. Great Britain's Capital Investments in Individual Colonial and Foreign Countries, Journal of the Royal Statistical Society 74 (1911), 167 – 87
- Patnaik, P. A Note on External Markets and Capitalist Development, EJ 82 (1972), 1316 – 23

-
- Platt, D. C. M. Economic Factors in British Policy During the New Imperialism, PP 39 (1968), 296 – 308
- ders. The Imperialism of Free Trade – Some Reservations, EHR 21 (1968), 120 – 38
- ders. Finance, Trade and Politics in British Foreign Policy, 1815 – 1914, London 1968
- ders. The National Economy and British Imperial Expansion Before 1914, Journal of Imperial and Commonwealth History 2 (1973), 3 – 14
- ders. Further Objections to an “Imperialism of Free Trade” 1830 – 1860, HER 26 (1973), 77 – 91
- Poole, J. The Limits of Borrowed Time, ST vom 01.02.1876
- Preiser, E. Die Imperialismusdebatte. Rückschau und Bilanz, in: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Festschrift zum 65. Geburtstag von F. Lütge, Stuttgart 1966, 355 – 70
- Priestley, H. I. France Overseas. A Study of Modern Imperialism (1938), New York 1966
- Problems of Economic Dynamics and Planning. Essays in Honour of M. Kalecki, Warschau/London 1966
- Purveyar, V. J. International Economics and Diplomacy in the Near East. A Study of British Commercial Diplomacy in the Levant, 1834 – 53 (1935), London 1969
- Radwan, S. Capital Formation in Egyptian Industry and Agriculture, 1882 – 1967, London 1974
- Ramm, Agatha Great Britain and France in Egypt, 1876 – 1882, in: Glifford, P./Louis, W. R. (Hg.), France and Britain in Africa. Imperial Rivalry and Colonial Rule, New Haven 1971, 73 – 119
- Redford, A. u. a. Manchester Merchants and Foreign Trade, 1794 – 1858, 2 Bde., Manchester 1956

-
- Ricardo, D. Principles of Political Economy and Taxation (Werke. 1, hg. V. P. Sraffa), Cambridge 1970
- Robinson, Joan Einleitung zur engl. Ausgabe von R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals: The Accumulation of Capital, London 1961
- Robinson, R./Gallagher, J: Africa and the Victorians. The Official Mind of Imperialism, London 1961
- dies. The Partition of Africa, New Cambridge Modern History, Bd. 11, London 1962, 593 – 640
- Robinson, R. Non-European Foundations of European Imperialism. Sketch for a Theory of Collaboration, in: Owen/Sutcliffe 1972, 17 – 42
- Rohe, K. Ursachen und Bedingungen des modernen britischen Imperialismus vor 1914, in: Mommsen 1971, 60 – 84
- Rosen, S. J. /
Kurth, J. R. (Hg.) Testing Theories of Economic Imperialism, Lexington, Mass. 1974
- Rothstein, T. Egypt's Ruin. A Financial and Administrative Record, London 1910
- Saul, S. B. Studies in British Overseas Trade, 1870 – 1914, Liverpool 1960
- Schatkowski-Schilcher,
Linda Ein Modellfall indirekter wirtschaftlicher Durchdringung. Das Beispiel Syrien, GG 1 (1975), 482 – 505
- Schlote, W. British Overseas Trade. From 1700 to the 1930s (1938), Oxford 1952
- Schmidt, A. Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, Frankfurt² 1971
- ders. Imperialismusforschung, Leviathan 1 (1973), 533 – 43
- Schmidt, H. D. /

-
- Mommsen, W. J. Imperialismus, in: Kernig, C. D. (Hg.), *Marxismus im Systemvergleich*, Reihe Politik, Bd. 2 (Sonderausgabe der Enzyklopädie „Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft“), Frankfurt 1973, 193 – 233
- Schölch, A. Ägypten den Ägyptern! Die politische und gesellschaftliche Krise der Jahre 1878 – 1882 in Ägypten, Zürich 1972
- ders. Wirtschaftliche Durchdringung und politische Kontrolle durch die europäischen Mächte im Osmanischen Reich (Konstantinopel, Kairo, Tunis), GG 1 (1975), 404 – 46
- ders. The „Men on the Spot“ and the British Occupation of Egypt in 1882, MS veröff. In HJ 1976
- Schröder, H. – C. Hobsons Imperialismustheorie (1969), in: Wehler 1976, 107 – 22
- ders. Sozialistische Imperialismusdeutung. Studien zu ihrer Geschichte, Göttingen 1973
- Schulze, W. Soziologie und Geschichtswissenschaft. Einführung in die Probleme der Kooperation beider Wissenschaften, München 1974
- Schumpeter, J. Zur Soziologie der Imperialismen, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 46 (1918), 1 – 39, 275 – 310
- ders. Konjunkturzyklen. Eine theoretische historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, 2 Bde., Göttingen 1961
- Schuyler, R. B. The Fall of the Old Colonial System, New York 1945
- Semmel, B. Imperialism and Social Reform. British Social-Imperial Thought, 1885 – 1914 (1960), New York 1968
- ders. The Philosophical Radicals and Colonialism (1961), in: Shaw 1970, 77 – 92, dt. in Wehler 1976, 170 – 82

-
- ders. On the Economics of Imperialism, in: Hoselitz, B. (Hg.), Economics and the Idea of Mankind, New York 1965, 192 – 233
- ders. The Rise of Free-Trade Imperialism. Classical Political Economy, the Empire of Free Trade and Imperialism, 1750 – 1850, Cambridge 1970
- Senghaas, D. (Hg.) Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt 1972
- ders. (Hg.) Peripherer Kapitalismus. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt 1974
- Shaw, A. G. L. A Revision of the Meaning of “Imperialism”, Australian Journal of Politics and History 7 (1961), 198 – 213
- ders. British Attitudes to the Colonies, 1820 – 50, Journal of British Studies 9 (1969), 71 – 95
- ders. (Hg.) Great Britain and the Colonies, 1815 – 65, London 1970
- Sternberg, F. Der Imperialismus (1926), Frankfurt 1971
- Stokes, E. Late Nineteenth-Century Colonial Expansion and the Attack on the Theory of Economic Imperialism: A Case of Mistaken Identity?, HJ 12 (1969), 285 – 301
- Strachey, J. The End of Empire, London 1959
- Taylor, A. J. P. The Struggle for Mastery in Europe, 1848 – 1918, (1954), London 1971
- Tignor, R. L. Modernization and British Colonial Rule, 1882 – 1914, Princeton, N. J. 1966
- Tinbergen, J. Konzept für die Neugestaltung der internationalen Ordnung (1977), Vorbericht der FAZ vom 22.10.1976
- Wallerstein, I. The Rise and Future Demise of the World Capitalist System. Concepts for Comparative Analysis, CSSH 16 (1974), 387 – 415

-
- Webster, C. The Foreign Policy of Palmerston, 1830 – 1841. Britain, the Liberal Movement and the Eastern Question, 2 Bde., London 1951
- Wehler, H.-U. Bismarck und der Imperialismus, Köln 1969 (mittlerweile München ⁴ 1976)
- ders. (Hg.) Imperialismus, Köln ³ 1976
- Williams, E. Capitalism and Slavery, New York 1966
- Williams, Judith B. British Commercial Policy and Trade Expansion, 1750 – 1850 (1927), Oxford 1972
- Winch, D. N. Classical Economists and the Case for Colonization (1963), in: Shaw 1970, 93 – 109
- Winn, P. British Informal Empire in Uruguay in the 19th Century, PP 73 (1977), 100 – 26
- Wolfe, M. (Hg.) The Economic Causes of Imperialism, New York 1972
- Woolfe, L. Empire and Commerce in Africa, London 1920
- Zieburg, G. Interne Faktoren des französischen Hochimperialismus 1871 – 1914. Versuch einer gesamtgesellschaftlichen Analyse, in: Mommsen 1971, 85 – 139
- ders. Neuere Forschungen zum französischen Kolonialismus. Ergebnisse und offene Fragen, NPL 21 (1976), 156 - 81